

# **Wählen im räumlichen Kontext**

-

**Eine empirische Untersuchung zum Einfluss der sozialen Komposition des  
Wahlkreises auf die individuelle Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009**

Hausarbeit zur Erlangung des  
Akademischen Grades  
eines Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Sebastian Christopher Fückel

aus Mainz

Mainz

2012

Erstgutachter:

Zweitgutachter:

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	1
1.1. Zum Forschungsstand: Die Beiträge von Klein/Pötschke und Pickery.....	4
1.2. Problemstellung und weiteres Vorgehen.....	9
<b>2. Eine Mehrebenen-Erklärung der individuellen Wahlentscheidung</b> .....	13
2.1. Der Ausgangspunkt: Die beiden Modelle von Klein/Pötschke und Pickery und der Kausalitätstrichter.....	13
2.2. Der sozialpsychologische Ansatz: Zum Einfluss politischer Einstellungen ....	17
2.3. Der soziologische Ansatz: Zum Einfluss sozialstruktureller Merkmale .....	28
2.3.1. Der makrosoziologische „Cleavage“-Ansatz: Die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen.....	29
2.3.2. Der mikrosoziologische Ansatz: Die Wirkung sozialer Interaktionen .....	37
2.4. Soziale Kompositionseffekte: Zum Einfluss des räumlichen Kontextes .....	41
2.4.1. Der räumliche Kontext: Definition, Dimensionen, Ebenen, Effekttypen .	41
2.4.2. Drei Mechanismen: Parteiaktivität, Identifikation, soziale Interaktionen	43
2.5. Das räumliche Mehrebenen-Modell und forschungsleitende Hypothesen.....	49
<b>3. Untersuchungsanlage und methodisches Vorgehen</b> .....	55
3.1. Datenbasis: Die GLES und Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes .....	56
3.2. Operationalisierungen .....	60
3.2.1. Der Wahlkreis als räumlicher Kontext.....	60
3.2.2. Variablen und Indikatoren.....	63
3.3. Das statistische Verfahren: Die Mehrebenen-Analyse.....	68
<b>4. Empirische Befunde</b> .....	71
4.1. Intraklassenkorrelationen und (un)verzerrte Standardfehler .....	72
4.2. Die Wahl der CDU/CSU .....	76
4.3. Die Wahl der SPD .....	86
<b>5. Schlussfolgerungen und Ausblick</b> .....	93
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	99

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Das theoretische Modell von Klein/Pötschke (2000) .....	13
Abbildung 2: Das theoretische Modell von Pickery (2002) .....	14
Abbildung 3: Ein einfaches Modell des Kausalitätstrichters .....	16
Abbildung 4: Das Kernmodell des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes .....	17
Abbildung 5: Anteil der Menschen mit Parteiidentifikation in den alten und den neuen Bundesländern (1977-2005) .....	27
Abbildung 6: Indirekte, direkte und Mehrebenen-Interaktionseffekte .....	42
Abbildung 7: Das räumliche Mehrebenen-Modell der individuellen Wahlentscheidung .....	54
Abbildung 8: Indikatoren der individuellen Wahlentscheidung im VNQ .....	64
Abbildung 9: Indikatoren der politischen Einstellungen im VNQ .....	65
Abbildung 10: Indikatoren der individuellen sozialstrukturellen Faktoren im VNQ .....	66
Tabelle 1: Synopse zum Forschungsstand der räumlichen Kontextabhängigkeit des individuellen Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen .....	5
Tabelle 2: Intraklassenkorrelationen in Prozent .....	72
Tabelle 3: Single-Level- vs. Multi-Level-Modelle (CDU/CSU) .....	75
Tabelle 4: Regressionskoeffizienten binärer Mehrebenen-Modelle (CDU/CSU) .....	77
Tabelle 5: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (alte Bundesländer) .....	79
Tabelle 6: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (neue Bundesländer) .....	80
Tabelle 7: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (Deutschland) .....	81
Tabelle 8: Regressionskoeffizienten binärer Mehrebenen-Modelle (SPD) .....	87
Tabelle 9: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (alte Bundesländer) .....	89
Tabelle 10: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (neue Bundesländer) .....	90
Tabelle 11: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (Deutschland) .....	91

## 1. Einleitung

Ein kleines Gedankenexperiment vorweg: Man stelle sich zwei Wähler vor, die sich durch beliebige – aber identische (!) – wahlverhaltensrelevante<sup>1</sup> individuelle Merkmale auszeichnen. Zum Beispiel zwei katholische Frauen mittleren Alters, die ihr Studium abgeschlossen haben und mittlerweile als Lehrerinnen verbeamtet sind. Darüber hinaus schreiben sie möglicherweise den Unionsparteien die größte Problemlösungskompetenz wichtiger Sachfragen zu, halten aber den Spitzenkandidaten der SPD für vertrauenswürdiger, usw. Je nachdem welche Merkmalskombination die beiden Wähler nun kennzeichnet, wird man daraus Schlüsse ziehen können, welche Parteien höhere oder geringere Chancen haben werden, ihre Stimmen zu erhalten. Und da sich die beiden Wähler hinsichtlich der bekannten individuellen Merkmale nicht unterscheiden, wird man zudem annehmen, dass sie die gleiche Partei bevorzugen werden. Kann man sich dessen aber immer noch so sicher sein, wenn man nun darüber hinaus wüsste, dass einer der beiden Wähler im bayerischen Altötting lebt und der andere im Berliner Stadtteil Kreuzberg? Wenn also im räumlichen Umfeld des einen Wählers Vollbeschäftigung und in demjenigen des anderen Massenarbeitslosigkeit herrscht? Oder wenn man wüsste, dass einer der beiden direkt neben einem Kernkraftwerk lebt, der andere jedoch nicht? Wenn die jeweilige Sozialstruktur, die ökonomische Lage, das regionale politische Meinungsklima, die regionale politische Medienberichterstattung, die Wahlkampfaktivitäten der Parteien vor Ort, etc. deutlich voneinander abweichen? Zumindest wäre die Annahme mit größerer Unsicherheit verbunden. Unterschiedliches Wahlverhalten von ansonsten identischen Wählern in ungleichartigen räumlichen Kontexten ist aber nicht nur theoretisch vorstellbar, sondern vor allem auch empirisch prüfbar. Und genau das ist Gegenstand dieser Untersuchung.

---

<sup>1</sup> Das „Wahlverhalten“ schließt in der empirischen Wahlforschung in der Regel sowohl die Entscheidung der Wahlberechtigten über die bloße Teilnahme am Wahlakt, als auch diejenige über die Stimmvergabe der Wähler an eine konkrete politische Partei ein. In dieser Untersuchung wird ausschließlich das Stimmverhalten mittels der Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2009 untersucht. Um sprachliche Monotonie zu vermeiden, werden aber „Wahlverhalten/-entscheidung“ und „Stimmverhalten/-entscheidung“ synonym verwendet.

Nun stellt die räumliche Kontextabhängigkeit des Wahlverhaltens an sich keine neue<sup>2</sup> Thematik in der Politikwissenschaft dar. Dennoch spricht eine Reihe von Gründen dafür, sich intensiver als bisher mit dem Gegenstandsfeld auseinanderzusetzen:

1. Wie in dem kleinen Gedankenexperiment soeben aufgezeigt, sind zumindest theoretisch eine Vielzahl möglicher Einflussfaktoren des räumlichen Kontextes (Sozialstruktur, Wirtschaftslage, ...) auf die individuelle Wahlentscheidung denkbar. Bereits Berelson u.a. (vgl. 1963: 98 ff.) haben in ihrer klassischen Studie „Voting“ die Bedeutung der relativen Stärke einer Partei im räumlichen Umfeld eines Wählers hervorgehoben. Sie beobachteten zudem, dass Parteien, die in einem Gebiet über einen gewissen Zeitraum die Mehrheit stellen, besonders gute Chancen haben, ihre „Hochburg“ zu verteidigen. Dies führen sie vor allem auf soziale Interaktionen zurück. Andere nennen aber auch mögliche Identifikations- und Parteiaktivitätsmechanismen (vgl. Putnam 1966: 640 f.). Viele der Faktoren und zugehörigen Erklärungsversuche wurden jedoch für die Bundesrepublik *bisher noch keiner systematischen empirischen Prüfung* unterzogen.
2. Dies ist zum Teil schlicht auf einen Mangel an geeigneten Datensätzen, statistischen Analyseverfahren sowie technischen Hilfsmitteln zur Datenauswertung zurückzuführen, weshalb mit einer empirisch-quantitativen Untersuchung ein unverhältnismäßig hoher Aufwand verbunden gewesen wäre. Alle drei Hindernisse konnten allerdings in den vergangenen Jahren weitestgehend beseitigt werden. Die jüngste nationale Wahlstudie zur Bundestagswahl 2009 (GLES<sup>3</sup>) stellt bspw. sowohl hinsichtlich des Umfangs der Fragebatterie als auch der Fallzahl eine hervorragende Datenquelle für voraussetzungsreiche empirische Analysen bereit. Die Weiterentwicklung statistischer Analyseverfahren, insbe-

---

<sup>2</sup> Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts (1913) versuchte bspw. André Siegfried (1980) auf dem Gebiet der Wahlgeographie Zusammenhänge zwischen räumlichen Strukturen, darunter auch geographische Merkmale (Topographie, Bodenstrukturen, Klima), und kollektiven Wahlergebnissen in einigen Regionen Frankreichs nachzuweisen. Mangels Umfragedaten konnten zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine Individualanalysen durchgeführt werden. In Deutschland sind zuerst Rudolf Heberles (1951, 1963) Studien zur „Politischen Ökologie“ zu nennen. Im Unterschied zur Wahlgeographie, die im Wesentlichen mit kartographischen Vergleichen operierte, stützte sich Heberle darüber hinaus bereits auf statistische Zusammenhangsmaße. Er versuchte die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP unter anderem mit der politischen Tradition, der Sozialstruktur und der ökonomischen Lage verschiedener Gebiete in Schleswig-Holstein zu erklären. Eine kurze, sowie eine etwas ausführlichere Darstellung der beiden Ansätze findet sich z.B. bei Rattinger (2009: 73 ff.) und Falter/Winkler (2005: 107 ff.).

<sup>3</sup> German Longitudinal Election Study

sondere der Mehrebenen-Analyse, erlaubt mittlerweile problemlos die Integration von Variablen unterschiedlicher Analyseebenen in ein einziges statistisches Modell. Und neuere Versionen statistischer Softwarepakete, wie SPSS, Stata oder R, ermöglichen eine schnelle und unkomplizierte Datenverarbeitung, sodass aus forschungspraktischer Sicht die *Durchführung von Kontextanalysen um einiges leichter und mit deutlich weniger Aufwand verbunden* ist. Darüber hinaus ermöglichen sie die *Untersuchung teils völlig neuer Problemstellungen*, die etwa auf Hypothesen zu Mehrebenen-Interaktionseffekten bei Wahlentscheidungen abzielen.

3. Aus methodisch-statistischer Perspektive erscheint außerdem die *erneute empirische Prüfung bereits als bewährt angesehener Hypothesen dringend geboten*. Denn die Anwendung einfacher Regressionsanalysen mit reinen Individualdaten kann zu einer Unterschätzung der Standardfehler der Regressionskoeffizienten<sup>4</sup> oder einem „individualistischen Populationsfehlschluss“<sup>5</sup> führen, wenn existierende Kontexteffekte nicht berücksichtigt werden (vgl. Klein/Pötschke 2000: 190 ff.). Daher sollten mittels der eben angeführten neueren statistischen Analyseverfahren wenigstens zentrale Befunde der Wahlforschung einer angemessenen empirischen Überprüfung unterzogen werden.
4. Abgesehen von den bisher genannten Gründen, die primär aus der politikwissenschaftlichen Perspektive bedeutsam sind, kann die Auseinandersetzung mit der räumlichen Kontextabhängigkeit des Wählerverhaltens auch für die politische Alltagspraxis relevant werden. Wenn etwa politisch kaum beeinflussbare räumliche Strukturen, wie die konfessionelle Komposition eines Wahlkreises, einen eigenständigen Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger oder die politische Partizipation im Allgemeinen ausüben, *könnten Parteien ihre regionalen Wahlkampfstrategien effektiver und auch effizienter gestalten*, indem sie ihre Aktivitäten den strukturellen Gegebenheiten anpassen. So existieren möglicherweise in

---

<sup>4</sup> Dieses Problem tritt auf, wenn bei der Datenerhebung mehrstufige Zufallsstichproben gezogen werden. Dabei kann es vorkommen, dass einige Fälle aus den gleichen regionalen Gebietseinheiten stammen und sich somit systematisch ähnlicher sind gegenüber Fällen anderer Gebiete. In der Folge sind die Fehlerterme dieser Fälle untereinander korreliert und nicht mehr unabhängig voneinander (vgl. ausführlicher z.B. Arzheimer 2008: 145 f.; Ditton 1998: 14, 32).

<sup>5</sup> Dieser Fehlschluss wird begangen, wenn existierende Kontexteffekte als individuelle Effekte fehlinterpretiert werden (vgl. ausführlich Esser 1999b: 440).

bestimmten Regionen strukturell bedingte „natürliche“ Wählerhochburgen, in denen der Wahlkampf benachteiligter Parteien aussichtslos ist, während begünstigte Parteien dort insbesondere ihre Stammwählerschaften mobilisieren müssten, usw. Des Weiteren ist die Kenntnis solcher räumlichen Kontexteffekte *für die Festlegung von Wahlkreisgrenzen von einiger Bedeutung*, da deren gezieltes Zuschneiden zu einem systematischen Vor- bzw. Nachteil für Parteien führen kann (sog. „Gerrymandering“).

5. Einen letzten Punkt begründet der *Forschungsstand, dessen Umfang übersichtlich und dessen Inhalt widersprüchlich* ist. Für die jüngere Vergangenheit existieren nach meiner Kenntnis nämlich nur zwei empirisch-quantitative Beiträge, die sich mit dem Zusammenhang zwischen dem räumlichen Kontext und dem individuellen Wahlverhalten bei Bundestagswahlen intensiver befassen. Dabei gelangen die Autoren zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Während Klein/Pötschke feststellen, „da[ss räumliche] Kontexteffekte gegenwärtig keine Bedeutung für die individuelle Wahlentscheidung mehr besitzen“ (2000: 209), hält Pickery dem entgegen: „Contrary to the claims of Klein and Pötsch[k]e (2000), our analyses postulate that there are still contextual effects on the vote in contemporary Germany“ (2002: 24).

In dieser Untersuchung möchte ich explizit an die beiden eben genannten Arbeiten anknüpfen. Darum soll zunächst in einem kurzen Abschnitt zum Forschungsstand näher darauf eingegangen werden, bevor die Entwicklung der konkreten Problemstellung und die Erläuterung des weiteren Vorgehens folgen.

### **1.1 Zum Forschungsstand: Die Beiträge von Klein/Pötschke und Pickery**

Obwohl der Zusammenhang zwischen räumlichem Kontext und Wählerverhalten in Deutschland schon vergleichsweise früh untersucht wurde (siehe Fußnote 2) und beispielsweise die Habilitationsschrift Franz Urban Pappis (1977) wichtige Erkenntnisse hervorgebracht hat, die zu weiterführenden Analysen anregen, ist die Thematik im Hinblick auf Bundestagswahlen seit der Jahrtausendwende in lediglich zwei empirisch-



quantitativen Beiträgen wieder aufgegriffen worden. Tabelle 1 stellt sie synoptisch gegenüber.

Markus Klein und Manuela Pötschke (2000) stellen sich in ihrem Sammelbandaufsatz die Frage, welchen Einfluss die Zugehörigkeit zu verschiedenartigen regionalen Gebietseinheiten (Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke) auf das individuelle Wahlverhalten ausübt und wie er sich im Zeitverlauf (1969 bis 1998) verändert hat. Jan Pickery (2002) beschränkt sich auf einen Untersuchungszeitpunkt (1994) und eine Kontextebene (Kreise). Beide nutzen die Daten der nationalen Wahlstudien, ergänzt durch Material des Statistischen Bundesamtes, und stellen die neuen Analysemöglichkeiten, die sich ihnen durch die Weiterentwicklung des Mehrebenen-Verfahrens bieten, in den Vordergrund ihrer Beiträge.

Tabelle 1: Synopse zum Forschungsstand der räumlichen Kontextabhängigkeit des individuellen Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen

	<b>Klein/Pötschke (2000)</b>	<b>Pickery (2002)</b>
<b>Titel</b>	Wählen im sozialen Kontext: Mehrebenenanalysen des Wählerverhaltens bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 bis 1998	Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis
<b>Problemstellung</b>	„Dabei wird [...] der Frage nachgegangen, welchen Einflu[ss] die Zugehörigkeit zu regionalen Gebietseinheiten auf die individuelle Wahlentscheidung ausübt und wie sich dieser Einflu[ss] über die letzten dreißig Jahre hinweg verändert hat.“ (S.183)	„In this paper we will apply multilevel analysis to German electoral data in order to find evidence (or absence) of contextual effects in Germany.“ (S.1)
<b>Theoretische Grundlagen</b>	„Breakage“-Effekt: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifikationstheorie</li> <li>• Parteiaktivitätstheorie</li> <li>• Interaktionstheorie</li> </ul> Mikrosoziologischer Ansatz Makrosoziologischer Ansatz	„Breakage“-Effekt: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifikationstheorie</li> <li>• Parteiaktivitätstheorie</li> <li>• Interaktionstheorie</li> </ul> Klassenkontext-Effekte: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Interaktionen</li> <li>• Politische Sozialisation</li> <li>• Lokale politische Kultur</li> </ul> Economic Voting

<b>Abh. Variable</b>	beabsichtigtes Zweitstimmenverhalten (metrisch: „1“ CDU/CSU „0“ andere Parteien „-1“ SPD)	beabsichtigtes Zweitstimmenverhalten (nominal: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne)
<b>Unabh. Variablen (Individual-/ Kontextebene)</b>	Konfession, berufliche Stellung	sex, age, family status, education, employment status, employment category, confession, mass attendance
	Katholikenanteil	general party support, unemployment level, employment structure, proportion of foreigners
<b>Daten</b>	Nationale Wahlstudien, Stat. Bundesamt	Nationale Wahlstudie, Stat. Bundesamt
<b>Kontextebenen und Zeitpunkte</b>	Gemeinden: 1969, '76, '98 Kreise: 1969, '76-'87, '94, '98 Regierungsbezirke: 1969-'98	Kreise: 1994
<b>Analyseverfahren</b>	einfache Mehrebenen-Analysen für jeden Zeitpunkt und jede Kontextebene	multinomiale Mehrebenen-Analyse
<b>Kernbefunde</b>	<p>„Der soziale Kontext hatte in früheren Jahren einen deutlichen Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung. Dieser Effekt hat über die Zeit hinweg abgenommen und lässt sich bei der Bundestagswahl des Jahres 1998 nicht mehr nachweisen.“(S.209)</p> <p>„Als wichtigstes Ergebnis dieser Analysen kann festgehalten werden, dass sich sowohl auf der Ebene der Gemeinden als auch auf der Ebene der Kreise signifikante Cross-Level-Interaktion nachweisen lässt. Ein Teil der Varianz des Regressionskoeffizienten des Individualmerkmals „Katholik“ über die verschiedenen sozialräumlichen Kontexteinheiten hinweg kann [...] durch die jeweils unterschiedliche Ausprägung des Kontextmerkmals „Katholikenanteil“ erklärt werden.“ (S.208)</p>	<p>„Our results showed that a small part of the variance [...] can be attributed to the regional level, the district in our analysis. [...] regardless of all other variables in the models support for the SPD is stronger in districts with a higher unemployment level [...] also when controlling for all variables, the general support for a particular party in a district affects the individual's chance to support it.“ (S. 24)</p>
<b>Kritik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Operationalisierung der abh. Variable</li> <li>• wenige unabh. / Kontrollvariablen</li> <li>• geringe Fallzahlen</li> <li>• Begrenzung auf alte Bundesländer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• verkürzte theoretische Begründung</li> <li>• Auswahl und Operationalisierung der unabh. Variablen</li> <li>• Begrenzung auf alte Bundesländer</li> </ul>

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Klein/Pötschke (2000) und Pickery (2002)

Zur Herleitung ihrer zentralen Hypothesen verweisen sie auf eine Vielzahl theoretischer Ansätze, auf die weiter unten in Kapitel 2 noch ausführlicher eingegangen wird. Klein/Pötschke nennen zum einen den sogenannten „Breakage“-Effekt, der auf drei

unterschiedlichen Erklärungsmechanismen (Parteiaktivität, Identifikation, Interaktionen) beruhen kann. Da sie ihr Hauptaugenmerk auf Faktoren der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes richten, ziehen sie zum anderen eine Kombination der mikro- und makrosoziologischen Erklärungsansätze des Wählerverhaltens heran. Pickery knüpft an ihre Überlegungen an und führt überblickartig eine ganze Reihe weiterer Theorien und Erklärungsansätze zur Existenz von Kontexteffekten an, darunter auch einige aus der Rechtsextremismus-Forschung und auf Basis des Economic Voting-Ansatzes, die er unter Verweis auf Beiträge anderer Forscher übernimmt, er selbst jedoch nicht ausführlicher eingeht. Dadurch geht allerdings auch der Bezug zur Ableitung seiner eigenen Hypothesen und der Auswahl der unabhängigen Variablen ein wenig verloren.

Dennoch gelingt es ihm, wie auch Klein/Pötschke, Kontexteffekt nachzuweisen. Wie aus der vorletzten Zeile von Tabelle 1 ersichtlich wird, ist der Anteil der Varianz der abhängigen Variable, die durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten räumlichen Kontext erklärt werden kann, eher gering und hat nach Klein/Pötschke im Zeitverlauf deutlich abgenommen. Dies wird von ihnen theoretisch sehr plausibel u.a. auf einen Wandel der Bedeutung und Zugehörigkeit zu sozialen Kreisen, neue massenmediale Wahlkampfstrategien der Parteien oder auch das Aufkommen neuer Telekommunikationstechnologien zurückgeführt. Trotzdem scheint einerseits von der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes, andererseits von der Arbeitslosenquote und der generellen Unterstützung einer Partei im räumlichen Umfeld eine eigenständige Erklärungskraft für die individuelle Wahlentscheidung auszugehen. Letzteres deutet Pickery als Bestätigung des Economic Voting-Modells und des „Breakage“-Effekts. Diese Befunde sollten jedoch nicht unhinterfragt zur Kenntnis genommen werden.

Ein erster wesentlicher Kritikpunkt an der Arbeit von Klein/Pötschke besteht etwa in der Operationalisierung der abhängigen Variable, die trotz eindeutig kategorialer Natur metrisch behandelt wird. Dadurch erwachsen allerdings auch Zweifel an ihren Schlussfolgerungen. Immerhin könnte die gleiche Ausprägung eines Kontextfaktors sowohl die Wahl der Unionsparteien als auch diejenige der SPD begünstigen, die Chance auf eine Entscheidung zugunsten einer anderen Partei jedoch verringern. In diesem Fall würde die Auswertung der Regressionskoeffizienten zu erheblichen Fehlinterpretationen führen. Auch die teils sehr geringe Fallzahl zu einigen Untersuchungszeitpunkten wirft

Fragen auf. Denn zu den wesentlichen Anwendungsvoraussetzungen einer Mehrebenen-Analyse zählt sowohl eine ausreichende Anzahl an Kontexteinheiten als auch deren ausreichende Besetzung mit genügend Fällen auf der untergeordneten Ebene (vgl. Langer 2010: 762 f.). Im Jahr 1969 hätten jedoch bspw., wenn tatsächlich alle Kreise in die Analyse eingegangen wären, 960 Wähler auf 560 Kontexteinheiten verteilt werden müssen. Ein dritter Kritikpunkt liegt schließlich in der geringen Auswahl unabhängiger Variablen und fehlender Kontrollvariablen begründet, die dem aktuellen Stand der Wahlforschung nicht gerecht wird. So werden z.B. Einstellungsvariablen überhaupt nicht berücksichtigt. Natürlich müssen diese Mängel vor dem Hintergrund der Problemstellung (die Analyse der Entwicklung über die Zeit erfordert vergleichbare Indikatoren) und den verfügbaren Daten gesehen werden, sodass lediglich die Operationalisierung der abhängigen Variable als vermeidbar erscheint.

Im zweiten Fall wurde bereits auf die versatzstückartige theoretische Fundierung in Pickerys Beitrag hingewiesen. Dafür werden die Operationalisierung des individuellen Wahlverhaltens und auch die hohe Fallzahl von mehr als 10.000 Befragten den Anforderungen an die Problemstellung und das Analyseverfahren gerecht. Lediglich die Auswahl und Operationalisierung der unabhängigen Variablen erscheint zum Teil problematisch. Zum einen hätte man, da nur ein Untersuchungszeitpunkt betrachtet wird, durchaus auch Einstellungsvariablen in die Modelle aufnehmen können. Zum anderen lässt sich darüber diskutieren, ob bspw. die erzielten Zweitstimmenanteile bei der betrachteten Wahl ein guter Indikator für die generelle Unterstützung der Partei im betreffenden Kreis ist. Schließlich ließe sich die generelle (im Gegensatz zur kurzfristigen) Unterstützung einer Partei auch mit der Verteilung von Parteiidentifikationen<sup>6</sup> abbilden.

Zusammenfassend betrachtet, zielen die wesentlichen Kritikpunkte an Klein/Pötschke auf die methodisch-statistische Umsetzung ihrer durchaus fundierten theoretischen Grundlage, während Pickery umgekehrt die methodisch-statistische Auswertung gelingt, aber den theoretischen Bezug vermissen lässt. Trotz der Mängel in den Analysen scheint von dem räumlichen Kontext der Befragten ein (wenn auch geringer) Einfluss

---

<sup>6</sup> So täuscht zum Beispiel das schwache Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2009 in vielen Wahlkreisen über deren dortige generelle Stärke in der Vergangenheit hinweg. Die relative Stärke der kleinen Parteien (FDP, Grüne, Linke), die ihrerseits allesamt häufig Rekordergebnisse bei den Zweitstimmenanteilen in den Wahlkreisen erzielen konnten, wird dagegen überschätzt.

auf die individuelle Wahlentscheidung der Bürger bei Bundestagswahlen auszugehen. Die gegensätzlichen Schlussfolgerungen der Autoren fordern allerdings geradezu dazu auf, sich weiter mit der Thematik zu befassen.

## **1.2 Problemstellung und weiteres Vorgehen**

Wie soeben dargestellt, liegen zur räumlichen Kontextabhängigkeit des individuellen Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen also bereits zwei empirisch-quantitative Untersuchungen vor. Klein/Pötschke und Pickery verfolgen vielversprechende Ansätze, sehen sich aber auch einigen Kritikpunkten an ihrem Vorgehen ausgesetzt. Darüber hinaus existiert noch ein weiterer erheblicher Forschungsbedarf. Daher möchte ich in dieser Untersuchung an die übergeordnete Problemstellung der beiden Referenzarbeiten anknüpfen, die jeweils angesprochenen Mängel jedoch vermeiden. Zudem sollen durch einige Abwandlungen und Erweiterungen neue Erkenntnisse hinzugewonnen werden.

Das Ziel der Untersuchung besteht zunächst darin, die individuelle Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 zu erklären. Ähnlich wie bei Klein/Pötschke und Pickery rückt der Einfluss räumlicher Kontextfaktoren in den Mittelpunkt des Interesses. Da aber dem Umfang der Untersuchung Grenzen gesetzt sind, richtet sich der Fokus vor allem auf soziale Kompositionseffekte. Die übergeordnete Problemstellung lautet daher:

*Hat die soziale Komposition der Wahlkreise über individuelle Merkmale der Wahlkreisangehörigen hinaus deren individuelle Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 beeinflusst?*

Im Gegensatz zu Klein/Pötschke konzentriert sich diese Untersuchung also nur auf einen Zeitpunkt, nämlich die Bundestagswahl 2009. Der räumliche Kontext wird erstmals durch die Wahlkreisgrenzen definiert. Dies hat sowohl theoretische als auch praktische Gründe, auf die weiter unten ausführlicher eingegangen wird. Erstmals werden auch

die neuen Bundesländer in die Analyse miteinbezogen. Da sich in der Vergangenheit immer wieder unterschiedliche Wahlverhaltensmuster zwischen West- und Ostdeutschen eingestellt haben (vgl. z.B. Arzheimer/Falter 2005, Kaspar/Falter 2009, Schoen/Abold 2006), werden die beiden Landesteile zusätzlich getrennt voneinander untersucht. Aus den bereits angesprochenen Platzgründen konzentrieren sich die empirischen Analysen hauptsächlich auf die Wahl der CDU/CSU und der SPD, während auf die drei kleineren im Bundestag vertretenen Parteien nur punktuell eingegangen wird. Grundlage der empirischen Auswertungen sind die Daten dreier Teilkomponenten der GLES, die durch Materialien des Statistischen Bundesamtes ergänzt und mittels logistischen Mehrebenen-Analysen verarbeitet werden.

Um die Problemstellung zu lösen, sieht das weitere Vorgehen vier Arbeitsschritte vor, denen jeweils ein eigenes Kapitel zugeordnet ist. Im Anschluss an diese einleitenden Gedanken gilt es in Kapitel 2 zuerst eine theoretische Erklärung für die individuelle Wahlentscheidung zu entwickeln, die in der Generierung eines räumlichen Mehrebenen-Modells mündet, aus dem sich schließlich empirisch prüfbare Hypothesen ableiten lassen. Die beiden Modelle von Klein/Pötschke und Pickery dienen hierzu in Unterkapitel 2.1 als Ausgangspunkt. Um anschließend den Überblick zu bewahren, bietet sich dem Mehrebenen-Charakter entsprechend erneut ein schrittweises Vorgehen an, das auf der Individualebene beginnt und danach auf die Kontextebene wechselt. Wie in der Synopse (Tab. 1, S. 6) bereits angedeutet, ziehen die beiden Referenzmodelle vor allem soziodemographische und -ökonomische Größen<sup>7</sup> heran. In der empirischen Wahlforschung bewährte politische Einstellungen bleiben dagegen außen vor. Um dem Forschungsstand besser gerecht zu werden, führt Unterkapitel 2.2 daher zu allererst die drei Kernkomponenten des sozialpsychologischen Erklärungsansatz des Wählerverhaltens (Parteiidentifikation, Kandidaten-, Issue-Orientierung) in das Modell ein. Anschließend werden in Unterkapitel 2.3 mittels zweier soziologischer Ansätze sozialstrukturelle Va-

---

<sup>7</sup> Um Platz zu sparen und erneut sprachliche Monotonie zu vermeiden, wird fortwährend „sozialstrukturell“ synonym zu „soziodemographisch“ und/oder „sozioökonomisch“ verwendet. Die Sozialstruktur wird zumeist als „Gesamtheit der relativ dauerhaften sozialen Gebilde (Gruppierungen, Institutionen, Organisationen) einer Gesellschaft, deren sozialen Beziehungen und Wirkungszusammenhänge innerhalb und zwischen diesen Gebilden sowie deren Grundlagen“ (Hradil 2006: 14) definiert, schließt somit auch soziokulturelle Gebilde, wie z.B. die Gruppe der (Post-)Materialisten, oder Lebensstilgruppierungen nicht aus. Hier bezieht sich das Adjektiv jedoch vornehmlich auf die beiden genannten objektiv identifizierbaren Merkmalsgruppen.

riablen integriert. Zur Identifikation der relevanten Wählereigenschaften (Religiosität, berufliche Stellung) dient zunächst der makrosoziologische „Cleavage“-Ansatz in Abschnitt 2.3.1. Der zweite Abschnitt 2.3.2 des Unterkapitels rückt daraufhin die zentralen Mechanismen, die dem Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der individuellen Wahlentscheidung zugrunde liegen können, in den Mittelpunkt, wobei dem mikrosoziologischen Ansatz mit seinem Interaktionsmodell besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies wiederum geschieht nicht zuletzt, weil soziale Interaktionen innerhalb eines räumlichen Kontextes auch ein wichtiger Erklärungsbestandteil der sozialen Kompositionseffekte sind, die in Unterkapitel 2.4 behandelt werden. Auf einen ersten kurzen Abschnitt 2.4.1, der sich mit der Konzeption des räumlichen Kontextes (Definition, Dimensionen, Ebenen, Effekttypen) befasst, werden in einem zweiten Abschnitt 2.4.2 die Mechanismen der Kompositionseffekte (neben Interaktionen auch Identifikation, Parteiaktivität) diskutiert. Für die soziale Zusammensetzung der Wahlkreise werden die schon im Rahmen des „Cleavage“-Ansatzes vorgestellten Großgruppen der praktizierenden Christen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als relevant angesehen. In Unterkapitel 2.5 wird das Mehrebenen-Modell, wie auch die zu prüfenden Hypothesen, abschließend noch einmal zusammengefasst und um einige Kontrollgrößen auf der Kontextebene ergänzt.

Der zweite Arbeitsschritt besteht im sich anschließenden Kapitel 3 in der Konzeption der Untersuchungsanlage und des methodischen Vorgehens. Unterkapitel 3.1 geht zunächst auf die Datengrundlage ein. Sie setzt sich aus drei Teilkomponenten der nationalen Wahlstudie zur Bundestagswahl 2009 sowie ergänzenden Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes zusammen. In Unterkapitel 3.2 erfolgt die Umwandlung des theoretischen in ein statistisches Mehrebenen-Modell. Dabei soll in Abschnitt 3.2.1 zunächst die Festlegung der Kontextebene auf die Wahlkreise besprochen werden. Abschnitt 3.2.2 wendet sich dann der Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen zu. Das letzte Unterkapitel 3.3 dieses Arbeitsschrittes widmet sich dem statistischen Analyseverfahren. Es behandelt die Ziele, Zwecke, Voraussetzungen und den idealtypischen Ablauf logistischer Mehrebenen-Analysen.

Darauf folgt die Präsentation der empirischen Befunde in Kapitel 4. Dessen Untergliederung orientiert sich an dem zuvor erläuterten Ablauf der Mehrebenen-Analyse und

der Wahlentscheidung zugunsten der Parteien, die eingehender betrachtet werden sollen. Unterkapitel 4.1 zeigt daher zunächst für alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, wie hoch der Anteil der Varianz der abhängigen Variablen ist, der allein auf die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kontexteinheiten zurückgeht. Um die dafür benötigten Intraklassenkorrelationen zu berechnen, werden sog. Random-Intercept-Only-Modelle geschätzt. Zusätzlich wird geprüft, ob die Standardfehler der Regressionskoeffizienten verzerrt sind, wenn statt Mehrebenen-Modellen einfache Single-Level-Modell geschätzt werden. Unterkapitel 4.2 und 4.3 folgen anschließend jeweils der gleichen inneren Struktur. Sie befassen sich aber einmal mit der Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU und einmal mit derjenigen für die SPD. Darin erfolgt die Überprüfung der forschungsleitenden Hypothesen durch schrittweise Ergänzungen der Modelle um die relevanten Kontextmerkmale.

Im letzten Arbeitsschritt werden die Schlussfolgerungen aus den gewonnenen Erkenntnissen gezogen. Dazu enthält Kapitel 5 noch einmal einen kurzen zusammenfassenden Überblick zu den einzelnen Arbeitsschritten der Untersuchung. Zudem wird die Kernfrage, in der sich die Problemstellung der Arbeit manifestiert, ausführlich beantwortet. Auf Grundlage dessen zeigt anschließend ein kleiner Ausblick auf, mit welchen neuen Frage- und Problemstellungen an diese Arbeit angeknüpft werden kann.

Nur so viel sei an dieser Stelle vorweg genommen: Die Untersuchung zum Einfluss des räumlichen Kontextes auf die individuelle Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen geht nach den Beiträgen von Klein/Pötschke und Pickery mit diesem hier in die dritte Runde. Die Befunde deuten darauf hin, dass von der sozialen Zusammensetzung der Wahlkreise tatsächlich eigenständige Effekte ausgehen. Zwar erklären sie im Vergleich zu den Individualzusammenhängen nur einen kleinen Teil der Varianz des Wahlverhaltens, aber das nicht für jede Partei in der gleichen Art und Weise. Zusätzlich treten zwischen den beiden Landesteilen erhebliche Unterschiede auf. Da in diesem Rahmen bei weitem nicht alle interessanten Aspekte bearbeitet werden können, drängt sich darüber hinaus eine Vielzahl möglicher Anschlussfragen und neuer Problemstellungen auf. Die dritte Runde wird daher sicher nicht zum KO-Schlag führen und bei weitem nicht die letzte bleiben. Eingeläutet wird sie nun aber zuerst mit der Entwicklung einer räumlichen Mehrebenen-Erklärung der individuellen Wahlentscheidung.



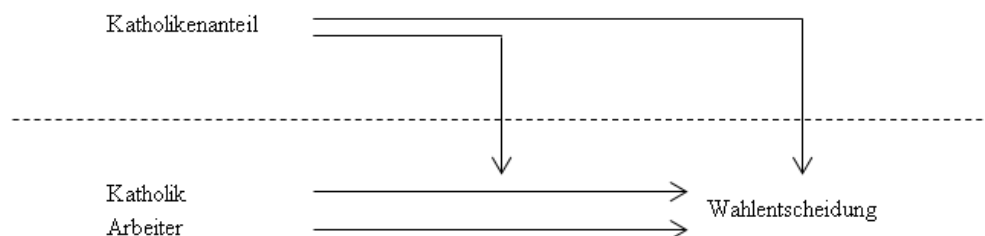
## 2. Eine Mehrebenen-Erklärung der individuellen Wahlentscheidung

Der erste Arbeitsschritt auf dem Weg zur Lösung der eingangs formulierten Problemstellung besteht in der theoretischen Entwicklung eines räumlichen Mehrebenen-Modells, mit dessen Hilfe die individuelle Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 erklärt werden soll. Hierzu können die Überlegungen von Klein/Pötschke und Pickery als Ausgangspunkt dienen.

### 2.1 Der Ausgangspunkt: Die beiden Modelle von Klein/Pötschke und Pickery und der Kausalitätstrichter

Um an die Ansätze von Klein/Pötschke und Pickery anknüpfen zu können, bietet es sich an, zunächst ihre theoretischen Modelle in Augenschein zu nehmen. In Abbildung 1 und 2 sind die Zusammenhänge graphisch dargestellt.

Abbildung 1: Das theoretische Modell von Klein/Pötschke (2000)

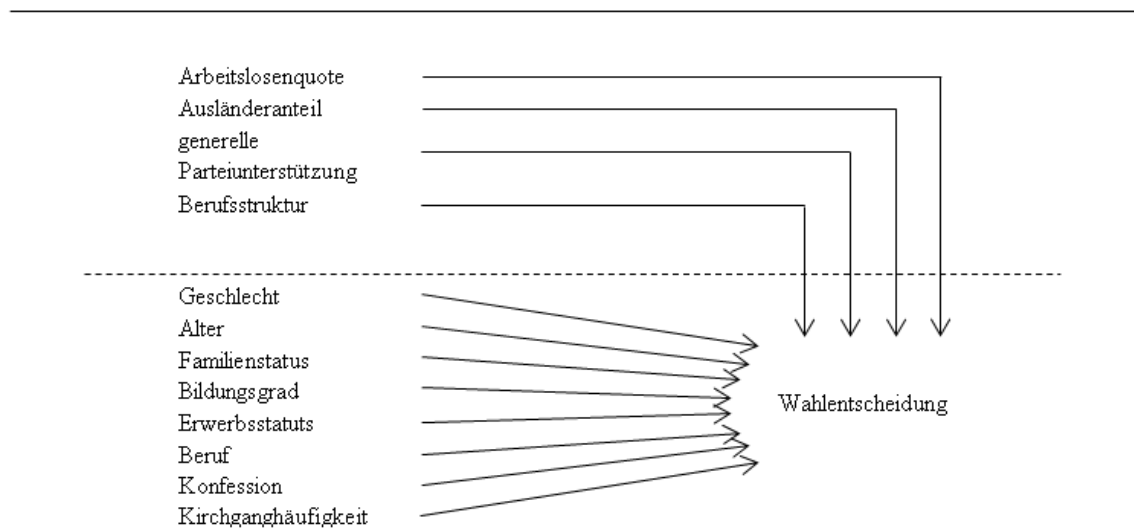


Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Klein/Pötschke (2000)<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Tatsächlich berechnen Klein/Pötschke im empirischen Teil ihrer Arbeit zwei unterschiedliche theoretische Modelle. Eines beinhaltet nur die beiden Individualvariablen, ist aber statistisch als Mehrebenen-

Beide konzentrieren sich auf der Mikroebene vor allem auf sozialstrukturelle Merkmale der Wähler. Auf der Makroebene berücksichtigen Klein und Pötschke darüber hinaus lediglich den Katholikenanteil des räumlichen Kontextes. Dabei unterstellen sie diesem sowohl einen direkten Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung, der die CDU/CSU begünstigt, als auch einen Mehrebenen-Interaktionseffekt in Kombination mit dem Individualmerkmal „Katholik“. Zur theoretischen Begründung stützen sie sich insbesondere auf den mikrosoziologischen und den makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatz.

Abbildung 2: Das theoretische Modell von Pickery (2002)



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Pickery (2002)

Pickery modelliert dagegen lediglich direkte Kontexteffekte. Die Arbeitslosenquote fungiert als Indikator für die ökonomische Lage im räumlichen Kontext. Gemäß dem Economic Voting-Ansatz vermutet er, dass die individuelle Wahlentscheidung in Kreisen mit geringer Arbeitslosigkeit eher zugunsten der Regierungsparteien ausfällt, und umgekehrt in Kreisen mit hoher Arbeitslosenquote eher zugunsten der Oppositionsparteien. Die Variable „Ausländeranteil“ wird unter Verweis auf Befunde der Rechtsextremismus-Forschung aufgenommen. Demnach variere die Wahrscheinlichkeit der

Modell konzipiert. Das andere berücksichtigt nur das Individualmerkmal „Katholik“ und das Kontextmerkmal „Katholikenanteil“. Aus Platzgründen wurden sie in der Abbildung übereinander gelegt.

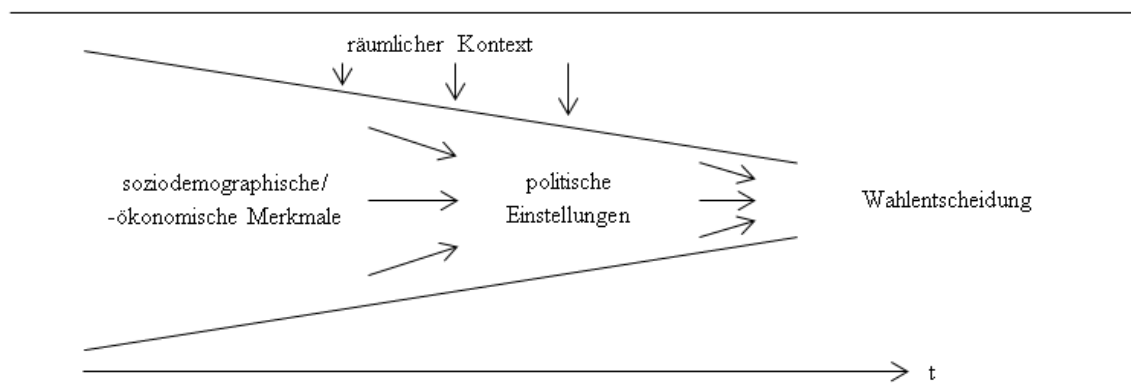
Stimmabgabe für eine rechtsextreme Partei mit dem Anteil ethnischer Minderheiten im räumlichen Umfeld des Wählers. Eine zentrale Schwäche bei Pickery besteht nun darin, dass seine abhängige Variable keine rechtsextreme Partei einschließt. Die generelle Unterstützung einer Partei, über deren Zweitstimmenanteil operationalisiert, wird mit dem bereits angesprochenen „Breakage“-Effekt begründet, der auf Parteiaktivitäts-, Identifikations- und Interaktionsmechanismen beruhen kann. Die Verteilung der Berufsstruktur des räumlichen Kontextes dient als Proxy-Variablen für die Klassenstruktur. Die zugehörige Hypothese besagt, dass Menschen, die in einem Gebiet mit hohem Arbeiteranteil leben, eher sozialdemokratisch wählen. Dies wird erneut nur allgemein auf soziale Interaktionen, die politische Sozialisation, die lokale politische Kultur und Identifikationsmechanismen zurückgeführt, ohne genauere Erläuterungen folgen zu lassen.

Zusammenfassend werden von Klein/Pötschke und Pickery also sowohl direkte Kontexteffekte als auch Mehrebenen-Interaktionseffekte modelliert, die sie mit Hilfe einer Vielzahl theoretischer Erklärungsansätze begründen. Alle Kontextmerkmale sind dabei über Indikatoren operationalisiert, die Aussagen über die soziale Komposition des räumlichen Umfeldes erlauben. Gleichwohl dient bspw. die Arbeitslosenquote nicht als Indikator für ein soziales, sondern ein ökonomisches Konstrukt. Nichtsdestotrotz bieten die beiden Modelle einen guten Ausgangspunkt für die Entwicklung des räumlichen Mehrebenen-Modells.

Da dem Umfang der Arbeit Grenzen gesetzt sind, können nicht alle Variablen gleichermaßen untersucht werden. Auf der Kontextebene rückt daher ähnlich wie bei Klein/Pötschke die soziale Komposition des räumlichen Kontextes in den Mittelpunkt. Eine zentrale Stellung nehmen politisch relevante soziale Großgruppen im Sinne des makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatzes ein. Für weitere Kontextmerkmale wird jedoch angemessen kontrolliert. Darüber hinaus wird ein weiterer Kritikpunkt aus Kapitel 1.1 aufgegriffen, indem das Modell auf der Individualebene politische Einstellungen integriert. Für diese Zielsetzungen sind drei klassische Theorien des Wählerverhaltens von besonderer Relevanz, die anschließend jeweils in einem eigenen Unterkapitel vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um den sozialpsychologischen, den makro-, sowie den mikrosoziologischen Erklärungsansatz.

Aus einer Weiterentwicklung des sozialpsychologischen Ansatzes, dem sog. „Kausalitätstrichter“ („funnel of causality“, vgl. Campbell u.a. 1960: 24 ff.), geht indirekt die Beziehung der drei Erklärungsansätze hervor. Sie ist beispielhaft in Abbildung 3 dargestellt<sup>9</sup>. Demnach resultiert das individuelle Wahlverhalten aus einer Vielzahl relevanter Faktoren, die unterschiedlich „nah“ an der eigentlichen Entscheidung liegen. Vergleichsweise „dicht“ an der Wahlentscheidung sind politische Einstellungen positioniert, die ihrerseits u.a. von weiter entfernt verorteten sozialstrukturellen Merkmalen des Wählers beeinflusst werden. Außerhalb des „individuellen“ Trichters sind Kontextfaktoren, wie die Sozialstruktur, die ökonomische Lage oder die Medienberichterstattung des räumlichen Umfeldes angesiedelt. Sie nehmen in der Abbildung den Charakter von „Moderatorvariablen“ (Schoen/Weins 2005: 204) an. Darauf soll weiter unten noch eingegangen werden. Zunächst verdeutlicht die Trichtermetapher jedoch eine mögliche theoretische Beziehungsstruktur zwischen den unterschiedlichen Typen unabhängiger Variablen und der individuellen Wahlentscheidung.

Abbildung 3: Ein einfaches Modell des Kausalitätstrichters



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Schoen/Weins 2005: 195, 204

Die Entwicklung des empirisch zu prüfenden räumlichen Mehrebenen-Modells erfolgt nun schrittweise. Zunächst gewissermaßen „rückwärts“ innerhalb des Trichters auf der

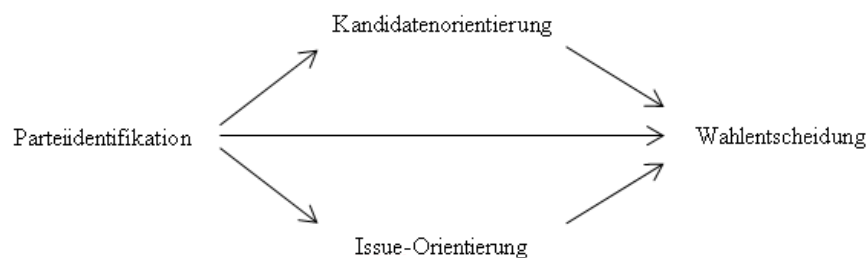
<sup>9</sup> Für das Modell des Kausalitätstrichters existiert eine Vielzahl verschiedener Variationen. Zu besonderer Bekanntheit gelangten etwa die Versionen von Dalton (vgl. 1988: 178) und Miller/Shanks (vgl. 1996: 192).

Individualebene, ausgehend von der Wahlentscheidung, ehe der Effekt der in dem Trichterbild exogenen Kontextfaktoren thematisiert wird.

## 2.2 Der sozialpsychologische Ansatz: Zum Einfluss politischer Einstellungen

Der Ursprung des sozialpsychologischen Ansatzes zur Erklärung des Wählerverhaltens führt zu den beiden klassischen Studien „The Voter Decides“ (Campbell u.a. 1971) und „The American Voter“ (Campbell u.a. 1960) zweier Forschergruppen der University of Michigan in Ann Arbor zurück. Obwohl es in seiner ursprünglichen Konzeption nur selten in empirischen Analysen angewandt wird, erfreuen sich die drei Kernkomponenten des ihm zugrundeliegenden Erklärungsmodells in der Forschungspraxis großer Beliebtheit<sup>10</sup>. Nicht zuletzt, weil das Kernmodell zumeist außerordentlich hohe Varianzanteile des Wählerverhaltens zu erklären vermag (vgl. Rudi/Schoen 2005: 318, Kellermann 2007: 314 ff.).

Abbildung 4: Das Kernmodell des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes



Quelle: Schoen/Weins 2005: 200

<sup>10</sup> In „The Voter Decides“ sieht das Modell zusätzlich die Konformität mit Gruppennormen des sozialen Umfelds, das Gefühl der „political efficacy“ und die intrinsische Norm zur Wahlbeteiligung vor. Das Modell der Nachfolgestudie „The American Voter“ nimmt über die drei Kernkomponenten hinaus ebenfalls gruppenbezogene Einstellungen, sowie Einstellungen gegenüber den Parteien in Regierungsverantwortung auf (vgl. Schoen/Weins 2005: 189 f., 197 f.).

Der sozialpsychologische Ansatz erklärt das Wählerverhalten im Unterschied zu den weiter unten noch zu besprechenden soziologischen Ansätzen mit politischen Einstellungen gegenüber Parteien, Kandidaten und Sachfragen. Dies verdeutlicht Abbildung 4. Die Basishypothese besagt: Je konsistenter und positiver diese Einstellungen zugunsten einer Partei ausfallen, desto wahrscheinlicher ist die Stimmabgabe für die betreffende Partei. Ohne die ergänzenden Überlegungen zum Kausalitätstrichter bleibt allerdings unklar, wie die Wähler politische Einstellungen überhaupt erwerben. Politische Einstellungen werden daher als intervenierende Variablen aufgefasst (vgl. Campbell u.a. 1971: 85 f.), die in der Logik des Kausalitätstrichters zwischen dem Wählerverhalten und einerseits weiter zurückliegenden individuellen Prädispositionen wie der objektiven sozialen Position des Wählers sowie andererseits exogenen Kontextfaktoren positioniert sind. Campbell u.a. gehen sogar so weit zu behaupten, dass alle weiter zurückliegenden und exogenen Faktoren in den unmittelbar der individuellen Wahlentscheidung vorgelegten politischen Einstellungen enthalten sein müssen und daher nur indirekt das Wahlverhalten beeinflussen (vgl. Campbell u.a. 1960: 117 ff.). Diverse empirische Studien (vgl. z.B. Weßels 2009) belegen jedoch, dass z.B. soziodemographische und sozioökonomische Variablen auch dann einen eigenständigen, obgleich meist nur geringen, Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben, wenn für die von Campbell u.a. hervorgehobenen politischen Einstellungen kontrolliert wird. Wenn die Behauptung von Campbell u.a. stimmt, umfasst das sozialpsychologische Kernmodell offenbar nicht alle wahlverhaltensrelevanten politischen Einstellungen<sup>11</sup>. Die drei Kernkomponenten des sozialpsychologischen Ansatzes determinieren das individuelle Wahlverhalten somit nicht vollständig, vermögen jedoch einen Großteil dessen Varianz zu erklären und bieten darüber hinaus die Möglichkeit Verknüpfungen zu weiteren theoretischen Ansätzen und Erklärungsfaktoren herzustellen.

Politische Einstellungen stellen somit eine zentrale Faktorengruppe für die Erklärung des individuellen Wahlverhaltens dar, werden jedoch weder von Klein/Pötschke noch von Pickery berücksichtigt. Diesem Mangel soll in dieser Untersuchung entgegengetreten werden, indem das räumliche Mehrebenen-Modell die drei Kernkomponenten des

---

<sup>11</sup> Tatsächlich müsste man u.a. Einstellungen berücksichtigen, die strategisches Wahlverhalten (z.B. koalitionstaktische Überlegungen) abbilden. Im Gegensatz zum deutschen spielt für das US-amerikanische Zwei-Parteien-System, für welches der Ansatz ursprünglich konzipiert wurde, dieses konkrete Beispiel allerdings eine untergeordnete Rolle.

sozialpsychologischen Ansatzes aufnimmt. Dabei handelt es sich um die Parteiidentifikation, die Issue- und die Kandidatenorientierung der Wähler, denen die nachfolgenden Absätze gewidmet sind.

### *Kandidatenorientierung*

Die Kandidatenorientierung ist eine der beiden kurzfristigen Einstellungskomponenten des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes und somit der individuellen Wahlentscheidung unmittelbar vorangestellt. Im Zusammenhang mit der These über die zunehmende Personalisierung von Wahlkämpfen und dem damit einhergehenden Bedeutungszuwachs für die individuelle Wahlentscheidung (vgl. Brettschneider 2002, Ohr 2000) haben Einstellungen gegenüber Kandidaten in der empirischen Wahlforschung in den letzten Jahren einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Hinsichtlich der theoretischen Konzeption stellen sich dabei zunächst zwei Fragen: (1) Welcher Personenkreis ist für die Wähler von Bedeutung und (2) welche Kandidateneigenschaften bzw. kandidatenbezogenen Einstellungen sind für sie an der Wahlurne relevant? In Bezug auf den Personenkreis stehen sich zumeist zwei Sichtweisen gegenüber. Die erste richtet den Fokus primär auf die Bewerber um das exekutive Führungsamt (Kanzlerkandidaten) oder allgemein die Spitzenkandidaten der Parteien. Ihnen wird eine dominierende Rolle im Wahlkampf und für die inhaltliche Ausrichtung der Partei zugeschrieben. Sie werden von den Wählern daher vorrangig wahrgenommen und bewertet (vgl. Schoen 2004: 322). Die zweite Sichtweise bezieht im Extremfall das komplette Personalangebot der Parteien mit ein. In der Regel findet aber hauptsächlich eine Erweiterung um mögliche Kandidaten für Ministerposten oder andere wichtige Ämter statt. So kann zum Beispiel davon ausgegangen werden, dass im Bundestagswahlkampf 2005 Paul Kirchhoff als möglicher Finanzminister einer CDU-Regierung in Angela Merkels Schattenkabinett und dessen Betitelung als technokratischer „Professor aus Heidelberg“ durch die Wahlkampfführung („negative campaigning“) der SPD Gerhard Schröders eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung mancher Bürger gespielt hat (vgl. Westle 2009: 325). Bei der Bundestagswahl 2009 profitierte die CDU/CSU dann

wiederum von den hohen Sympathie-Werten Karl-Theodor zu Guttenbergs (vgl. Schmitt-Beck 2011b: 218).

Noch größere Unterschiede bestehen aber in den Auffassungen über die wahlverhaltensrelevanten Eigenschaften der Kandidaten. Bisher hat sich auch keine allgemein akzeptierte Typologie durchgesetzt (vgl. Brettschneider 2002, Klein/Ohr 2001, Miller/Shanks 1996). Campbell u.a. (vgl. 1971: 136 f.) unterscheiden zunächst Einstellungen, die den Kandidaten als Vertreter seiner Partei, als Vertreter bestimmter Policy-Positionen und als davon jeweils unabhängige Person wahrnehmen, wobei sie nur letztere in ihr Modell aufnehmen. In der Nachfolgestudie (vgl. Campbell u.a. 1960: 55) schlüsseln sie die personenbezogenen Einstellungen weiter in persönliche Eigenschaften des Kandidaten (z.B. Religiosität, Höflichkeit, ...) und politische Charakterzüge (z.B. Führungsstärke, Durchsetzungsfähigkeit, ...) auf. Diese Unterscheidung wird gegenwärtig zumeist übernommen und als rollennahe und rollenferne Merkmale (vgl. Klein/Ohr 2000, 2001) bezeichnet. Ihnen lassen sich auch vier häufig als wahlverhaltensrelevant ausgemachte Teildimensionen (vgl. Brettschneider 2001, 2002) zuordnen: die rollennahen Kompetenzen zur Lösung politischer Sachfragen/Probleme und generelle Manager-/Führungsqualitäten einerseits, sowie die rollenferne persönliche Integrität/Vertrauenswürdigkeit<sup>12</sup> und unpolitische/persönliche Eigenschaften (etwa die physische Attraktivität, Konfession, Ausstrahlung menschlicher Wärme, etc.) andererseits. Im weiteren Verlauf der Untersuchung soll sich die Kandidatenorientierung primär auf die Spitzenkandidaten und deren Gesamtbewertung beziehen. Dafür sind nicht zuletzt Restriktionen des zur Verfügung stehenden Datenmaterials verantwortlich.

Gleichwohl geht mit der Konzeption als Gesamtbewertung der Spitzenkandidaten ein weiteres Problem einher. So können Einstellungen gegenüber Kandidaten einerseits durch momentane Erfahrungen mit ihnen entstehen oder andererseits aus bereits bestehenden Einstellungen stereotypisch abgeleitet werden (vgl. Schoen/Weins 2005: 236 f.). Im ersten Fall haben Parteien durch gezielte Wahlkampfmaßnahmen eine Chance die Wahrnehmung der Kandidaten zu beeinflussen. Wenn in den verschiedenen Wahlkreisen z.B. unterschiedliche Priming-Strategien eingesetzt werden, indem man hier den

---

<sup>12</sup> Zuweilen wird argumentiert (vgl. z.B. Schmitt-Beck 2011b: 211), dass Wähler häufig von der allgemeinen auf die politische Integrität der Kandidaten schließen und sie deshalb ebenfalls den rollennahen Merkmalen zuzuordnen sei.



Kandidaten, dort bestimmte Sachfragen in den Vordergrund rückt, können Parteiaktivitäten im räumlichen Kontext mitunter die Effektstärke der Kandidatenorientierung auf die individuelle Wahlentscheidung mitbestimmen (vgl. Schoen 2004: 324). Ebenso dürfte in unterschiedlichen Regionen verschiedenen Kandidateneigenschaften eine jeweils andere Bedeutung zugeschrieben werden. Möglicherweise achten Wähler in strukturschwachen Gebieten verstärkt auf die Kompetenz des Kandidaten in ökonomischen Sachfragen. Dort könnten sie sich auf dem Stimmzettel häufiger für die Partei des wirtschaftlich kompetenteren Bewerbers entscheiden als in Gebieten, die sich anderen Problemlagen dringlicher ausgesetzt sehen.

Im zweiten Fall, der Ableitung der Kandidatenorientierung aus bereits existierenden Einstellungen, muss insbesondere die Parteiidentifikation hervorgehoben werden. Wähler, die sich mit einer bestimmten Partei identifizieren, übertragen ihre positiven Gefühle gegenüber der Partei auf den Kandidaten. Sie schreiben ihm dadurch z.B. eine höhere Integrität oder Führungsstärke zu als die übrige Bevölkerung. Ebenso werden Kandidaten anderer Parteien negativer bewertet (vgl. Campbell u.a. 1960: 128 ff.). Um den wahren Zusammenhang zwischen Kandidatenorientierung und individueller Wahlentscheidung zu bestimmen, sollte daher immer für derartige Faktoren kontrolliert werden. Darüber hinaus können aber auch andere Stereotype Einstellungen gegenüber Kandidaten vorprägen. Spitzenkandidaten verfügen in ihren eigenen Wahlkreisen möglicherweise über eine Art „Heimvorteil“, weil sich die Wähler dort aus Verbundenheit mit der Region überdurchschnittlich häufig für sie entscheiden oder sie zumindest positiver einschätzen. So könnte Angela Merkel in den neuen Bundesländern 2005 als erste ostdeutsche Kanzlerkandidatin auf einen Bonus gehofft haben, in den alten Ländern aber auf Ressentiments gestoßen sein. Die Reihe möglicher Stereotype lässt sich auch in Abhängigkeit von Faktoren des räumlichen Kontextes fortsetzen: eine protestantische Konfession in Abhängigkeit von dem Grad der Religiosität und der katholischen Dominanz des räumlichen Umfelds, das Geschlecht in wertkonservativen Umgebungen, usw.

Trotz dieser Einschränkungen belegen empirische Untersuchungen (vgl. z.B. Gabriel u.a. 2009, Westle 2009), dass Kandidatenorientierungen auch unter Kontrolle der Parteiidentifikation und weiterer Faktoren einen eigenständigen Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung ausüben, nicht zuletzt weil nicht alle Wähler über eine affektive Par-

teibindung verfügen. Auch weil im Prinzip bei jeder Bundestagswahl andere Kandidateneigenschaften für die Wähler relevant sein und der relative Einfluss gegenüber anderen Faktoren variieren könnte, erscheint eine Konzeption als Gesamtbewertung der Spitzenkandidaten für eventuelle Vergleichszwecke sinnvoll, wenn für die soeben angesprochenen weiteren relevanten Faktoren kontrolliert wird. Einer davon ist die ebenfalls im sozialpsychologischen Erklärungsansatz enthaltene Issue-Orientierung.

### *Issue-Orientierung*

Die Issue-Orientierung zählt ebenso wie die Kandidatenorientierung zu den kurzfristigen Einstellungsvariablen, die der individuellen Wahlentscheidung im Trichtermodell direkt voranstehen. Auch hier stellt sich zunächst die Frage nach dem theoretischen Konzept. Während die überwiegende Zahl der Wahlforscher dem Issue-Verständnis von Campbell u.a. (vgl. 1960: 168 f.) folgen, welches nur politische Sachfragen umfasst, verstehen andere darunter jegliche Streitfragen auf der politischen Bühne (vgl. Roller 1998: 176 f.). Parteien können bezüglich Issues unterschiedliche Ziele verfolgen und greifen selbst bei gleichen Zielen häufig auf verschiedene Mittel zu deren Umsetzung zurück. Aus den politischen Folgen ergeben sich schließlich mitunter voneinander abweichende Nutzererträge für den Wähler (vgl. ebd.: 179 f.). Egal welchen Standpunkt man einnimmt, müssen daher wenigstens drei notwendige Bedingungen erfüllt sein, damit die Issue-Orientierung wahlrelevantes Verhalten nach sich ziehen soll (vgl. Campbell u.a. 1960: 169 ff.): Erstens muss das Issue von dem Wähler wahrgenommen werden. Zweitens muss er ihm eine Bedeutung zumessen und sich eine eigene Meinung dazu bilden. Drittens schließlich muss er zwischen den Parteien unterschiedliche Standpunkte oder unterschiedliche Lösungskompetenzen bei gleichen Standpunkten ausmachen, um zu einem Entscheidungskriterium zu gelangen.

Politische Sachfragen lassen sich weiter anhand einer Vielzahl von Merkmalen, wie der Politikfeld-Zuordnung, dem Grad der Allgemeinheit, der Dauerhaftigkeit, u.v.m. (vgl. Schoen/Weins 2005: 226 f.) unterscheiden. Zwei Gesichtspunkte erscheinen jedoch von besonderer Relevanz (vgl. Rudi 2011: 180): der Zeitbezug und der Grad der substantiel-

len Konfliktbehaftung. Hinsichtlich des Zeitbezuges lassen sich Einstellungen der Wähler zu retrospektiven von prospektiven Issues trennen. Im ersten Fall blickt der Wähler vor allem auf die Leistungen der Regierungsparteien in der Vergangenheit zurück und bewertet sie. Im zweiten Fall fällt er sein Urteil anhand der Erwartungen, die er mit dem zukünftigen Regierungshandeln der Parteien verknüpft. Dafür können auch die zurückliegenden Regierungsleistungen eine Rolle spielen. Bezüglich des zweiten Kriteriums sind Valenz- und Positionsisues auseinanderzuhalten. Valenzissues werden durch die weitgehende Einigkeit aller relevanten Akteure über die Zielsetzungen der Sachfragen (z.B. Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit) definiert. Unterschiede bestehen hingegen bei den Mitteln und Wegen der Zielerreichung, weshalb Einstellungen zu Valenzissues immer Performanzbewertungen der Parteien durch die Wähler sind. Positionsisues zeichnen sich dagegen grundsätzlich durch unterschiedliche Standpunkte der Parteien aus (z.B. Befürwortung oder Ablehnung eines Mindestlohns). Im Folgenden soll die Issue-Orientierung als Beurteilung der Lösungskompetenz wichtiger politischer Sachfragen verstanden werden. Sie bezieht sich damit auf das engere Issue-Verständnis von Campbell u.a. und lässt offen, welche konkreten politischen Sachfragen für die Wähler von Bedeutung sind. Dies erleichtert im späteren Verlauf der Untersuchung die statistische Analyse, ohne im Hinblick auf die Problemstellung entscheidende Informationsverluste befürchten zu müssen. Der Zeitbezug ist zukunftsorientiert.

Wie schon bei der Kandidatenorientierung tritt auch bei der Issue-Orientierung das Problem einer möglichen Abhängigkeit von der Parteiidentifikation auf (vgl. Campbell u.a. 1960: 185 ff.). Vor allem bei Positionssachfragen kann die Identifikation mit einer Partei dazu führen, dass ein Wähler seinen eigenen Standpunkt zu einem Thema erst aus derjenigen der Partei ableitet (Projektionseffekt) oder ihn an denjenigen der Partei anpasst (Persuasionseffekt) (vgl. Schoen/Weins 2005: 229). Doch auch hier gilt natürlich, nicht jeder Wähler fühlt sich mit einer Partei (so stark) verbunden, sodass sich Einstellungen zu Sachfragen durch kurzfristige Ereignisse oder Wahlkampfaktivitäten der Parteien wandeln können, wie z.B. die Befürwortung/Ablehnung der Kernenergie vor und nach dem Unglück von Fukushima. Gleichsam hängen auch die relative Bedeutung einzelner Sachfragen und der Zusammenhang zwischen der Issue-Orientierung und der individuellen Wahlentscheidung von räumlichen Kontextfaktoren ab. Möglicherweise wird die Position zur Kernenergie, um bei dem Beispiel zu bleiben, durch die Planung

eines Atommüllendlagers im Wahlkreis eines Wählers beeinflusst. Zur Effektstärke der Issue-Orientierung wurde bereits auf mögliche gebietspezifische Priming-Strategien der Parteien hingewiesen.

Auch für die Issue-Orientierung hat sich in der Vergangenheit aber gezeigt, dass von ihr ein eigenständiger Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung ausgeht (vgl. Kühnel/Mays 2009, Rudi 2011, Shikano/Behnke 2009). Bereits zum zweiten Mal wurde allerdings auch die bedeutende Rolle der Parteiidentifikation erkennbar. Sie ist die dritte Einstellungskomponente des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes und gemäß Abbildung 4 (S. 17) den beiden kurzfristigen Orientierungen im Trichtermodell vorgelagert.

### *Parteiidentifikation*

Die Parteiidentifikation ist die zentrale und wichtigste Größe der sozialpsychologischen Komponententrias, da sie einerseits die beiden kurzfristigen Einstellungsvariablen beeinflusst, andererseits einen direkten Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung ausübt. Sie wird für gewöhnlich als „langfristige stabile affektive Bindung des Individuums an eine politische Partei“ (Falter u.a. 2000: 236 f.) definiert. Sie gilt als „langfristig“, weil sie gemäß der ursprünglichen Konzeption von Campbell u.a. zumeist bereits in der primären politischen Sozialisationsphase durch das Elternhaus vermittelt wird und sich durch dauerhafte positive Erfahrungen mit der Identifikationspartei im Lebensverlauf intensiviert, als „stabil“, weil sie dadurch gleichsam gefestigt wird und somit weniger volatil als das Wahlverhalten ist, und nimmt schließlich einen „affektiven“ Charakter an, weil sie auf dem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei als sozialer Gruppe beruht. Man kann sie daher auch als informelle „psychologische Parteimitgliedschaft“ (ebd.: 237) interpretieren.

Nun liegt die Vermutung nahe, dass Menschen, die sich mit einer bestimmten Partei sogar als Quasi-Mitglied identifizieren, gar nicht anders können, als diese dann auch zu wählen, womit das Konzept zu einer Tautologie der Wahlabsicht würde. Und tatsäch-

lich kommt die Parteiidentifikation einer Art „standing decision“ (Key/Munger 1959: 286, zitiert nach Falter u.a. 2000: 238) gleich, die dazu führt, dass Parteiidentifizierer ihre Bezugspartei auf dem Wahlbogen überdurchschnittlich häufig ankreuzen, weil wie durch einen WahrnehmungsfILTER oder eine „Parteibrille“ politische Phänomene stets in einem günstigen Licht für die Bezugspartei erscheinen (vgl. Campbell u.a. 1960: 128 ff., Schmitt-Beck 2011a: 155 ff.). Gleichwohl determiniert die Parteiidentifikation die individuelle Wahlentscheidung nicht vollständig. Obwohl sie die beiden übrigen Einstellungskomponenten des sozialpsychologischen Kernmodells beeinflusst, besagt der Ansatz nämlich auch, dass z.B. erhebliche Abneigungen gegen den Spitzenkandidaten oder Divergenzen zwischen den eigenen Positionen und denen der Identifikationspartei bei politischen Sachfragen zu einem von der Parteiidentifikation abweichenden Wahlverhalten führen können. Darüber hinaus sind aber noch viele weitere Ursachen denkbar, wie z.B. koalitionsaktische Überlegungen, die das Kernmodell des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes aber nicht vorsieht (siehe Fußnote 11).

Die relative Stärke der Beziehung zwischen der Parteiidentifikation und dem individuellen Wahlverhalten hängt insbesondere von der Konzeption als „stabile“ Einstellung ab. Einerseits wurde dem Konstrukt von „Tautologie-Kritikern“ vorgeworfen, einem „unmoved mover“ gleichzukommen (vgl. Schoen/Weins 2005: 217). Tatsächlich ist sie aber bereits von Campbell u.a. keineswegs als unbeweglich angelegt, sondern sowohl in ihrer Intensität als auch in der Richtung gegenüber einer Partei grundsätzlich wandlungsfähig. Insbesondere dauerhafte negative Erfahrungen mit der Bezugspartei, oder z.B. auch der Wechsel in ein sozial-räumliches Umfeld mit einer anderen Wahlverhaltensnorm, können zu einer Abschwächung der Identifikation oder sogar einer Neuorientierung hin zu einer anderen Partei führen (vgl. Arzheimer/Schoen 2005: 630 f.). Die grundsätzliche Offenheit gegenüber positiven und negativen Erfahrungen hat andererseits zu einer grundsätzlichen Infragestellung der Stabilität der Parteiidentifikation geführt, die in einer theoretischen Neuinterpretation als „running tally“ (Fiorina 1981: 89) bzw. rationalistischen „information shortcut“ (Popkin 1991) mündete. Doch weder das Extrem des „unmoved mover“ noch dasjenige eines einfachen momentanen Saldos positiver und negativer Erfahrungen mit der Bezugspartei wird dem Grundkonzept gerecht. Die Parteiidentifikation als affektives Gefühl einer psychologischen Parteimitgliedschaft ist vielmehr eine eigenständige relativ stabile Größe, deren Richtung, Inten-

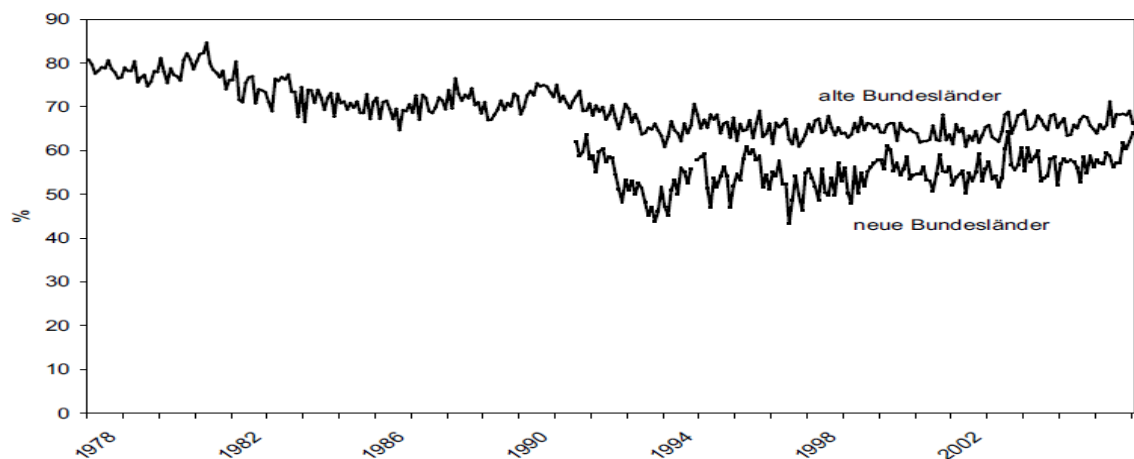
sität und Effektstärke auf die individuelle Wahlentscheidung durch bestimmte Faktoren beeinflusst werden kann.

Wie in der ursprünglichen Konzeption von Campbell u.a. vorgesehen, bestätigen empirische Befunde (vgl. z.B. Jennings/Niemi 1968), dass bereits in der primären politischen Sozialisationsphase affektive Parteibindungen durch die eigenen Eltern vermittelt und erworben werden können. Für deren Entwicklung sind aber im weiteren Lebensverlauf noch eine ganze Reihe zusätzlicher Aspekte verantwortlich, darunter die Einbindung in einen bestimmten sozial-räumlichen Kontext. Das soziale Netzwerk von Jugendlichen setzt sich neben der eigenen Familie nämlich häufig schon früh aus einer Vielzahl politisch relevanter Bezugsgruppen, wie z.B. den Klassenkameraden, den Mitgliedern des Sportvereins oder anderen Freundes- und Bekanntenkreisen zusammen. Die Richtung der Parteiidentifikation wird vor allem dadurch geprägt, um welche sozialen Gruppen es sich dabei handelt. Die Intensität und Effektstärke der Parteiidentifikation hängt u.a. davon ab, wie gleichförmig die Parteipräferenzen in den jeweiligen Bezugsgruppen verteilt sind. Je homogener sie sind, desto intensiver wird und wirkt auch die Parteiidentifikation. Bewegt sich der Wähler aber in voneinander unabhängigen sozialen Kreisen (vgl. Simmel 1999: 456 ff.), sodass in jeder Gruppe unterschiedliche Parteipräferenzen dominieren, können diese „cross-pressures“ dazu führen, dass sich überhaupt keine eindeutige Parteiidentifikation ausbildet oder wirksam wird (vgl. Schoen/Weins 2005: 210 f.). Weiterhin konnte nachgewiesen werden, dass die Bedeutung der primären politischen Sozialisation für die eigene Parteiidentifikation mit dem heranwachsen Jugendlicher nachlässt (vgl. z.B. Niemi/Jennings 1991), da die Kontakthäufigkeit mit den eigenen Eltern im Übergang vom Kinder- ins Erwachsenenalter abnimmt und z.B. mit dem Einstieg in das Berufsleben immer neue politisch relevante soziale Bezugsgruppen (z.B. Arbeitskollegen) auftreten.

Nichtsdestotrotz belegt Abbildung 5, dass in der Bundesrepublik in den vergangenen rund dreißig Jahren stets mehr als die Hälfte der Bevölkerung angab, sich mit einer Partei zu identifizieren. Es wird allerdings auch deutlich, dass die Anzahl der Parteiidentifizierer deutlich abgenommen hat. Dieser Erosionsprozess struktureller Bindungen an Parteien („dealignment“, vgl. Dalton 1984) wird häufig auf einen abnehmenden Nutzen für die Wähler durch Prozesse der kognitiven Mobilisierung im Zuge der Bildungsex-

pansion oder eine Abschwächung der Prägekraft sozialmoralischer Milieus zurückgeführt (vgl. Arzheimer 2006: 793). Er zeigt aber vor allem, dass immer weniger Wähler auf die Parteiidentifikation als Kriterium ihrer Wahlentscheidung zurückgreifen können. In Bezug auf die Bürger der neuen Bundesländer war nach der Wiedervereinigung sogar lange Zeit unklar, ob bei ihnen überhaupt Parteibindungen, wie es das sozialpsychologische Konzept vorsieht, existieren, da für sie zuvor keine Möglichkeit bestand, eine psychologische Beziehung zu den „West“-Parteien aufzubauen. Empirische Analysen belegen jedoch, dass dies im Osten Deutschlands sogar eindeutiger der Fall ist als im Westen der Republik (vgl. Falter u.a. 2000: 246 ff.). Zwanzig Jahre nach der Wende hatte zudem eine komplette Generation die nötige Zeit affektive Parteibindungen aufzubauen. Dennoch bewegt sich der Anteil der Parteiidentifizierer im dargestellten Zeitintervall im Abstand von etwa zehn bis zwanzig Prozentpunkten unter dem Niveau der alten Bundesländer.

Abbildung 5: Anteil der Menschen mit Parteiidentifikation in den alten und neuen Bundesländern (1977-2005)



Quelle: Schoen 2009: 201, Daten: Politbarometer

Insgesamt spricht aber vieles dafür politische Einstellungen, wie sie von dem sozialpsychologischen Ansatz betont werden, zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung heranzuziehen. Vor allem da sich die drei Kernelemente in zahlreichen empirischen

Studien bewährt haben. Zusammenfassend fällt der Parteiidentifikation, die als langfristige stabile affektive Bindung an eine Partei definiert wurde, eine herausragende Stellung zu, da sie die beiden anderen kurzfristigen Komponenten beeinflusst, aber auch einen eigenständigen Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung ausübt. Die Kandidaten- und Issue-Orientierung, als Gesamtbewertung der Spitzenkandidaten bzw. Beurteilung der Lösungskompetenz wichtiger politischer Sachfragen der Parteien durch die Wähler, ergänzen die Reihe politischer Einstellungen, die in das Mehrebenen-Modell auf der Individualebene aufgenommen werden soll. Im Verlauf der Ausführungen wurde bereits deutlich, dass räumliche Kontextfaktoren an verschiedenen Stellen einen Einfluss auf die politischen Einstellungen selbst oder deren Effektstärke auf das individuelle Wahlverhalten nehmen können. Darauf wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen. Zunächst richtet sich die Aufmerksamkeit jedoch weiter auf die Individualebene. Denn wie zu Beginn im Modell des Kausalitätstrichters dargestellt, können politische Einstellungen und die Wahlentscheidung selbst auch von sozialstrukturellen Merkmalen der Wähler abhängen. Im nächsten Abschnitt wird der „rückwärtsgewandte“ Weg im Trichtermodell daher in Richtung der relevanten soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmale fortgesetzt.

### **2.3 Der soziologische Ansatz: Zum Einfluss sozialstruktureller Merkmale**

Wer zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung auf sozialstrukturelle Merkmale der Wähler zurückgreift, stützt sich zumeist auf einen soziologischen Ansatz. Ruft man sich noch einmal die beiden theoretischen Modelle von Klein/Pötschke und Pickery in Erinnerung (Abb. 1 und 2, S. 13 f.), so wird man feststellen, dass sie sich beinahe ausschließlich aus soziodemographischen und -ökonomischen Faktoren zusammensetzen. Und tatsächlich ziehen die Autoren sowohl auf der Individual- als auch auf der Kontextebene zwei klassische soziologische Erklärungsansätze heran. Während der makrosoziologische Ansatz vornehmlich dazu dient, die wahlverhaltensrelevanten Merkmale zu identifizieren, sieht der mikrosoziologische Ansatz einen wichtigen Mechanismus



vor, auf dem dieser Zusammenhang beruhen kann. Um beides nachzuvollziehen, werden die Ansätze in den nächsten Abschnitten erläutert.

### **2.3.1 Der makrosoziologische „Cleavage“-Ansatz: Die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen**

Der makrosoziologische „Cleavage“-Ansatz entspringt im Gegensatz zum sozialpsychologischen Ansatz keiner Studie, die ursprünglich Wählerverhalten erklären wollte, sondern in „Party Systems and Voter Alignments“ (Lipset/Rokkan 1967) die Entstehung und Entwicklung westlicher Parteiensysteme im Blick hatte. Der zentrale Gedanke erlaubt es aber, einen Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen der Wähler und deren Wahlentscheidung herzustellen. Er besteht darin, dass in Gesellschaften häufig soziale Spannungslinien existieren, die sich zwischen sozialen Großgruppen entlang fest verankerten politischen Werte- oder Interessenkonflikten aufspannen. Parteien bieten sich den Großgruppen als politische Agenten an. Im Gegenzug für die Vertretung der Gruppenanliegen in der politischen Arena fordern sie von den Mitgliedern eine möglichst einheitliche Stimmabgabe zu ihren Gunsten. Soziale Großgruppen und politische Parteien werden sozusagen Bündnispartner.

Aber nicht jeder gesellschaftliche Konflikt<sup>13</sup> bringt einen solchen Zusammenschluss hervor. Damit ein Bündnis dauerhaft entsteht und an Stabilität gewinnt, müssen wenigstens drei Bedingungen erfüllt sein (vgl. Pappi 2002: 32, Schoen 2005: 147 ff.). Zum ersten muss die Großgruppe anhand eines möglichst stabilen objektiven sozialstrukturellen Merkmals identifizierbar und ansprechbar sein. Zum zweiten müssen sich die Merkmalsträger auch subjektiv als Gruppenmitglieder begreifen, besser noch affektiv an die Gruppe gebunden fühlen, und die jeweiligen Anliegen intrinsisch motiviert vertreten oder sich zumindest der Gruppennorm unterwerfen. Drittens schließlich festigen institutionalisierte Strukturen bzw. der Zusammenschluss zu einer gesellschaftlichen Interessenorganisation als Anlaufpunkt und Ansprechpartner die informelle Partnerschaft mit

---

<sup>13</sup> Für eine Übersicht zum aktuellen Stellenwert, der Entwicklung und Wirkung gesellschaftlicher und parteipolitischer Konfliktlinien in Deutschland vgl. z.B. Niedermayer 2009.

einer Partei. Daher zählen z.B. die Arbeitslosen nicht zu den sozialen Großgruppen im Sinne des „Cleavage“-Ansatzes. Zwar existiert in den meisten Gesellschaften eine relativ dauerhafte und in der Größenordnung annähernd stabile Anzahl Arbeitsloser mit spezifischen Interessen. Aber nach der Aufnahme einer neuen Beschäftigung verlässt wenigstens ein Teil die Gruppe auch wieder vergleichsweise schnell. Das Merkmal ist also individuell nicht sehr stabil. Selbst wenn man nur Langzeitarbeitslose heranziehen und ihnen einen eigenen Habitus mit Gruppenbewusstsein unterstellen würde, so verfügten sie über keine echten institutionalisierten Strukturen bzw. Interessenorganisationen, die sich speziell für die Belange der (Langzeit-)Arbeitslosen einsetzen<sup>14</sup>. Nichtsdestotrotz können sich bei einzelnen Wahlen auch einmalige oder mittelfristige Bündnisse zwischen sozialen Großgruppen, wie den Arbeitslosen, und politischen Parteien ergeben. Diese einfachen „alignments“ (vgl. auch weiterführend Manza/Brooks 1999) werden nachfolgend allerdings nicht weiter behandelt.

Tief verwurzelte Bündnisse zwischen sozialen Großgruppen und Parteien treten nach Lipset/Rokkan (vgl. 1967: 9 ff.) im Wesentlichen durch vier gesellschaftliche Spaltungslinien hervor. Zu den beiden wertbasierten Konflikten zählen die Gegensätze zwischen Zentrum (herrschende nationale zentralstaatliche Elite) und Peripherie (ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten), sowie zwischen Kirche und Staat um Moralvorstellungen und Ideale. Die Konflikte zwischen Stadt und Land, sowie zwischen Arbeit und Kapital entspringen hingegen divergierenden materiellen Interessenlagen. Für die Bundesrepublik haben sich vor allem der Kirche-Staat- und der Arbeit-Kapital-Konflikt als prägend erwiesen (vgl. z.B. Arzheimer/Schoen 2007, Weßels 2000). In der Folge sind daraus zwei für die empirische Wahlforschung bedeutende dauerhafte politische Allianzen entstanden. Die Aufmerksamkeit richtet sich daher nun auf die Gruppen der (praktizierenden Christen/)Katholiken und der (gewerkschaftlich organisierten) Arbeiter.

---

<sup>14</sup> Die Gründung einer solchen Organisation wäre schon allein deshalb problembehaftet, weil ihre Finanzierung über Beiträge von Mitgliedern, die über kein Erwerbseinkommen verfügen, kaum möglich wäre. Man mag dem entgegenhalten, dass Gewerkschaften auch für Arbeits- und Erwerbslose Lobbyarbeit betreiben. Deren primäres Interesse richtet sich jedoch auf bereits in Beschäftigung befindliche Personen. Das offenbaren z.B. die Forderungen nach höheren Mindestlöhnen und strengeren Regelungen zum Kündigungsschutz, weil diese die Einstellung neuer Mitarbeiter in Unternehmen eher hindert, als fördert.

*(Praktizierende Christen/)Katholiken*

Der wertbasierte Konflikt zwischen Kirche und Staat, der in Deutschland historisch auf Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des protestantisch-preußischen Staates und dem Papst ergebenden Katholiken basiert, ist nach Gründung der Bundesrepublik zunächst konfessionell angelegt (vgl. Arzheimer/Schoen 2007: 91, Schoen 2005: 173 f.). In der Frühphase orientierten sich daher vor allem Katholiken an CDU und CSU, welche in dieser Hinsicht die Nachfolge der alten Zentrumspartei antraten.

Mithin erfüllt die soziale Großgruppe der Katholiken die drei oben genannten Bedingungen, um ein stabiles Bündnis mit einer politischen Partei einzugehen. Die römisch-katholische Konfession ist erstens ein objektiv ansprechbares sozialstrukturelles Merkmal, deren Angehörigen zweitens u.a. durch den konfessionell getrennten schulischen Religionsunterricht schon in einer frühen Sozialisationsphase eigene Norm- und Wertvorstellungen vermittelt, sowie Unterschiede zu anderen (nicht-)religiösen Gruppen ins Bewusstsein gerufen werden. Drittens zeichnet sich die katholische Kirche durch eine strenge hierarchisch-institutionelle Struktur aus und verkörpert gleichsam eine Interessenorganisation gegenüber dem Staat. Die Unionsparteien, die das christliche Menschenbild in ihren Grundsatzprogrammen stets als politisches Leitmotiv betonen und symbolisch exponiert in ihrem Namen tragen, sind der natürliche Bündnispartner der Großgruppe. Gleichwohl waren sie im Prinzip von Beginn an überkonfessionell ausgerichtet (vgl. auch weiterführend Zolleis 2008: 41 ff.).

Letzteres erwies und erweist sich allerdings keineswegs als Nachteil angesichts der seit vielen Jahren schrumpfenden absoluten Zahl der Konfessionsgebundenen. Der Mitgliederschwund betrifft unter den Katholiken gerade auch die religiöseren Kernmitglieder, die als eigentliche Stammklientel angesehen werden können (vgl. Jagodzinski/Quandt 2000: 168). Deren engere Bindung an die katholische Kirche durch regelmäßige Gottesdienstbesuche und Engagements in lokalen Kirchenkomitees fördert nämlich die Interaktionsdichte untereinander und damit die Etablierung sozialer Wahlverhaltensnormen. Doch auch die Zahl der protestantischen Konfessionsangehörigen folgt dem beschriebenen Trend. Noch bis zur Jahrtausendwende entschieden sich Protestanten bei Bundes-

tagswahlen in den alten Bundesländern unabhängig von deren Verbundenheit mit der Kirche in der Regel allerdings eindeutig seltener als Katholiken für die CDU/CSU. Sie votierten sogar mehrheitlich für die SPD (vgl. Schoen 2005: 177). Bei jüngeren Parlamentswahlen zeigt sich aber, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung für die Union merklich ansteigt, diejenige für die Sozialdemokraten sogar übertrifft, je häufiger die Protestanten Gottesdienste besuchen (vgl. Arzheimer/Schoen 2007: 106). Da die Unionsparteien gemäß ihrem Selbstverständnis, wie gesagt, ohnehin konfessionsübergreifende Positionen vertreten, nach dem Beitritt der neuen Bundesländer rund ein Drittel aller Bundesbürger überhaupt keiner Konfession mehr angehört und ökumenische Standpunkte und Bestrebungen in der Gesellschaft zunehmen, hat sich in der empirischen Wahlforschung die These von der Ablösung des konfessionellen durch ein religiöses „Cleavage“ verbreitet (vgl. Weßels 2011: 105). Demnach verlaufe der Konflikt nunmehr nicht zwischen den Konfessionen, sondern eher zwischen Religiösen (hier praktizierende Christen) und Nicht-Religiösen. Die Empirie hat in der Vergangenheit jedoch gezeigt, dass „[e]in Gegensatz zwischen Religiösen und Nicht-Religiösen [...] an die Seite, nicht aber an die Stelle des konfessionellen Konflikts getreten [ist]“ (Schoen 2005: 180, vgl. auch Elff/Roßteutscher 2009: 314). Das mag unter anderem dem Umstand geschuldet sein, dass die Konfession, wenn überhaupt für jemanden, dann für die strenger Gläubigen eine Rolle spielt.

Besondere Aufmerksamkeit sollte, wie schon bei der Parteiidentifikation, den Unterschieden zwischen den alten und den neuen Bundesländern gewidmet werden. Der „Cleavage“-Ansatz betont den langfristigen Wachstums- und Festigungsprozess eines Bündnisses zwischen sozialen Großgruppen und politischen Parteien. Im Westen und Osten Deutschlands waren die Voraussetzungen dafür allerdings höchst ungleich. So wurde die (katholische) Kirche in der DDR zum einen politisch unterdrückt. Zum anderen bot die „Parteienlandschaft“ keinen Platz für eine religiöse oder konfessionelle Bündnispartei. Zudem macht der Anteil der Katholiken in den neuen Bundesländern noch heute nur eine kleine Minderheit aus. Damit geht zwangsläufig auch eine geringere Interaktionsdichte unter den Gruppenmitgliedern in den jeweiligen räumlichen Kontexteinheiten einher, wodurch eine Wahlverhaltensnorm untereinander ungleich schwerer sozial kontrolliert werden kann. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass gerade das Minderheitendasein (man erinnere sich an den zweiten Typ wertbasierter sozialer Span-

nungslinien) zu einem stärkeren Selbstbewusstsein („Wir“-Gefühl durch Abgrenzung) geführt und ein gewisses Identifikationspotential gestiftet hat. Da sich die Repressionspolitik der DDR mehr oder minder gegen beide christlichen Kirchen richtete, sollten auch Divergenzen zwischen den Konfessionen angesichts des gemeinsamen Gegenübers in den Hintergrund getreten sein. Tatsächlich belegen empirische Daten, dass in den neuen Bundesländern bei Bundestagswahlen bisher Mitglieder beider Konfessionen überdurchschnittlich häufig die Union bevorzugt haben (vgl. Arzheimer/Schoen 2007, Elff/Roßteutscher 2009, Schoen 2005).

Zusammenfassend hat sich der Staat-Kirche-Konflikt in der Bundesrepublik in der Vergangenheit in einem stabilen Bündnis zwischen den (praktizierenden Christen/Katholiken und den Unionsparteien niedergeschlagen. Daher spricht einiges dafür, ein konfessionelles bzw. ein religiöses Merkmal in das räumliche Mehrebenen-Modell aufzunehmen. Aufgrund der marginalen katholischen Strukturen in den neuen Bundesländern, insbesondere wenn man die Konfession in Kombination mit der Religiosität betrachtet, und den vergleichsweise hohen Anforderungen der Mehrebenen-Analyse an die Datengrundlage, wird nachfolgend der Fokus allein auf dem Einfluss der Religiosität liegen. Strukturelle Ungleichheiten mitsamt ihren Folgewirkungen zwischen den beiden Landesteilen sollten daher nicht aus den Augen verloren werden. Sie sind eher ein weiteres Argument für die Durchführung getrennter Ost-West-Analysen. Neben dem religiösen darf aber auch ein sozioökonomisches „Cleavage“ nicht übersehen werden.

#### *(Gewerkschaftlich organisierte) Arbeiter*

Wie der Staat-Kirche-Konflikt stützt die traditionelle Spannungslinie zwischen Arbeit und Kapital ein sehr altes Fundament. Ihren Ursprung nimmt sie im Gegensatz dazu aber in einem materiellen Interessenkonflikt. Er wurde zuerst zwischen „Arbeitern“, also Erwerbstätigen, die ihre Arbeitskraft gegen Lohn anbieten mussten, sowie Landwirten und Selbstständigen, die auf diese Arbeitskraft in ihren Betrieben angewiesen waren, ausgetragen. Nachdem sich die SPD bereits in ihrem Erfurter Programm ausgangs des 19. Jahrhunderts für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesell-

schaft eingesetzt hatte, waren die Weichen für eine Allianz mit den Arbeitern schon früh gestellt. Die Verbindung hielt bis in die Gründungsphase der Bundesrepublik und setzte sich zunächst auch nach der programmatischen Neuausrichtung der SPD in ihrem Godesberger-Programm fort.

Das sozialstrukturelle Gruppenmerkmal der Arbeiterschaft wird anhand der beruflichen Stellung im Wirtschaftsprozess festgemacht. Sie entsprechen einer (objektiven) Klasse an sich und erfüllen damit die erste wesentliche Bedingung für ein stabiles Bündnis mit einer Partei. Die kulturelle Hürde wird genommen, wenn die Arbeiter ein gemeinsames Bewusstsein über ihre ökonomische Lage entwickeln, sodass sie sich auch subjektiv der Arbeiterklasse zugehörig fühlen. Institutionelle Strukturen gewinnt die Großgruppe schließlich durch Gewerkschaften, die ihre Anliegen und Interessen vertreten. Insbesondere der DGB<sup>15</sup>, dessen Vorstand sich überwiegend aus Sozialdemokraten zusammensetzt (vgl. Rudzio 2011: 73), festigte mit seinen Wahlaufufen zumindest bis zur Bundestagswahl 2005 (vgl. Holtmann 2009: 24 f., Seibrig 2010: 30 f.) den Zusammenschluss mit der SPD.

Ebenso wie die religiös-konfessionellen Gruppen hat aber auch die Arbeiterschaft seit vielen Jahren mit einem dramatischen Mitgliederschwund zu kämpfen (vgl. Funk 2003: 17 f.). Hierfür zeichnet sich u.a. der mit der Tertiarisierung einhergehende Wandel der Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich. Immer weniger Erwerbstätige arbeiten im industriellen Wirtschaftssektor, in dem sie als im klassischen Sinn abhängig Beschäftigte manuelle Tätigkeiten verrichten (vgl. Hradil 2006: 185). Stattdessen haben sich mit dem Wachstum des Dienstleistungssektors sowohl die Berufsstruktur als auch die Klassenlagen ausdifferenziert. Die sozioökonomische Konfliktlinie kann im Zuge dieser Entwicklung immer weniger durch eine einfache Trennung zwischen Arbeitern und Selbstständigen/Landwirten gezogen werden. Dafür haben die Berufsgruppen der Beamten und vor allem der Angestellten zu sehr an Bedeutung gewonnen. Ein angemesseneres Abbild der aktuellen Verhältnisse liefern bspw. verschiedene Versionen des „Goldthorpe-Schemas“, die Beschäftigungsverhältnisse und damit zusammenhängende Klassenlagen u.a. nach Aspekten des Qualifikationsniveaus der Tätigkeit, Leitungs-

---

<sup>15</sup> Nicht alle Gewerkschaften, man denke etwa an die christlichen Gewerkschaften, stehen politisch den gleichen Parteien nahe.

/Führungsaufgaben und der Stellung zu den Produktionsmitteln (vgl. Erikson u.a. 1979: 419 ff., Erikson/Goldthorpe 1992: 38 f.) unterscheiden. Der Forschungsstand der empirischen Wahlsoziologie belegt, dass sich die Konfliktlinie damit gegenwärtig besser fassen lässt. Denn seit der Parlamentswahl von 1957 vermag das Merkmal „Arbeiter“ die individuelle Wahlentscheidung für die SPD in den alten Bundesländern immer weniger zu erklären (vgl. Schoen 2009: 198 f.). Zieht man stattdessen eine Variante des Goldthorpe-Schemas heran, bleibt der Effekt bei Beschäftigten in einer klassischen Arbeitertätigkeit erhalten (vgl. Elff/Roßteutscher 2009: 312 ff.).

Arbeiter, die sich in einer Gewerkschaft engagieren, verkörpern das Pendant zu den praktizierenden Katholiken im religiös-konfessionellen „Cleavage“. Sie sind der „harte Kern“ der sozialen Großgruppe. Gewerkschaftsmitglieder sollten durch die Teilnahme an Arbeitskämpfen, die regelmäßigen Interaktionen untereinander oder gar die Übernahme eines Amtes in der Organisation ein stärkeres (politisches) Bewusstsein über ihre Klassenlage und die kollektiven Interessen der Großgruppe entwickeln. Entsprechend kann sich eine Wahlverhaltensnorm unter ihnen leichter ausbreiten und verfestigen. Doch sowohl die Mitgliederzahlen als auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften folgen dem Negativtrend (vgl. Funk 2003: 17 f.), der sich schon bei den Konfessionsangehörigen und der Arbeiterschaft insgesamt beobachten ließ. Zudem droht die politische Allianz mit der SPD durch die Umsetzung und die Folgen der Maßnahmen der Agenda 2010-Politik, sowie dem damit verbundenen Erstarken der Linkspartei, die als Konkurrent um den Status des Agenten der Arbeiterschaft in der politischen Arena auftritt, zu erodieren (vgl. Holtmann 2009: 24 f., Seibring 2010: 30 f.). Das hat sich bis zur vorletzten Bundestagswahl 2005 allerdings noch nicht im individuellen Wahlverhalten niedergeschlagen (vgl. Arzheimer/Schoen 2007: 99f.). Eine Gewerkschaftsmitgliedschaft erhöhte die Chancen für die SPD zu stimmen.

Abschließend sind auch für den Arbeit-Kapital-Konflikt Unterschiede zwischen den beiden deutschen Landesteilen zu erwarten. Zu Zeiten der DDR sollte der sozioökonomische Konflikt durch die Doktrin des „Arbeiter- und Bauernstaates“ nach innen überwunden werden. Tatsächlich hatte man ihn eher geleugnet (vgl. ebd.: 93). Gewerkschaften waren Massenorganisationen und nahmen den Charakter von „staatlichen Transmissionsriemen“ an (vgl. Elff/Roßteutscher 2009: 308). Nach der Wiedervereinigung um-

fasste die Gruppe der Arbeiter fast alle Erwerbstätigen in Ostdeutschland, die sich durch Sozialisationsprozesse subjektiv auch als solche wahrgenommen haben. Zudem waren sie hochgradig gewerkschaftlich organisiert. Man hätte daher annehmen können, dass es der SPD schnell gelingen würde das stabile Bündnis mit der sozialen Großgruppe aus dem Westen zu übertragen. Tatsächlich haben die Arbeiter bei den ersten beiden gesamtdeutschen Wahlen aber mehrheitlich für die Union gestimmt. Erst seitdem gleichen sich die Verhältnisse denen Westdeutschlands allmählich an.

„Daher spricht einiges dafür, da[ss] sich in den neuen Bundesländern bei den letzten beiden Bundestagswahlen [1998 und 2002] im Wahlverhalten zwar ähnliche sozialstrukturelle Konturen wie in den alten Ländern abzeichnen, aber nicht die gleichen verfestigten und belastbaren Bündnisse zwischen sozialen Gruppen und politischen Parteien vorliegen.“ (Schoen 2005: 162)

Dies hat sich durch die bereits angesprochene Agenda 2010-Politik und die relative Stärke der Linkspartei in den neuen Ländern auch in der Folgezeit nicht geändert.

Zusammenfassend ist daher mit einem schwächeren Effekt zwischen der beruflichen Stellung und der individuellen Wahlentscheidung zu rechnen, als dies die Merkmale des religiös-konfessionellen „Cleavage“ versprechen. Zudem sollte sich ein Einfluss zugunsten der SPD eher in den alten als in den neuen Bundesländern bemerkbar machen. Nichtsdestotrotz soll ein kombiniertes Merkmal der beruflichen Stellung und der Gewerkschaftsmitgliedschaft als fünftes und letztes (inhaltliches, siehe weiter unten) Individualmerkmal in das Mehrebenen-Modell aufgenommen werden. Beide individuellen sozialstrukturellen Merkmale bieten darüber hinaus einen wichtigen Anhaltspunkt für die relevante soziale Komposition der Wahlkreise. Allerdings wurden die Wirkungsmechanismen zwischen der sozialen Position und dem individuellen Wahlverhalten bisher nur angedeutet. Da sie aber sowohl für die Zusammenhänge auf der Individual- als auch auf der Kontextebene des räumlichen Modells relevant sind, wird insbesondere ein zentraler Mechanismus nachfolgend etwas ausführlicher dargestellt. Er rückt soziale Interaktionen zwischen den Mitgliedern der sozialen Großgruppen in den Mittelpunkt.



### **2.3.2 Der mikrosoziologische Ansatz: Die Wirkung sozialer Interaktionen**

In der empirische Wahlforschung werden hauptsächlich fünf Mechanismen diskutiert, die sozialstrukturelle Merkmale und die individuelle Wahlentscheidung zusammenführen (vgl. Arzheimer 2008: 77, Schoen 2005: 151 ff.). Der erste wurde bereits in Kapitel 2.2 erörtert. Demnach erwerben Menschen in bestimmten sozialen Positionen überdurchschnittlich häufig eine Parteiidentifikation. Z.B. könnten sich alle praktizierenden Christen mit einer Partei verbunden fühlen, die das Wort „christlich“ bereits als Symbol in ihrem Namen trägt. Der Effekt des sozialstrukturellen Merkmals sollte daher verschwinden, wenn man in einer Regressionsanalyse für die Parteiidentifikation kontrolliert, sofern dem Zusammenhang ein solcher Identifikationsmechanismus zugrunde liegt. Bleibt er bestehen, ist dafür möglicherweise ein anderer Identifikationsmechanismus verantwortlich. In diesem zweiten Fall liegt keine affektive Bindung an eine Partei, sondern an eine soziale Großgruppe, wie z.B. die Arbeiterschaft, vor. Wie im vorangehenden Unterkapitel dargestellt, könnten Arbeiter sich subjektiv der Arbeiterklasse zugehörig fühlen und eine bestimmte Partei als politischen Agenten wahrnehmen. Daraus muss jedoch nicht zwangsläufig eine gefühlsbasierte Bindung an die Partei resultieren. Der dritte Mechanismus hebt gleiche oder zumindest ähnliche materielle Interessenlagen hervor. Wähler in gleichen sozialen Positionen erwarten unabhängig voneinander, dass die Wahl einer bestimmten Partei ihnen den größten Nutzen verspricht. Sie betreiben sozusagen reines Issue-Voting, das für jeden einzelnen zu der gleichen Wahlentscheidung führt. Kontrolliert man daher für die Issue-Orientierung, sollte auch hier der Zusammenhang zwischen dem sozialstrukturellen Merkmal und der individuellen Wahlentscheidung verschwinden. Viertens besteht die Möglichkeit, dass Menschen in gleichen sozialen Positionen ähnliche politische Sozialisationserfahrungen sammeln. Etwa wenn alle Katholiken in katholischen Schulen erzogen würden. Die vermittelten Wertorientierungen schlagen sich dann in der Wahlentscheidung nieder. Der fünfte Mechanismus schließlich, zugleich Kernbestandteil des mikrosoziologischen Ansatzes, argumentiert mit sozialen Interaktionsmustern, die Menschen in ähnlichen sozialen Positionen vornehmlich untereinander pflegen.

„A Person thinks, politically, as he is, socially“ (Lazarsfeld u.a. 1948: 27), denn „[p]eople who work or live or play together are likely to vote for the same candidate“ (ebd.: 137). So in etwa könnte man die Kernaussage des mikrosoziologischen Ansatzes zusammenfassen, der auf die Studien „The People’s Choice“ (Lazarsfeld u.a. 1948) und später „Voting“ (Berelson u.a. 1963) zurückgeht. Wie aber gelangen Lazarsfeld u.a. zu der Aussage? Sie beobachten zunächst, dass Wähler bereits viele Wochen vor dem Wahltag eine feste Wahlabsicht äußern, die sich im Zeitverlauf durch kurzfristige Wahlkampfaktivitäten der Parteien nur selten ändert. Offenbar sei die Wahlabsicht eine vergleichsweise stabile Größe. Daher begeben sie sich auf die Suche nach weiteren wenig volatilen Merkmalen und stellen fest, dass die individuelle Wahlentscheidung eng mit bestimmten sozialstrukturellen Eigenschaften der Wähler einhergeht.

Zur Begründung weisen sie einerseits auf Interessen- und Identifikationsmechanismen hin (vgl. Lazarsfeld u.a. 1948: 148), stützen ihre Erklärung aber vor allem auf ein Interaktions-Argument, das auf zwei Prämissen beruht. Zum einen dem Menschenbild des „homo sociologicus“, der gesellschaftlich vermittelte soziale Normen auch dann befolgt, wenn ihm ein Zuwiderhandeln einen größeren instrumentellen Nutzen versprechen würde (vgl. Esser 1999a: 231 ff., Lindenberg 1985). Zum anderen der Annahme, dass Menschen in ähnlichen sozialen Positionen untereinander häufiger interagieren, weil sie sich in den gleichen sozialen Kreisen bewegen (vgl. Berelson u.a. 1963: 298 ff.). Idealtypisch könnte man einen Wähler anführen, der in einem Arbeiterhaushalt aufgewachsen ist, in der Schule nur Arbeiterkinder als Klassenkameraden hatte, seine Freizeit mit Freunden in einem Arbeitersportverein verbringt und an seinem Arbeitsplatz ausschließlich mit anderen Arbeitern zusammen tätig ist. Diese Muster ließen sich natürlich ebenso auf andere soziale Positionen übertragen.

Soziale Interaktionen dienen als wichtige Quelle zur Gewinnung politischer Informationen (vgl. Downs 1957: 229). Durch sie können politische Einstellungen individuell geformt, aber auch einfach von anderen übernommen werden, z.B. wenn man aufwendige Kosten-Nutzen-Kalkulationen vermeiden möchte oder wenn sozialer Druck ausgeübt wird. In einer homogenen Personengruppe wird in der Regel eine bestimmte Parteipräferenz dominieren, die sich insbesondere an den Ansichten des Meinungsführers („o-

pinion leader“)<sup>16</sup> ausrichtet. Zugleich etablieren sich in solchen Gruppen mit zunehmender Dominanz einer politischen Präferenz unter den Mitgliedern soziale Verhaltensnormen, deren Zuwiderhandeln mit sozialen Sanktionen (z.B. Schmähungen, Exklusion, ...) geahndet wird. Der soziale Kontrolldruck führt schließlich dazu, dass

„ein Individuum seine abweichende Meinung tendenziell den in einer Gruppe vorherrschenden Ansichten an[passt]; stehen seine Einstellungen hingegen bereits in Einklang mit den politischen Gruppennormen und erhalten somit soziale Unterstützung, wird es sie beibehalten oder sogar intensivieren“ (Schoen 2005: 138).

Der Kontrolldruck beeinflusst folglich sowohl die Richtung als auch die Effektstärke der sozialstrukturellen Merkmale, die, vermittelt über erworbene politische Einstellungen, auf die individuelle Wahlentscheidung einwirken.

Damit soziale Interaktionen diese Wirkung entfalten, sind vier Bedingungen besonders förderlich (vgl. Schoen 2005: 138 f.). Sie betreffen (1) die Beziehung bzw. das Vertrauen der Interaktionspartner untereinander, (2) die Interaktionshäufigkeit, (3) den Gesprächsgegenstand und (4) die Homogenität des sozialen Kontextes. Erstens werden politische Einstellungen in Interaktionen besser vermittelt, wenn sich die Interaktionspartner sehr nahe stehen und einander vertrauen. In der Regel verfügen Personen des engsten sozialen Umfeldes, wie die Familie („strong ties“), allerdings zumeist bereits über ähnliche Informationslagen und bestärken sich in den politischen Ansichten eher gegenseitig (vgl. Huckfeldt/Sprague 1991: 132 f.). Dagegen gelangen neue Informationen, insbesondere solche über das öffentliche Meinungsklima der erweiterten sozialräumlichen Umgebung durch „weak ties“ (vgl. Granovetter 1973), also Interaktionen mit eher flüchtigen Bekannten, an die Wähler. Huckfeldt u.a. (vgl. 1995: 1034 ff., 1998: 999 ff.) zeigen, dass diese Interaktionen für den Meinungsbildungsprozess zum Teil sogar bedeutsamer sind als Interaktionen mit engen Freunden. Zweitens entfalten soziale Interaktionen eine höhere Wirkung auf politische Einstellungen, wenn die Kon-

---

<sup>16</sup> Meinungsführer bestimmen die Wahrnehmung und Einstellungen von Gruppenmitgliedern gegenüber bestimmten Themen. Dazu muss ihnen von den übrigen Gruppenmitgliedern eine besondere Kompetenz auf dem Themenfeld (Kenntnisse, Fähigkeiten, Erfahrung, ...) zugesprochen werden (vgl. Schultze 2005: 637 f.).

takthäufigkeit steigt. Je häufiger sich bspw. praktizierende Christen im Anschluss an Gottesdienstbesuche unterhalten, desto eher kann sozialer Kontrolldruck ausgeübt werden. Drittens entfaltet sich eine Wahlverhaltensnorm eher, wenn tatsächlich politische Themen diskutiert werden. Das schließt aber nicht aus, dass politische Einstellungen auch indirekt über andere Gesprächsgegenstände übertragen werden (vgl. Beck u.a. 2002: 61). Von großer Relevanz ist viertens die Homogenität des sozialen Umfeldes. Finden sich Wähler in sozialen Kreisen mit unterschiedlichen Wahlverhaltensnormen wieder – etwa ein katholischer Arbeiter, der einerseits Mitglied des örtlichen Kirchenvorstands ist, andererseits ein zentrales Amt in einer Gewerkschaft besetzt – wird der Vermittlungsprozess gehemmt. Wie bereits in den Ausführungen zur Parteidentifikation dargelegt, verhindern diese „cross-pressures“, dass der Wähler (hier über soziale Interaktionen) eine eindeutige individuelle Parteipräferenz erwirbt. Bei ihnen sind daher

„am ehesten Wirkungen des politischen Klimas in der gesamten Gesellschaft oder zumindest in der weiteren sozialen Umgebung, etwa einer Gemeinde, zu erwarten. Wenn sie vermittelt über flüchtige und zufällige Kontakte oder über Erzählungen von Personen aus der sozialen Umgebung das politische Meinungsklima wahrnehmen, werden sie sich davon vergleichsweise stark beeinflussen lassen und nicht selten für die wahrgenommene Mehrheitspartei votieren“ (Schoen 2005: 142 f.).

Der mikrosoziologische Erklärungsansatz stellt somit eine Verbindung zwischen sozialen Merkmalen des Wählers, den damit einhergehenden Interaktionsmustern und der individuellen Wahlentscheidung her. Zudem sieht er Interaktionskanäle mit dem weiteren sozialen Umfeld vor, durch die Faktoren des sozial-räumlichen Kontextes das Wahlverhalten beeinflussen können. Warum dies aber zur Wahl einer konkreten Partei führt, bleibt trotz der Verweise auf andere Interessen- und Identifikationsmechanismen weitestgehend unklar. Dieses Defizit kann allerdings eine Verknüpfung mit dem makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatz ausgleichen. Der Übergang zum Einfluss der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes auf die konkrete individuelle Wahlentscheidung erfordert nun nur noch einen kleinen Schritt.

## **2.4 Soziale Kompositionseffekte: Zum Einfluss des räumlichen Kontextes**

In den vorangegangenen Unterkapiteln wurden die Zusammenhänge und Prozesse auf der Individualebene des Mehrebenen-Modells, das in diesem ersten großen Arbeitsschritt entwickelt wird, vergleichsweise ausführlich behandelt, obgleich das wesentliche Interesse auf den Einfluss des räumlichen Kontextes abzielt. Dies hat gute Gründe, denn die Einführung der Kontextmerkmale und die damit zusammenhängenden forschungsleitenden Hypothesen bauen auf allen drei bisher dargestellten Erklärungsansätzen auf. Im Mittelpunkt der Kontextebene stehen nun aber die Wahlkreisbevölkerungsanteile der beiden sozialen Großgruppen, die bereits im Zuge des makrosoziologischen Ansatzes in Erscheinung getreten sind. Der Wechsel von der Individual- zur Kontextebene im Modell auf Seiten der unabhängigen Variablen sollte so einfacher und ohne größere Verständnisprobleme gelingen. Zudem sind bereits einige Anknüpfungspunkte für räumliche Kontextfaktoren angesprochen worden. Bevor Kontextmerkmale in das Modell integriert und die zentralen Wirkungsmechanismen erörtert werden, empfiehlt sich jedoch zunächst eine abstrakte Auseinandersetzung mit der Konzeption des „räumlichen Kontextes“.

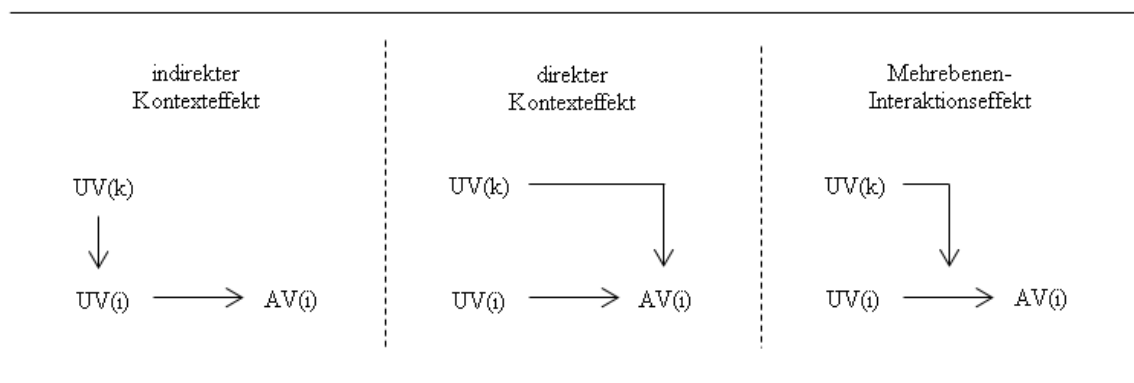
### **2.4.1 Der räumliche Kontext: Definition, Dimensionen, Ebenen, Effekttypen**

Der räumliche Kontext wurde bisher nicht näher definiert. Vorläufig genügt es, wenn darunter alle Merkmale, Zusammenhänge und Phänomene eines geographisch abgegrenzten Gebietes verstanden werden, in das ein Individuum eingebettet ist. Der räumliche Kontext ist daher u.a. von dem historischen oder dem sozialen Kontext zu trennen. Unter einem sozialen Kontext könnte man etwa die Gesamtheit der Merkmale aller Freunde und Bekannten eines Individuums fassen. Angesichts der Verbreitung moderner Massentelekommunikationsmittel oder den Nutzerzahlen von „social web“-Diensten offenbart sich unmittelbar, dass diese nicht unbedingt vor räumlichen Grenzen halt machen. Verschiedene Kontextdimensionen, wie die räumliche und die soziale, können daher Schnittmengen aufweisen, sie müssen sich aber nicht vollständig überlappen.

Wenn also soziale bzw. sozialstrukturelle Merkmale des räumlichen Kontextes im weiteren Verlauf genauer untersucht werden, dürfen sie nicht mit dem gesamten sozialen Kontext, so wie er eben definiert wurde, verwechselt werden.

Jeder Kontextdimension lassen sich unterschiedliche Ebenen zuordnen. Die räumliche könnte man z.B. in Kreise, Bundesländer oder Nationalstaaten aufteilen<sup>17</sup>. Welche Kontextebene/n relevant ist/sind, hängt nicht zuletzt von der Problemstellung ab. Zu Beginn wurde bereits darauf hingewiesen, dass in dieser Untersuchung sowohl praktische, als auch theoretische Gründe für die Wahlkreise sprechen. Um sie besser nachvollziehen zu können, sollen sie aber erst weiter unten in Abschnitt 3.2.1 erläutert werden.

Abbildung 6: Indirekte, direkte und Mehrebenen-Interaktionseffekte



Quelle: eigene Darstellung

Auf welche Art und Weise können Merkmale des räumlichen Kontextes nun aber das Verhalten eines Wählers beeinflussen? Prinzipiell auf drei Wegen, die Abbildung 6 abstrakt präsentiert. In der ersten Variante, den indirekten Kontexteffekten, wirkt ein Kontextmerkmal  $UV(k)$  auf ein Individualmerkmal  $UV(i)$  ein. Anschließend geht davon ein Effekt auf die abhängige Individualvariable  $AV(i)$  aus. Das ist der Fall, um ein früheres Beispiel wieder aufzugreifen, wenn die Existenz eines Kernkraftwerkes in einem Wahlkreis dazu führt, dass ein Wahlkreisangehöriger eine bestimmte politische Einstellung

<sup>17</sup> Für die historische Dimension könnte man dagegen Tage, Wochen und Monate, für die soziale Dimension die Ebene der Haushalts-, Nachbarschafts- und Gemeindemitglieder auseinanderhalten.

zur Befürwortung/Ablehnung der Kernenergie entwickelt, die selbst wiederum in eine konkrete Wahlentscheidung umgesetzt wird. Ein direkter Kontexteffekt ist statistisch aber nicht nachzuweisen, wenn für die betreffende intervenierende Individualvariable kontrolliert wird. Sie treten nur auf, wenn eine unabhängige Kontextvariable die abhängige Individualvariable ohne Zwischenschritte beeinflusst. Zum Beispiel könnte ein politisch sehr desinteressierter Wähler, der nur aufgrund einer internalisierten Wahlnorm seine Stimme abgibt, aus reiner Bequemlichkeit (oder einem rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül: „information shortcut“) dazu tendieren, sich bei seiner Wahlentscheidung an der wahrgenommenen Stimmungslage im räumlichen Kontext zu orientieren, ohne zuvor eine langfristige Parteiidentifikation oder auch nur eine kurzfristige Einstellung zu Kandidaten oder politischen Sachfragen zu entwickeln. In der Regel werden sich direkte Kontexteffekte aber auch dann beobachten lassen, wenn für die relevanten intervenierenden Variablen auf der Individualebene nicht kontrolliert wird, etwa weil keine Indikatoren für deren Operationalisierung zur Verfügung stehen. Der dritte Typ (Mehrebenen-Interaktionseffekte) sieht schließlich vor, dass ein Kontextmerkmal die Effektstärke des Zusammenhangs zweier Individualmerkmale beeinflusst. In diesem Fall „moderiert“ der Kontext, wie im Modell des Kausalitätstrichters abgebildet (Abb. 3, S. 16), die Individualzusammenhänge. Im Zuge der Ausführungen zu den Kandidaten- und Issue-Orientierungen wurde bereits erwähnt, dass u.a. lokal variierende Wahlkampfstrategien (Priming-Effekte) und sachpolitische Problemlagen einen solchen Effekt nach sich ziehen können.

Aber welche konkreten Mechanismen liegen den abstrakt beschriebenen möglichen kausalen Zusammenhängen zwischen der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes und der individuellen Wahlentscheidung zugrunde? Eine Antwort hält der folgende Abschnitt parat.

#### **2.4.2 Drei Mechanismen: Parteiaktivität, Identifikation, soziale Interaktionen**

Wenn die soziale Zusammensetzung des räumlichen Kontextes, so wie in der Problemstellung implizit unterstellt und in den theoretischen Modellen von Klein/Pötschke und

Pickery explizit behauptet, das individuelle Wahlverhalten beeinflusst, muss geklärt werden, auf welchen Mechanismen der Zusammenhang beruht. Häufig wird auf Parteiaktivitäten, Identifikationen und soziale Interaktionen verwiesen (vgl. Pappi 1977: 202 ff., Putnam 1966: 640 f.). Es sei an dieser Stelle vorweggenommen, dass die verfügbaren Daten nicht gestatten zu überprüfen, welcher Mechanismus letztlich die Verantwortung trägt. Da die Aufmerksamkeit zuvor mehrfach sozialen Interaktionen gegolten hat, soll dieser Mechanismus etwas ausführlicher diskutiert werden. Zunächst aber noch einige Worte zu Parteiaktivitäten und Identifikationen.

Die Annahme der Parteiaktivitätstheorie (vgl. Putnam 1966: 640, 643) ist vergleichsweise simpel. Demnach variieren Parteien ihre Wahlkampfstrategien/-aktivitäten in Abhängigkeit von ihrer relativen Stärke im Wahlkreis. Sie drückt sich etwa in der zu erwartenden Stimmverteilung bei der Sonntagsfrage, der Verteilung der Parteiidentifikationen oder den Anteilen der Mitglieder sozialer „Cleavage“-Gruppen aus, mit denen die Parteien ein Wahlbündnis eingegangen sind. Je höher der Anteil solcher Gruppen – sprich je stärker die soziale Komposition des Wahlkreises zugunsten einer Partei verzerrt ist – desto stärker wird sie sich um die Mobilisierung ihres Stimmenpotenzials im Wahlkampf bemühen<sup>18</sup>. Hiervon werden dann insbesondere auch die Wähler beeinflusst, deren Wahlentscheidung noch nicht festgelegt ist. In der Folge geht von der relativen Stärke der Partei im Wahlkreis, vermittelt über die dann höhere Parteiaktivität, eine Wirkung auf die individuelle Wahlentscheidung aus<sup>19</sup>.

---

<sup>18</sup> Man könnte dagegen argumentieren, dass eine Partei ihre Wahlkampfaktivitäten nicht in vermeintlich sicheren, sondern vor allem in hart umkämpften Wahlkreisen, in denen sich das Endergebnis noch nicht von vornherein abzeichnet, am ehesten intensiviert.

<sup>19</sup> Wie gesagt, wird es aufgrund der Datenlage nicht möglich sein, den exakten Mechanismus der sozialen Kompositionseffekte nachzuweisen. Allerdings umfasst die GLES eine Teilkomponente (Kandidatenstudie), die speziell Merkmale der Wahlkreis- und Listenkandidaten erfasst. Darunter Informationen über deren „durchschnittliche wöchentliche für den Wahlkampf aufgewendete Zeit“, die „Anzahl der Mitglieder des Wahlkampfteams“ und „das für den Wahlkampf verfügbare Budget“. In nachfolgend nicht ausgewiesenen Analysen wurden diese Kontextmerkmale als Indikatoren für die Parteiaktivität im Wahlkreis für sich allein untersucht und in die hier später aufgeführten statistischen Modelle des empirischen Teils integriert. Für keines der Merkmale konnte in irgendeinem der Mehrebenen-Modelle ein statistisch signifikanter Effekt im Hinblick auf die individuelle Wahlentscheidung nachgewiesen werden. Dieser Befund könnte allerdings durch die geringe Fallzahl stark verzerrt sein, da viele Wahlkreise aufgrund geringer Rücklaufquoten der Kandidatenfragebögen aus den Analysen ausgeschlossen werden mussten. Unter starkem Vorbehalt kann geschlussfolgert werden, dass die Parteiaktivitäten im Wahlkreis keine große Rolle für die individuelle Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 gespielt haben. Dies deckt sich mit der Erwartung Putnams (vgl. 1966: 643).



Die Identifikationstheorie (vgl. Putnam 1966: 640 f., 643 ff.) unterstellt dagegen, räumliche Kontexte seien Gegenstände der „sozialen Wahrnehmung“ (Hummel 1972: 176, zitiert nach Klein/Pötschke 2000: 185). Sie zeichneten sich durch bestimmte Merkmale aus, die von Individuen innerhalb der Kontexteinheiten wahrgenommen würden. Zu den Merkmalen zählt möglicherweise auch eine dort dominierende Partei. Welche Partei als dominierend wahrgenommen wird, hängt wiederum von den schon im Zuge der Parteiaktivitätstheorie genannten Aspekten der relativen Stärke (Gruppen mit Wahlabsicht, Parteiidentifikation, „Cleavage“-Gruppen, etc.) oder auch von der langjährigen Regierungszeit einer Partei ab. Idealtypisch könnte man als Beispiel die CSU in Bayern anführen. Sie hat dort über Jahrzehnte den Ministerpräsidenten gestellt und tritt bei Wahlen nur in dem Freistaat an. Die CSU ist somit eine Besonderheit des räumlichen Kontextes. Ein hohes Identifikationspotential der Bayern mit ihrem Bundesland wird u.a. durch die allgemein bekannte „Mir san mir“-Mentalität (die nicht nur für den Fußballverein gilt) gestiftet. Erkennt ein Bayer nun die relative Stärke der CSU als konstituierendes Merkmal des Bundeslandes mit dem er sich identifiziert, so kann erklärt werden, warum das Kontextmerkmal (relative Stärke der Partei) das individuelle Wahlverhalten beeinflusst. Eichhorn/Juhász (vgl. 2009: 9 ff.) gelingt es, Effekte der regionalen Identität/Verbundenheit auf verschiedenen Ebenen nachzuweisen. Die Datengrundlage dieser Arbeit erlaubt es hingegen leider nicht zu bestimmen, ob ein Zusammenhang zwischen der sozialen Komposition der Wahlkreise und dem individuellen Wahlverhalten auf diesem Mechanismus beruht<sup>20</sup>. Dass Wahlkreise ein identitätsstiftender räumlicher Kontext sind, scheint jedoch weniger plausibel. Wahlkreise werden speziell für Bundestagswahlen konstruiert und besitzen für die meisten Bürger darüber hinaus keine alltagsrelevante Bedeutung. Zudem sorgen demographische Prozesse (Geburten, Sterbefälle, Migration) bisweilen dafür, dass sich die Grenzziehung zwischen den Wahlen verschiebt. Daher sind Gemeinden, Regionen oder Bundesländer eher als relevante räumliche Kontextebene geeignet, wollte man seine Erklärung auf den Identifikationsmechanismus stützen. Nicht zuletzt darum sei auf die dritte Variante hingewiesen.

Soziale Interaktionen – das haben die Ausführungen in Unterkapitel 2.3.2 verdeutlicht – beeinflussen politische Einstellungen, wie die Parteiidentifikation, die Kandidaten- und

---

<sup>20</sup> Eichhorn/Juhász nutzen dafür z.B. Indikatoren, welche das Gefühl der Verbundenheit mit verschiedenen subnationalen Ebenen erfassen. Diese sind leider nicht in allen GLES-Komponenten enthalten.

die Issue-Orientierung oder sogar direkt die Wahlabsicht<sup>21</sup>. Das geschieht, indem sozialer Druck zu gruppennormkonformen Verhalten ausgeübt oder allgemein politische Informationen aus und über die räumliche Umgebung vermittelt werden (vgl. Burbank 1997: 116). Der Interaktionsmechanismus fasst nun die Verteilung der relevanten Merkmalsträger des Wahlkreises, also etwa Personen, die bestimmte politische Einstellungen besitzen oder einer der „Cleavage“-Gruppen mit spezieller wahlverhaltensnorm angehören, als „Gelegenheits- oder Opportunitätsstrukturen“ (vgl. Pappi 1977: 179, Przeworski 1974: 27 ff.) für diesen Vermittlungsprozess auf.

Dem liegen jedoch eine Reihe von Annahmen zugrunde (vgl. Klein/Pötschke 2000: 186 f., Ohr 1999: 40 ff., Pappi 1977: 227 ff.), die sich anhand eines exemplarischen Wahlkreisangehörigen modellhaft verdeutlichen lassen:

1. Der Einfachheit halber soll er seine Wahlentscheidung allein auf Basis der politischen Informationen treffen, die er durch soziale Interaktionen erwirbt.
2. Jede Information besitzt für ihn die gleiche Wertigkeit, sodass einzelne Interaktionen nicht stärker als andere ins Gewicht fallen.
3. Es wird nur eine politische Information betrachtet, nämlich die Wahlabsicht. Andere (z.B. Parteiidentifikationen) bleiben zunächst unberücksichtigt.
4. Er tritt nur mit Angehörigen seines eigenen Wahlkreises in Kontakt.
5. Seine Chance mit einem bestimmten Wahlkreisangehörigen eine Interaktion einzugehen, ist genau so hoch, wie die Chance mit einem beliebig anderen Wahlkreisangehörigen zu interagieren.

Sind die Voraussetzungen gegeben, kann man eine einfache Hypothese in Gestalt eines direkten Kontexteffektes über die Wahlentscheidung des Wahlkreisangehörigen ableiten: Je höher der Anteil der Personen mit einer Wahlabsicht zugunsten von Partei X im Wahlkreis, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass der betrachtete Wahlkreisangehörige Partei X wählt.

Dieses einfache – obgleich sehr restriktive – Ausgangsmodell bietet nun die Möglichkeit, die Modellannahmen schrittweise der Realität anzupassen. Jede Veränderung stei-

---

<sup>21</sup> Die politische Einstellung „Wahlabsicht“ wird in diesem Abschnitt als Indikator für die tatsächliche Wahlentscheidung aufgefasst.

gert allerdings die Komplexität erheblich. Daher konzentrieren sich die nachfolgenden Annäherungen auf zwei Annahmen. Erstens kann man neben der Wahlabsicht eine zweite politische Einstellung bzw. Information hinzufügen, die durch soziale Interaktionen vermittelt wird und letztlich die Wahlentscheidung des Wahlkreisangehörigen beeinflusst. Das sei hier die Parteiidentifikation, die gemäß dem sozialpsychologischen Ansatz der Wahlabsicht vorgelagert, aber nicht zwingend mit ihr identisch ist. Nun fragt sich: (1) Welche Information<sup>22</sup> ist für die Entscheidung des Wahlkreisangehörigen relevanter: das kurzfristige und volatile Meinungsklima zugunsten einer Partei (Wahlabsichten) oder deren langfristige generelle Unterstützung (Parteiidentifikationen)? (2) Welche Einstellung des Wahlkreisangehörigen wird beeinflusst: weiterhin die eigene Wahlabsicht (direkter Kontexteffekt)<sup>23</sup> oder zunächst die eigene Parteiidentifikation (indirekter Kontexteffekt)? Ohne zusätzliche Modellannahmen lassen sich die Fragen nicht eindeutig beantworten. Die Erweiterung sollte an dieser Stelle auch lediglich aufzeigen, dass die Aufnahme zusätzlicher relevanter Merkmale u.a. den Kontexteffekttyp ändern kann.

Zweitens mag man nun annehmen, der Wahlkreisangehörige weise bereits eine Parteiidentifikation auf, die seine Wahlabsicht zugunsten von Partei X prägt. Wie sehr er seine Wahlabsicht aber von seiner eigenen Parteiidentifikation beeinflussen lässt, sei eine Funktion der politischen Informationen, die er aus den Interaktionen mit anderen Wahlkreisangehörigen erhält. Etwa weil ihn das Wissen zu einer Minderheit zu gehören psychisch belastet (kognitive Dissonanz), während er sich andernfalls von der Richtigkeit seines Vorgehens (die Wahlabsicht aus der Parteiidentifikation abzuleiten) bestätigt sieht (kognitive Konsonanz). Unter diesen Umständen lautet eine Hypothese zu einem Mehrebenen-Interaktionseffekt: Je höher der Anteil der Personen mit politischen Informationen (Parteiidentifikationen, Wahlabsichten) zugunsten von Partei X im Wahlkreis,

---

<sup>22</sup> Beide Verteilungen geben Auskunft über die „regionale politische Kultur“. Sie ist hier als die Verteilung aller politischen Einstellungen und Werthaltungen unter den Angehörigen eines geographisch (regional) abgegrenzten Gebietes definiert. Sie umfasst somit kurzfristige Stimmungslagen, wie z.B. das aktuelle politische Meinungsklima (etwa die Stimmenverteilung bei der Sonntagsfrage), aber auch beständigere Einstellungs- und Wertmuster, wie die Verteilung der Parteiidentifikationen und der Links-Rechts-Selbsteinstufungen. Die regionale politische Kultur eines Wahlkreises könnte man bspw. per definitionem als „links“ einstufen, wenn das arithmetische Mittel nach Aggregation der individuellen LR-Selbsteinstufungen aller seiner Angehörigen auf einer Likert-Skala näher am „linken“ Pol liegt als am rechten. Somit ist es ebenfalls ein Merkmal der sozialen Komposition des jeweiligen räumlichen Kontextes.

<sup>23</sup> Stichwort: „information shortcut“ (vgl. Popkin 1991, Burbank 1997)

desto stärker der Effekt der Parteiidentifikation auf die Wahlabsicht zugunsten von Partei X des betrachteten Wahlkreisangehörigen.

Die beiden Hypothesen können auch auf sozialstrukturelle Merkmale angewendet werden. Bspw. wenn mit dem Merkmal „Arbeiter“ eine Wahlverhaltensnorm zugunsten von Partei X verbunden ist. Den direkten Kontexteffekt beinhaltet dann die Hypothese: Je höher der Anteil der Arbeiter im Wahlkreis, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlkreisangehöriger Partei X wählt. Weiter angenommen, der Wahlkreisangehörige sei selbst ein Arbeiter, der die zugehörige Wahlverhaltensnorm kennt. Die Wahrscheinlichkeit, dass er sie befolgt, sei aber von dem sozialen Druck abhängig, den andere Arbeiter im Zuge sozialer Interaktionen auf ihn ausüben. Dann lautet die Hypothese zum Mehrebenen-Interaktionseffekt: Je höher der Anteil der Arbeiter im Wahlkreis, desto stärker der Druck auf den betrachteten Wahlkreisangehörigen sich gemäß der Arbeiter-Wahlverhaltensnorm zu verhalten, desto stärker folglich der Effekt des individuellen sozialstrukturellen Merkmals „Arbeiter“ auf seine Wahlabsicht zugunsten von Partei X. Man könnte nun noch weitere Annahmen des Ausgangsmodells variieren. Doch soll es dabei zunächst einmal belassen werden.

Die Ausführungen verdeutlichen, wie die soziale Komposition des räumlichen Kontextes das individuelle Wahlverhalten durch Interaktionen der Wahlkreisangehörigen untereinander beeinflussen kann. Womöglich sind dafür aber auch Parteiaktivitäten oder Identifikationsmechanismen verantwortlich. Zudem wurden die Anteile sozialer „Cleavage“-Gruppen sowie die Verteilung politischer Einstellungen innerhalb der Wahlkreise als wichtige Kompositions- und somit Kontextmerkmale identifiziert. Einfache Erweiterungen des Ausgangsmodells der Interaktionstheorie zeigen aber auch, wie schnell die Überlegungen an Komplexität gewinnen. Um ihnen in empirischen Analysen vollständig und zugleich angemessen gerecht zu werden, wäre ein größerer Untersuchungsrahmen notwendig als er hier vorliegt. Darum wird anschließend nur die Wirkung der Anteile der bereits benannten „Cleavage“-Gruppen (praktizierende Christen und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter) untersucht. Damit stehen auch die beiden zentralen Kontextmerkmale des räumlichen Mehrebenen-Modells fest. Es spricht jedoch nichts dagegen, weitere Faktoren zu Kontrollzwecken aufzunehmen. Eine übersichtliche Zusammenfassung des Modells findet sich im nächsten Abschnitt. Darüber hinaus wer-

den die forschungsleitenden Hypothesen daraus abgeleitet. Gemeinsam bilden sie die räumliche Mehrebenen-Erklärung des individuellen Wahlverhaltens.

## **2.5 Das räumliche Mehrebenen-Modell und forschungsleitende Hypothesen**

Auf dem Weg zur Lösung der Problemstellung besteht das Ziel des ersten größeren Arbeitsschrittes darin, eine Mehrebenen-Erklärung des individuellen Wahlverhaltens zu generieren. Die bisherigen Überlegungen werden dazu nun in einem räumlichen Mehrebenen-Modell zusammengeführt. Im Gegensatz zu den beiden Modellen von Klein/Pötschke und Pickery berücksichtigt es auf der Individualebene zunächst die in der empirischen Wahlforschung bewährten „Parteiidentifikationen“, „Kandidaten-“ und „Issue-Orientierungen“ der Wähler. Der Kausalitätstrichter hat veranschaulicht, dass die drei politischen Einstellungen als intervenierende Variablen auftreten. Sie sind zwischen der individuellen Wahlentscheidung und einerseits kausal weiter zurück liegenden sozialstrukturellen Merkmalen sowie andererseits „exogenen“ Kontextfaktoren positioniert. Daher sollten sie bereits einen Großteil der Varianz des Wahlverhaltens alleine erklären.

Effekte sozialstruktureller Variablen auf der Individualebene bleiben aber auch dann erhalten, wenn man für die drei politischen Einstellungen kontrolliert. Etwa weil sich ein Wähler an die Wahlverhaltensnorm einer sozialen Großgruppe gebunden fühlt, ohne zugleich eine Parteiidentifikation zu entwickeln. Gemäß dem makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatz gehen nämlich bestimmte Großgruppen ein Wahlbündnis mit politischen Parteien ein. Um dem gerecht zu werden, integriert das Modell auf der Individualebene ferner die Religiosität („praktizierender Christ“) sowie eine Kombination der beruflichen Stellung und der Gewerkschaftsmitgliedschaft („gewerkschaftlich organisierter Arbeiter“) der Wähler. Mit Hilfe des mikrosoziologischen Ansatzes konnte die Bedeutung sozialer Interaktionen und der Homogenität des sozial-räumlichen Umfeldes für das Stimmverhalten herausgearbeitet werden. Demnach dienen soziale Interaktionen Wählern als wichtige Quelle für wahlverhaltensrelevante politische Informationen. Zugleich üben „Cleavage“-Gruppen darüber sozialen Kontrolldruck zu Gruppennormkonformität aus. Je häufiger ein Wähler mit Personen interagiert, die ihn von einer be-

stimmten Partei durch Informationen oder sozialen Druck überzeugen, desto eher entscheidet er sich an der Wahlurne für die betreffende Partei.

Folglich spielt die soziale Zusammensetzung des räumlichen Umfelds eine wichtige Rolle für seine Wahlentscheidung. Die Verteilung politischer Informationen innerhalb der jeweiligen Wahlkreisbevölkerung kann, wie im letzten Unterkapitel erörtert, als Opportunitäts- oder Gelegenheitsstruktur eines einzelnen Wahlkreisangehörigen aufgefasst werden, um mittels sozialer Interaktionen an wahlverhaltensrelevante politische Informationen zu gelangen. Aufgrund des begrenzten Analyserahmens werden aber lediglich die Bevölkerungsanteile der bereits genannten „Cleavage“-Gruppen als Kontextmerkmale in das Mehrebenen-Modell aufgenommen. Sie bilden eine Facette der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes ab. Weil sie zudem nichts anderes als das Aggregat der beiden sozialstrukturellen Individualmerkmale repräsentieren, werden somit „Gruppenkompositionseffekte“ modelliert. Diese spalten den Einfluss eines Faktors, der als Individual- und Kontextmerkmal auftritt, in eine intraindividuelle und eine transindividuelle Komponente auf. So werden unterschiedliche Wirkungsmechanismen untersucht (vgl. Pappi 1977: 146 ff.). Neben der Form sozialer Interaktionen können die zentralen Kontextmechanismen ebenso die Gestalt von Parteiaktivitäten oder Identifikationen der Wähler mit ihrem räumlichen Umfeld annehmen. Der kausale Zusammenhang zwischen den Kontextmerkmalen und dem individuellen Wahlverhalten wurde zunächst abstrakt anhand dreier unterschiedlicher Effekttypen diskutiert. Im Anschluss daran sind mittels Modellannahmen über einen exemplarischen Wahlkreisangehörigen im Zuge der Erläuterungen zum Interaktionsmechanismus beispielhaft einige Hypothesen für die verschiedene Effekttypen abgeleitet worden.

An dieser Stelle erfolgt nun die Aufstellung konkreter forschungsleitender Hypothesen, die später im empirischen Teil geprüft werden. Zuerst ist davon auszugehen, dass die soziale Komposition der Wahlkreise die individuelle Wahlentscheidung eines Wahlkreisangehörigen direkt beeinflusst, wenn man nicht für intervenierende Variablen kontrolliert. Das Argument besteht in dem eben beschriebenen Vermittlungsprozess wahlverhaltensrelevanter Informationen durch soziale Interaktionen der Wahlkreisangehörigen untereinander. Je mehr Informationen eine bestimmte Partei begünstigen, desto

größer sollte die Chance sein, dass sie gewählt wird. Die Hypothese zu einem direkten Kontexteffekt in einem binären Modell lautet daher:

„Direkteffekt-Hypothese“ (H1):

*Je höher der Anteil der „Cleavage“-Gruppe an der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlkreisangehöriger seine Wahlentscheidung zugunsten von derjenigen Partei trifft, mit der die „Cleavage“-Gruppe ein Wahlbündnis eingegangen ist.*

Die Chancen der Union sollten sich daher in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil praktizierender Christen verbessern, während die SPD auf eine hohe Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hoffen müsste. Ein Großteil der Wähler wird aufgrund der politischen Informationen aber eigene politische Einstellungen (Parteiidentifikation, Kandidaten-, Issue-Orientierung) ausbilden, die ihr Wahlverhalten bestimmen. Ebenso wird ein Teil der Mitglieder der „Cleavage“-Gruppen der sozial kontrollierten vorgegebenen Wahlverhaltensnorm (in Gestalt der beiden individuellen sozialstrukturellen Merkmale) folgen. Daher ist bei einer Berücksichtigung der intervenierenden individuellen Variablen folgendes zu erwarten.

„Interventions-Hypothese“ (H2):

*Wenn für die wahlverhaltensrelevanten individuellen Variablen kontrolliert wird, dann schwächt sich der direkte Effekt der sozialen Komposition der Wahlkreise auf die individuelle Wahlentscheidung ab oder verschwindet sogar ganz.*

Die direkten Effekte sollten nur dann bestehen bleiben, wenn Wahlkreisangehörige die politischen Informationen z.B. als „information shortcut“ für ihr Abstimmungsverhalten nutzen. Weiter wird angenommen, dass mit der Einseitigkeit der sozialen Interaktionen

der „Cleavage“-Gruppenmitglieder untereinander der soziale Druck ansteigt. Sie sollten sich verstärkt der Gruppennorm unterwerfen, anstatt die individuelle Wahlentscheidung z.B. von einer davon abweichenden Kandidaten-Orientierung abhängig zu machen. Folglich müsste der Bevölkerungsanteil der „Cleavage“-Gruppen im Wahlkreis die Effektstärke des jeweils korrespondierenden individuellen sozialstrukturellen Merkmals moderieren.

„Gruppenkompositions-Hypothese“ (H3):

*Je höher der Anteil der „Cleavage“-Gruppe an der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis, desto eher macht ein Mitglied der „Cleavage“-Gruppe seine Wahlentscheidung von der entsprechenden Gruppennorm abhängig, desto stärker folglich der Effekt der korrespondierenden individuellen sozialstrukturellen Merkmale auf die individuelle Wahlentscheidung der angesprochenen Wahlkreisangehörigen.*

Nun ging aus dem Modell des Kausalitätstrichters hervor, dass die individuellen sozialstrukturellen Merkmale mitunter zur Ausprägung bestimmter politischer Einstellungen führen. Etwa wenn die Wahlverhaltensnorm der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zugunsten der SPD bei den Gruppenmitgliedern eine SPD-Parteiidentifikation oder eine besonders positive Beurteilung ihres Spitzenkandidaten hervorbringt. Daraus folgt aber auch, dass sich der Mehrebenen-Interaktionseffekt der Gruppenkompositions-Hypothese nicht unbedingt in der jeweiligen Wahlverhaltensnorm (in Gestalt des individuellen sozialstrukturellen Merkmals), sondern möglicherweise in einem Interaktionseffekt mit einer der drei politischen Einstellungen ausdrücken kann. Anders formuliert: Der soziale Druck, der durch die Interaktionen der „Cleavage“-Gruppenmitglieder untereinander aufgebaut wird, sorgt dafür, dass die Angehörigen ihre Wahlentscheidung umso stärker von ihrer gruppennormkonformen Parteiidentifikation, Kandidaten- oder Issue-Orientierung abhängig machen, anstatt z.B. von einer koalitionsstaktischen Überlegung. Diesen Sachverhalt prüft die vierte Hypothese.



„Einstellungsinteraktions-Hypothese“ (H4):

*Je höher der Anteil der „Cleavage“-Gruppe an der Gesamtbevölkerung im Wahlkreis, desto eher macht ein Mitglied der „Cleavage“-Gruppe seine Wahlentscheidung von einer gruppennormkonformen politischen Einstellung abhängig, desto stärker folglich der Effekt der jeweiligen Parteiidentifikation, Kandidaten- oder Issue-Orientierung auf die individuelle Wahlentscheidung der angesprochenen Wahlkreisangehörigen.*

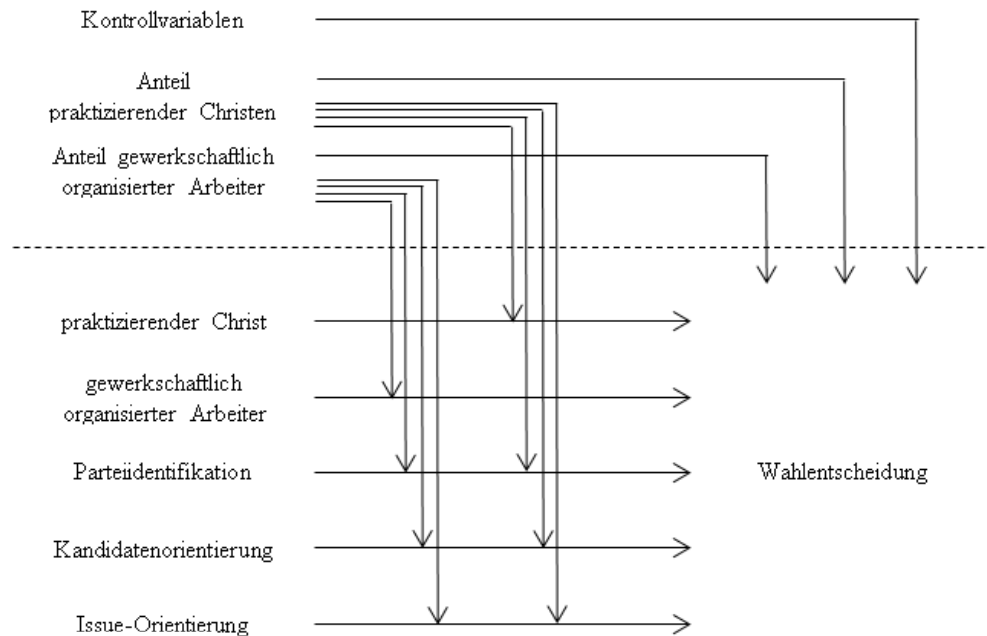
Eine letzte Hypothese geht nun noch auf unterschiedliche Erwartungen für die alten und die neuen Bundesländer ein. Denn in Kapitel 2.3.1 (zum makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatz) wurde erörtert, dass einerseits die Gruppe der praktizierenden Christen/Katholiken in Ostdeutschland eher marginale Züge annimmt. Somit kann sozialer Kontrolldruck durch Interaktionen untereinander viel schwieriger als in Westdeutschland ausgeübt werden. Andererseits wurde bezweifelt, dass sich in den neuen Bundesländern eine politische Allianz zwischen den (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern und der SPD überhaupt ausgebildet hat. Daher sollten die beschriebenen Effekte in den Hypothesen eins bis vier in den neuen Bundesländern viel schwächer oder möglicherweise gar nicht zum Vorschein kommen.

„Ost-West-Hypothese“ (H5):

*Wenn man die alten und die neuen Bundesländer getrennt voneinander betrachtet, dann fallen die beschriebenen Effekte der Hypothesen eins bis vier in den neuen Bundesländern schwächer aus als in den alten Bundesländern.*

Die beschriebenen Zusammenhänge der ersten vier Hypothesen sind in Abbildung 7 graphisch umgesetzt. Sie entspricht zugleich dem räumlichen Mehrebenen-Modell der individuellen Wahlentscheidung.

Abbildung 7: Das räumliche Mehrebenen-Modell der individuellen Wahlentscheidung



Quelle: eigene Darstellung

Auf der Kontextebene sieht es noch weitere Merkmale vor, die über einen direkten Effekt mit dem Wahlverhalten verbunden sind. Sie stehen aber nicht im Fokus des Interesses und dienen lediglich Kontrollzwecken. Hinter den „Kontrollvariablen“ verbergen sich die Arbeitslosenquote, der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie die Bevölkerungsdichte des Wahlkreises<sup>24</sup>. Die Arbeitslosenquote mag wie bei Pickery als Indikator für die ökonomische Lage der Wahlkreise mit den von ihm zugeschriebenen Wirkungsweisen dienen. Der Ausländeranteil wird ebenfalls nur unter Verweis auf das Vorgehen Pickerys berücksichtigt. Da aber in seinen Analysen weder eine theoretische Erwartung an den Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten von

<sup>24</sup> In hier nicht ausgewiesenen empirischen Analysen wurde auch einzeln für die generelle Unterstützung der Partei (Indikator: Anteil der Parteiidentifizierer im Wahlkreis) und das aktuelle politische Meinungsklima (Indikator: Zweitstimmenanteile der Parteien im Wahlkreis) kontrolliert. Dabei sind allerdings inakzeptable Multikollinearitätsprobleme aufgetreten, sodass die Faktoren hier nicht weiter berücksichtigt werden. In verschiedenen binären Modellen gehen von den beiden Kontextmerkmalen jedoch höchst signifikante Effekte auf die individuelle Wahlentscheidung aus.

Union oder SPD geäußert wurde und sich auch kein signifikanter Effekt bemerkbar gemacht hat, wird an dieser Stelle Gleiches vermutet. Die Einbeziehung der Bevölkerungsdichte in das Modell gründet dagegen auf der Annahme, dass es in wenig besiedelten Wahlkreisen mitgliederstarken Parteien besser als mitgliederschwachen Parteien gelingen müsste, einen lokalen (Straßen-)Wahlkampf zu führen. Durch die höhere Parteiaktivität sollten sich Wähler dort überproportional häufig für die CDU/CSU oder die SPD entscheiden. In urbanen Wahlkreisen sollten kurze Wege den Nachteil kleinerer Parteien ausgleichen.

Damit ist die theoretische Mehrebenen-Erklärung des individuellen Wahlverhaltens vollständig. Um sie auch empirisch prüfen zu können, müssen aber noch einige Vorbereitungen getroffen werden. Daher konzipiert der zweite Arbeitsschritt eine konkrete Untersuchungsanlage und beschreibt das methodische Vorgehen.

### **3. Untersuchungsanlage und methodisches Vorgehen**

Dem zweiten Arbeitsschritt fallen drei Aufgaben zu. Erstens benötigt die Untersuchung geeignete Daten, um die empirischen Analysen auf eine solide Grundlage zu stellen. Zweitens muss das theoretische Mehrebenen-Modell in ein statistisches Modell transformiert werden. Dabei gilt es zwei Fragen zu beantworten: (1) Warum ist der Wahlkreis die geeignete räumliche Kontextebene? (2) Mittels welcher Indikatoren können die Faktoren aus dem theoretischen Modell operationalisiert werden? Drittens bedarf es schließlich eines geeigneten statistischen Analyseverfahrens, um die forschungsleitenden Hypothesen zu testen. Die Lösung der Aufgaben wird nun jeweils in einem eigenen Unterkapitel angegangen. Zuerst erfolgt die Vorstellung des Datenmaterials, auf dem die empirischen Analysen aufbauen.

### 3.1 Datenbasis: Die GLES und Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes

Ein Grund, weshalb bisher nur wenige empirisch-quantitative Beiträge zur Abhängigkeit des individuellen Wahlverhaltens von räumlichen Kontextfaktoren bei Bundestagswahlen existieren, liegt in den hohen Anforderungen begründet, welche die Schätzung von Mehrebenen-Modellen an das Datenmaterial stellt. Nur wenige Datensätze können sie erfüllen. Daher speist sich das Fundament der Arbeit aus gleich zwei Quellen. Zum einen stützt es sich auf einen kombinierten Datensatz dreier Teilkomponenten der German Longitudinal Election Study (GLES). Zum anderen werden Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes genutzt.

Die nationale Wahlstudie zur Bundestagswahl 2009 bildet den Auftakt einer Langzeiterhebung im Rahmen der GLES (vgl. Schmitt-Beck u.a. 2009). Die GLES ist darüber hinaus zur Analyse und Beobachtung der Entwicklung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen bis inklusive der nächsten beiden Bundestagswahlen 2013 und 2017 angelegt<sup>25</sup>. Ihr Studiendesign setzt sich bisher aus neun Teilkomponenten (u.a. TV-Duell-Analyse, Kandidatenstudie), einem Vorwahl-Online-Tracking-Datensatz und einem Multi-Level-Panel zusammen. Die Teilkomponenten wurden unabhängig voneinander erhoben, besitzen aber einen gemeinsamen Kernfragenkomplex. Das ermöglicht eine Kombination einzelner Datensätze. Für Mehrebenen-Analysen, die eine vergleichsweise hohe Fallzahl erfordern, eignet sie sich darum hervorragend. Entsprechend werden für die späteren Berechnungen der „Vorwahl-Nachwahl-Querschnitt (VNQ)“ (Teilkomponente 1), die „Rolling Cross-Section Wahlkampfstudie mit Nachwahlpanelwelle (RCS)“ (Teilkomponente 2) und das „Wahlkampfpanel (WKP)“ (Teilkomponente 3) der GLES zusammengeführt. Die Datensätze waren zum Zeitpunkt der Berechnungen noch nicht vollständig aufbereitet. Darum wird auf die vorab bereitgestellten „Pre-Releases“ zurückgegriffen.

---

<sup>25</sup> Das Projekt wird von der DFG gefördert und von vier Primärforschern (Prof. Dr. Hans Rattinger, Universität Mannheim / Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher, Universität Frankfurt / Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Universität Mannheim / PD Dr. Bernhard Wessels, Wissenschaftszentrum Berlin) in enger Zusammenarbeit mit der DGfW und dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführt.

Der VNQ macht den Kern der Studie aus. Er setzt sich – der Name legt es bereits nahe – aus zwei Teilerhebungen zusammen. Im Zeitraum vom 10.08.2009 bis zum 26.09.2009 sind zunächst 2173 Wahlberechtigte in persönlichen Interviews (CAPI<sup>26</sup>) befragt worden. Die Nachwahl-Runde fand zwischen dem 28.09. und dem 23.11. statt und erfasst noch einmal 2117 Fälle. Das Auswahlverfahren basiert auf dem ADM-Stichprobendesign<sup>27</sup>. Die Grundgesamtheit entspricht der gesamten in Privathaushalten lebenden am Wahltag stimmberechtigten Bevölkerung. Da es sich um Face-to-Face-Interviews handelt, kann den Befragten eine eindeutige Wahlkreiszugehörigkeit zugeordnet werden. Für die Berechnungen wird die Pre-Release Version 1.3 genutzt.

Das Design der RCS (vgl. Schmitt-Beck u.a. 2010) ist dagegen etwas komplexer angelegt, weil sie auf die Analyse von Einstellungsveränderungen der Bevölkerung in der Wahlkampfphase abzielt. Während der letzten sechzig Tage vor der Wahl (29.07. – 26.09.) sind zu ihrer Erhebung täglich ca. 100 bis 130 Interviews telefonisch (CATI<sup>28</sup>) durchgeführt worden. Insgesamt beträgt die Zahl der Fälle 6008. Nach der Wahl sind zwischen dem 28.09. und dem 26.10. 4027 Teilnehmer erneut befragt worden. Dabei spiegelt sowohl die Gesamtstichprobe als auch die jeweiligen Sub-Stichproben eine zufällige Auswahl der Grundgesamtheit wider. Diese umfasst die gesamte deutschsprachige Bevölkerung, die in einem Privathaushalt mit mindestens einem Festnetzanschluss lebte und am Wahltag stimmberechtigt war. Sie deckt sich also annähernd mit derjenigen des VNQ. Auch das Auswahlverfahren ähnelt dem zuvor beschriebenen Vorgehen. Es basiert aber auf dem ADM-Telefonstichprobensystem<sup>29</sup>. Die Wahlkreiszuordnung der Befragten ist ebenfalls eindeutig, da sie erneut durch die Interviewer erfolgte. Für die Berechnungen ist hier die Pre-Release Version 4.0.0 herangezogen worden.

Das WKP ermöglicht im Gegensatz zur RCS auch die Analyse intra-individueller Einstellungsveränderungen während der Wahlkampfphase. Es setzt sich aus sechs Vorwahl- und einer Nachwahl-Welle zusammen, die insgesamt einen Zeitraum von 14 Wo-

---

<sup>26</sup> Computer Assisted Personal Interview

<sup>27</sup> Das ADM-Design entspricht einer dreistufigen flächenbasierten Zufallsstichprobe (vgl. Methodenbericht der Teilkomponente).

<sup>28</sup> Computer Assisted Telephone Interview

<sup>29</sup> Das ADM-Telefonstichprobensystem entspricht ebenfalls einer mehrstufigen Zufallsstichprobe auf Grundlage von Vorwahlbezirken und Gemeindekennziffern (vgl. Methodenbericht der Teilkomponente).

chen (10.07. – 07.10.) abdecken. Da es sich um eine Online-Erhebung handelt, gehen mit ihm allerdings einige Probleme einher. Im Vergleich zu den beiden anderen Teilkomponenten ist zunächst die Repräsentativität in Frage gestellt. Denn prinzipiell können nur Personen befragt werden, die Zugang zu einem Internetanschluss haben. Um sie bestmöglich zu gewährleisten, beruht die Auswahlgesamtheit<sup>30</sup> auf einem dauerhaften Online-Access-Panel der ResponDi AG, in das prinzipiell alle Web-Nutzer auf verschiedenen Wegen (z.B. über Themenportale, Online-Werbung, Suchmaschinen) rekrutiert werden können. Es umfasst etwa 65.000 aktive Panellisten. Daraus wurde eine Zufallsstichprobe der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung gezogen. Das Auswahlverfahren orientiert sich an Quoten-Vorgaben über die repräsentative Verteilung auf die Geschlechter, Alterskategorien und formalen Bildungsgrade. Mit Unterstützung von Incentives hält die Teilkomponente in der ersten Welle 3771 Fälle bereit, durch eine Nachrekrutierung in der zweiten Welle noch einmal 781. Ein weiteres Problem betrifft die Wahlkreiszuordnung der Befragten. Sie wurde anhand von Angaben der Teilnehmer über ihre Postleitzahlen vorgenommen. In einigen Fällen sind die Postleitzahlbezirke aber nicht Deckungsgleich mit den Wahlkreisgrenzen. In der Folge zeigen einfache Kreuztabellen, dass bei etwas mehr als einhundert Fällen inkonsistente Angaben zwischen der Wahlkreiszugehörigkeit und dem Bundesland, in dem sie leben, auftreten. Somit liegen gute Gründe vor, die gegen die Nutzung des WKP für die späteren Berechnungen sprechen. Nach reiflichen Abwägungsprozessen wird es in der Pre-Release-Version 1.1 aber schließlich doch berücksichtigt. Dafür sprechen vor allem die hohen Anforderungen der Mehrebenen-Analyse an die Fallzahlen. Zudem variieren die Ergebnisse inhaltlich nur geringfügig, führt man die Berechnungen unter Ausschluss der Fälle des WKP durch. Die Substanz der Befunde scheint dadurch nicht beeinflusst zu werden.

Der kombinierte GLES-Datensatz erstreckt sich somit über das Zeitintervall vom 10.07.2009 bis zum 23.11.2009. Er beinhaltet eingangs 14.850 Wahlberechtigte aus 298 Wahlkreisen. Lediglich für den Wahlkreis 43 („Stadt Hannover II“) taucht in keiner der drei Teilkomponenten auch nur ein einziger Fall auf. Nach Ausschluss der Befragten, die entweder inkonsistente Angaben zu ihrer Bundesland- und Wahlkreiszugehörigkeit gemacht haben oder denen aus sonstigen Gründen ein Wahlkreis nicht eindeutig zuge-

---

<sup>30</sup> Eine vollständige Dokumentation des methodischen Vorgehens bei der Erhebung der Teilkomponente stellt der Methodenbericht bereit.

ordnet werden kann, sowie der Exklusion der Zeitunterschreiter und Panelmutanten<sup>31</sup>, verbleiben 13.726 Fälle auf der Individualebene. Darin enthalten sind all diejenigen des VNQ. Die Fälle des RCS entstammen in erster Linie den Vorwahl-Sub-Stichproben. Einige Befragte haben allerdings bei einem oder mehreren der relevanten Items mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ geantwortet, bei der Nachwahl-Welle aber ein vollständiges Antwortset angegeben. Liegt dieser Umstand vor, werden bei ihnen die kompletten Angaben der Nachwahl-Welle berücksichtigt, um keine „Missing Values“ zu generieren. Die Angaben der Fälle des WKP entstammen entweder vollständig der ersten oder (bei den Nachrückern) der zweiten Welle.

Um für mögliche Fragebogen- und Methodeneffekte, die mit den unterschiedlichen Erhebungsverfahren der drei Teilkomponenten einhergehen, zu kontrollieren, nimmt das räumliche Mehrebenen-Modell zusätzlich eine technische Variable auf. Sie teilt die Teilnehmer ihrer jeweiligen GLES-Komponente zu. Alle Variablen des Modells, bis auf die drei Kontrollvariablen der Kontextebene, gründen auf diesem Datenmaterial. Die Arbeitslosenquote<sup>32</sup>, der Anteil der Bürger ohne deutschen Pass und die Bevölkerungsdichte der Wahlkreise werden dagegen aus Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes zugespielt. Sie sind einerseits den Pre-Releases der GLES-Komponenten angehängt, können aber auch von den Webseiten des Bundeswahlleiters bezogen werden.

Auf dieser Grundlage erfolgt später die empirische Prüfung der forschungsleitenden Hypothesen. Zuvor muss allerdings das theoretische in ein statistisches Modell überführt werden.

---

<sup>31</sup> Zeitunterschreiter sind Personen, die im WKP den Fragebogen deutlich schneller als der Durchschnitt der Befragten ausgefüllt haben, sodass der Eindruck entsteht, dass sie sich durch den Fragebogen ohne die nötige Ernsthaftigkeit „durchgeklickt“ haben, um lediglich die Incentives zu erhalten. Panelmutanten haben im WKP in verschiedenen Wellen unterschiedliche Angaben zu ihrem Geschlecht, Geburtsjahrgang oder formalen Bildungsgrad gemacht. Den Angaben beider Personengruppen wird misstraut. Daher sind sie aus dem kombinierten Datensatz ausgeschlossen. Weiterführende Angaben zur Identifikation der Zeitunterschreiter und der Panelmutanten finden sich im Methodenbericht des WKP.

<sup>32</sup> Die Arbeitslosenquote kann auch mit den Daten der GLES-Komponenten geschätzt werden. Nutzt man sie statt der Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes, treten keine substantiellen Abweichungen bei den Ergebnissen der Mehrebenen-Analysen auf. Tendenziell werden die Quoten mit den GLES-Daten aber unterschätzt. Dafür sind vermutlich Effekte der „sozialen Erwünschtheit“ im Antwortverhalten der Befragten verantwortlich. Gleichwohl spiegeln auch die Strukturdaten die Realität nicht hundertprozentig wider. Ihre Angaben werden auf Gemeinde- und Kreisebenen erhoben, die in die Wahlkreise eingebettet sind. Verlaufen Wahlkreisgrenzen aber z.B. durch Straßenzüge von Großstädten, kommt es zu einigen Ungenauigkeiten. Letztlich wird in den Berechnungen den offiziellen Quoten mehr Vertrauen geschenkt.

## **3.2 Operationalisierungen**

Die Operationalisierung des räumlichen Mehrebenen-Modells bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Gegenstände. Zum einen müssen die unabhängigen und abhängige(n) Variablen messbar gemacht werden. Zum andern ist der räumliche Kontext empirisch abzugrenzen. Bereits der Untertitel der Untersuchung verweist dazu auf die Wahlkreise. Dass sie den räumlichen Kontext geeignet operationalisieren, ist aber keineswegs selbstverständlich.

### **3.2.1 Der Wahlkreis als räumlicher Kontext**

In einem früheren Abschnitt wurde der räumliche Kontext als Menge aller Merkmale, Zusammenhänge und Phänomene eines geographisch abgegrenzten Gebietes definiert, in das ein Individuum eingebettet ist. Fast selbstverständlich sind die Grenzen mit denen der Wahlkreise gleichgesetzt worden. Dabei ist grundsätzlich eine Vielzahl anderer Ebenen vorstellbar: Nachbarschaften, Landkreise, Regionen, etc. Klein/Pötschke führen ihre Analysen z.B. getrennt für die Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke durch. Ihre Befunde belegen, dass der Anteil der Varianz der individuellen Wahlentscheidung, der allein auf die Zugehörigkeit der Wähler zu einem bestimmten räumlichen Kontext zurückgeführt werden kann, mit der Kontextebene variiert. In ihrem Beitrag sinkt mit zunehmender flächenmäßiger Größe der Einheiten der jeweilige Anteil.

Die Entscheidung über die Operationalisierung des räumlichen Kontextes ist also keineswegs trivial oder gar willkürlich. Denn nicht nur der gesamte Einfluss des Kontextes auf die Wahlentscheidung kann von Ebene zu Ebene abweichen, sondern prinzipiell auch der Effekt ein und desselben Merkmals. Im Zuge des Identifikationsmechanismus wurde zum Beispiel aufgezeigt, wie räumliche Kontexte zu Gegenständen sozialer Wahrnehmung werden. Während es aber plausibel erscheint, dass ein Bayer die relative Stärke der CSU als konstituierendes Merkmal seines Bundeslandes wahrnimmt, sind Zweifel am Verbundenheitsgefühl eines Wählers mit der Gebietsabgrenzung „Branden-



burg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I“ (Wahlkreis 61) durchaus angebracht. In der Folge entfaltet die relative Stärke einer Partei auf der Wahlkreisebene womöglich gar keine Wirkung, wenn der Identifikationsmechanismus für den Zusammenhang verantwortlich gemacht wird. Die Vergleichbarkeit der Befunde von Beiträgen mit unterschiedlichen Operationalisierungen der Kontextebene ist somit nicht zwingend gewährleistet.

Welche Gründe sprechen nun für die Wahlkreise? Ein erster einfacher Grund ist rein praktischer Natur. Die Daten der GLES erlauben schlicht nur die Analyse dreier denkbarer räumlicher Kontextebenen: Wahlkreise, zu Regionen verbundene Wahlkreise und Bundesländer. Die Optionen sind also begrenzt. Wenn aber der Anteil der auf die Kontextzugehörigkeit zurückführbaren Varianz tatsächlich, wie bei Klein/Pötschke, mit der flächenmäßigen Größe variiert, sind die Wahlkreise den beiden anderen Alternativen vorzuziehen. Grundsätzlich würde das statistische Verfahren der Mehrebenen-Analyse es auch gestatten, den Einfluss von Merkmalen mehrerer Kontextebenen (z.B. Wahlkreise und Bundesländer) gleichzeitig zu untersuchen, solange sie eine hierarchische Struktur aufweisen (vgl. Ditton 1998: 12 ff.). Das würde aber nach einer zusätzlichen theoretischen Begründung verlangen und damit ebenfalls den Untersuchungsrahmen weit überdehnen. Darüber hinaus setzt das Verfahren der Mehrebenen-Analyse eine gewisse Zahl an Kontexteinheiten voraus. Sechzehn Bundesländer gegenüber 298 Wahlkreisen entsprächen jedoch einer relativ geringen Fallzahl.

Ein anderes Argument stützt sich auf den politikwissenschaftlichen Eigenwert, der mit der Analyse der Wahlkreise verbunden ist. Sie sind im Gegensatz zu Regionen ein wichtiger institutionalisierter Bestandteil des Wahlsystems. Für dessen Auswirkung fällt ihrer Einteilung und Zusammensetzung zudem eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Falls der Nachweis eigenständiger sozialer Kompositionseffekte auf die individuelle Wahlentscheidung gelingt, kann das Wissen alltagspraktisch genutzt werden, um „unbeabsichtigtes“ Gerrymandering<sup>33</sup> zu verhindern.

---

<sup>33</sup> Der Ausdruck ist natürlich ein Widerspruch in sich. Denn Gerrymandering bezeichnet das absichtliche systematische Zuschneiden von Wahlkreisen (vgl. Falter/Winkler 2005: 125 ff.), um eine bestimmte Partei zu begünstigen. Da die Wirkung von Kontexteffekten auf Wahlkreisebene bei Bundestagswahlen aber noch nicht untersucht wurde, kann eine Begünstigung in der Vergangenheit durchaus unabsichtlich verursacht worden sein.

Darüber hinaus erfordert die Operationalisierung des räumlichen Kontextes aber vor allem eine theoretische Begründung. Warum sollte der Zusammenhang zwischen der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes und der individuellen Wahlentscheidung gerade auf der Wahlkreisebene hervortreten? Anhand der drei erläuterten Wirkungsmechanismen Parteiaktivitäten, Identifikationen und soziale Interaktionen lässt sich die Frage beantworten:

1. Die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten<sup>34</sup> wird durch die Erststimme in den Wahlkreisen direkt gewählt. Für Parteien besteht somit ein Anreiz ihre Wahlkampfstrategien und -aktivitäten speziell an den jeweiligen Bedürfnissen der Wahlkreisangehörigen auszurichten.
2. Auf den ersten Blick scheint es zwar nicht sehr plausibel, dass sich Wähler mit einem speziell für Bundestagswahlen geschaffenen Konstrukt identifizieren, dem sie darüber hinaus nur eine geringe alltagspraktische Bedeutung zuschreiben. § 3 (1) des Bundeswahlgesetzes sieht allerdings einige Grundsätze der Wahlkreiseinteilung vor. Demnach müssen sie ein zusammenhängendes Gebiet abdecken, das die Grenzen der Bundesländer einhält, und nach Möglichkeit auch diejenigen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte. Wahlkreise orientieren sich folglich an politisch-administrativen Einheiten mit einer emergenten sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Struktur. Das erhöht ihre Chancen zu einem Gegenstand der sozialen Wahrnehmung der Wahlkreisangehörigen zu werden.
3. Soziale Interaktionen machen hingegen vor räumlichen Grenzen keinen Halt. Das „social web“ ermöglicht zum Beispiel die Kommunikation mit Personen auf der anderen Seite des Globus. Der technische Fortschritt und die steigende Mobilität binden immer weniger Menschen an einen geographischen Ort (vgl. Klein/Pötschke 2000: 188 ff.). Dennoch treten sie am häufigsten mit Personen ihrer näheren Umgebung in Kontakt. Man lebt mit seiner Familie unter einem Dach, sieht seine Nachbarn beinahe täglich am Gartenzaun, trifft Bekannte beim Lebensmittelkauf in örtlichen Geschäften, verbringt seine Freizeit bei Freunden in der nächsten Gemeinde und fährt vielleicht einige Kilometer zur Arbeit mit

---

<sup>34</sup> Es sind etwas weniger als fünfzig Prozent, wenn Überhang- und Ausgleichsmandate vergeben werden.

seinen Kollegen an den Unternehmenssitz. Es ist somit insbesondere die sozial-räumliche Nah-Umgebung, die das menschliche Handeln beeinflusst (vgl. Esser 1999b: 457 ff.). Wahlkreise erstrecken sich allerdings in der Regel über ein Gebiet, das diese Nah-Umwelt deutlich überschreitet. Dennoch bilden sie sie unter den zur Auswahl stehenden Alternativen am besten ab.

Der Wahlkreis ist daher nicht die ideale Operationalisierung des räumlichen Kontextes, wenn man sich auf den Interaktionsmechanismus stützt, unter den zur Verfügung stehenden Optionen aber am besten geeignet. Nichtsdestotrotz wäre etwa eine Gemeindekennung in den GLES-Datensätzen durchaus wünschenswert gewesen. Mit der Messung der Modellvariablen sind demgegenüber weit weniger Schwierigkeiten verbunden.

### **3.2.2 Variablen und Indikatoren**

Die individuelle Wahlentscheidung wird durch drei Indikatoren operationalisiert. Unter der Voraussetzung, dass die Befragten eine vergleichsweise sichere Wahlbeteiligungsabsicht äußerten, wurde in den Vorwahlstichproben einerseits nach ihrem beabsichtigten Wahlverhalten bei der Vergabe der Zweitstimme gefragt. Andererseits bat man dort um die Bekanntgabe ihres Abstimmungsverhaltens, wenn sie angaben, Briefwahl beantragt zu haben. In den Nachwahlstichproben sollten sie die Wahlentscheidung nennen, die sie am Wahltag getroffen hatten. Die jeweilige Formulierung ist über den VNQ, die RCS und das WKP zwar nicht zu hundert Prozent identisch. Dennoch werden sowohl die Fragenlaute als auch die drei Indikatoren als funktional äquivalent gewertet. Abbildung 8 beinhaltet stellvertretend die Frageformulierungen des VNQ. Dagegen bleiben Fälle, die lediglich eine hypothetische Wahlentscheidung<sup>35</sup> geäußert haben, ausgeschlossen. Sie gehen nicht in die Berechnungen ein, weil ihre Beteiligung an der Bundestagswahl bezweifelt wird. Aus den Angaben wird für jede der fünf im Bundestag vertretenen

---

<sup>35</sup> Die Frage nach der hypothetischen Wahlentscheidung wurde Teilnehmern gestellt, die sich vergleichsweise unsicher waren, ob sie sich an der Bundestagswahl beteiligen würden oder angaben ihre Stimme überhaupt nicht abgeben zu wollen.

Fraktionen eine Dummy-Variable gebildet, da logistische Mehrebenen-Analysen vorgesehen sind. Die Dummies entsprechen den abhängigen Variablen.

#### Abbildung 8: Indikatoren der individuellen Wahlentscheidung im VNQ

---

„Beabsichtige Stimmabgabe“ (Vorwahl):

*Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was werden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Zweitstimme. Jetzt bitte für die Zweitstimme.*

„Wahlentscheidung Briefwahl“ (Vorwahl):

*Sie konnten ja bei der Briefwahl zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Briefwahl zur Bundestagswahl erhalten haben. Was haben Sie auf Ihrem Stimmzettel angekreuzt? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Zweitstimme. Jetzt bitte für die Zweitstimme.*

„Wahlentscheidung“ (Nachwahl):

*Bei der Bundestagswahl konnten Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten haben. Wie haben Sie auf Ihrem Stimmzettel angekreuzt? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme. Jetzt bitte für die Zweitstimme.*

---

Quelle: Ausschnitt aus dem Fragebogen des VNQ der GLES

Die Transformation der unabhängigen Variablen soll natürlich angemessen sein, dennoch wird sie für etwaige Vergleichszwecke möglichst einfach gehalten. So greift die Operationalisierung der drei politischen Einstellungen in allen GLES-Komponenten auf bewährte Standardindikatoren zurück. Die Item-Formulierungen gehen aus Abbildung 9 hervor. Sie sind dort wiederum stellvertretend aus dem Fragebogen des VNQ ausgewählt. Die Messung der Parteiidentifikation berücksichtigt lediglich, ob die Befragten einer bestimmten Partei zuneigen, jedoch nicht wie stark. Da sich die weiterführenden empirischen Analysen vornehmlich auf CDU/CSU und SPD konzentrieren, wird für jede der beiden Fraktionen eine Dummy-Variable geformt. Gleiches gilt für die Issue-Orientierung. In Kapitel 2 ist sie als Beurteilung der Kompetenz der politischen Parteien, wichtige politische Sachfragen zu lösen, definiert. In den Umfragen sollten die Befragten zunächst das gegenwärtig wichtigste politische Problem in Deutschland nennen.

## Abbildung 9: Indikatoren der politischen Einstellungen im VNQ

---

„Parteidentifikation“:

*(Vw: Und jetzt noch einmal kurz zu den politischen Parteien.) In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?*

„Kandidaten-Orientierung“:

*Bitte sagen Sie mir nun, was Sie von einigen führenden Politikern (Mw: und Politikerinnen) halten. Benutzen Sie dafür bitte wieder die Skala von - 5 bis + 5. Wenn Ihnen ein Politiker (Mw: oder eine Politikerin) nicht ausreichend bekannt ist, brauchen Sie ihn (Mw: oder sie) natürlich nicht einzustufen.*

„Issue-Orientierung“:

*Und nun zur Situation in Deutschland. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland?*

*Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem <genanntes Problem> zu lösen?*

---

Quelle: Ausschnitt aus dem Fragebogen des VNQ der GLES

Anschließend sind sie um ihre Einschätzung darüber gebeten worden, welcher Partei sie am ehesten dessen Lösung zutrauen. Prinzipiell wäre es auch möglich, die jeweiligen Angaben zum zweit- und drittichtigsten Problem zusätzlich heranzuziehen. Viele Bürger sahen die Bundesrepublik aber offenbar gar nicht mehreren Problemen ausgesetzt. Folglich wird nur das Item zur Lösungskompetenz des wichtigsten politischen Problems berücksichtigt. Für die Kandidaten-Orientierung bietet sich das Politiker-Skalometer<sup>36</sup> an. Es bittet die Umfrageteilnehmer um eine Bewertung der Spitzenpolitiker auf einer elf-stufigen Ratingskala, die von dem Wert -5 bis +5 reicht. Zur Vereinfachung der Interpretation der zu schätzenden Modelle wird für jeweils einen ausgewählten Spitzenpolitiker der Parteien (Merkel, Steinmeier) die Wertspanne zunächst auf 0 bis 10 rekodiert.

---

<sup>36</sup> In hier nicht ausgewiesenen Modellen, wurde die Kandidaten-Orientierung mit der Kanzlerpräferenz statt dem Politiker-Skalometer operationalisiert. Im Vergleich der jeweiligen Modellergebnisse treten zum Teil erhebliche Unterschiede auf, die leider aus Platzgründen nicht ausführlich erörtert werden können. Unter anderem verändert sich das Signifikanzniveau der Mehrebenen-Interaktionsvariable, wenn der Einfluss der sozialen Komposition auf die Effektstärke des Zusammenhangs zwischen der Kandidaten-Orientierung und der individuelle Wahlentscheidung geschätzt wird. Bei den Kanzlerpräferenz-Modellen fällt es geringer aus als bei den Skalometer-Modellen. Inhaltlich bedeutet das, dass die jeweiligen Kontextvariablen die Stärke des Individualzusammenhangs zwischen Skalometer-Bewertung der Politiker und Wahlentscheidung mit größerer Wahrscheinlichkeit beeinflussen, als den Individualzusammenhang zwischen Kanzlerpräferenz und Wahlentscheidung. Diesem und weiteren zu beobachtenden Effekten sollte an anderer Stelle ausführlicher auf den Grund gegangen werden.

Anschließend wird die Variable, wie alle anderen metrischen auch, am „grand mean“ zentriert<sup>37</sup>.

Abbildung 10: Indikatoren der individuellen sozialstrukturellen Faktoren im VNQ

---

„Konfession“:

*Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an oder haben Sie angehört? Bitte sagen Sie es mir anhand dieser Liste.*

*(1) der evangelischen Kirche (ohne Freikirchen), (2) einer evangelischen Freikirche, (3) der römisch-katholischen Kirche, (4) aus der evangelischen Kirche ausgetreten, (5) aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten, (6) dem Judentum, (7) dem Islam, (8) einer anderen Glaubensgemeinschaft, (9) nie Mitglied einer Kirche / Glaubensgemeinschaft gewesen, (97) trifft nicht zu, (98) weiß nicht, (99) keine Angabe*

„Kirchganghäufigkeit“:

*Wie oft gehen Sie gewöhnlich zur Kirche? Bitte sagen Sie es mir mit Hilfe folgender Liste.*

*(1) nie, (2) einmal im Jahr, (3) mehrmals im Jahr, (4) einmal im Monat, (5) zwei- bis dreimal im Monat, (6) einmal die Woche, (7) öfter, (97) trifft nicht zu, (98) weiß nicht, (99) keine Angabe*

„berufliche Stellung“ (bei Erwerbstätigkeit) / „frühere berufliche Stellung“ (bei [Vor-]Ruhestand, Pension):

*Nun zu Ihrem Beruf. Darf ich Sie bitten, Ihren Beruf anhand der folgenden Liste einzuordnen?*

*Welchen Beruf haben Sie zuletzt ausgeübt? Darf ich Sie bitten, Ihren Beruf anhand der folgenden Liste einzuordnen?*

*(1) Selbständiger Landwirt, (2) Akademischer freier Beruf (z.B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt), (3) Selbständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung u. a., (4) Beamter/Richter/Berufssoldat, (5) Angestellter, (6) Arbeiter, (7) In Ausbildung, (8) Mithelfender Familienangehöriger, (97) trifft nicht zu, (98) weiß nicht, (99) keine Angabe*

„Gewerkschaftsmitgliedschaft“ (Vorwahl / Nachwahl):

*Sind Sie Mitglied in einer Gewerkschaft?*

*Schauen Sie sich bitte einmal diese Liste an. Sind Sie persönlich in einer dieser Organisationen Mitglied? Und falls ja, haben Sie dort ein Amt?*

*(A) Gewerkschaft, (E) Unternehmer-/Arbeitgeberverband, (C) Berufsvereinigung/-verband, ...*

---

Quelle: Ausschnitt aus dem Fragebogen des VNQ

Der erste der beiden individuellen sozialstrukturellen Faktoren bezieht sich auf die Konfession und die Religiosität der Wähler. Er wird anhand des Items zur Kirchganghäufig-

---

<sup>37</sup> Dadurch geben die jeweiligen individuellen Ausprägungen der metrischen Variablen die Abweichungen vom Gesamtmittelwert an. Der Vorgang hat keine substantiellen Folgen für die Wirkung der jeweiligen Faktoren auf die abhängige Variable. Es ändert sich lediglich die inhaltliche Interpretation. Ein wesentlicher Vorteil besteht aber darin, dass sich häufig die Kovarianz zwischen den Varianzkomponenten der Konstanten und der Regressionskoeffizienten des Modells verringert (vgl. Gelman/Hill 2007: 287 f.).

keit operationalisiert. Alle Befragten, die angaben, einer christlichen Konfession anzugehören, wurde die Frage gestellt, wie häufig sie an Gottesdiensten teilnehmen. Die Dummy-Variable „praktizierender Christ“ des statistischen Modells ist mit „1“ kodiert, wenn die Christen sie „einmal im Monat“, „zwei- bis dreimal im Monat“, „einmal die Woche“ oder „öfter“ besuchen. In allen anderen Fällen (andere/keine Konfession oder Kirchenganghäufigkeit: „nie“, „einmal im Jahr“, „mehrmals im Jahr“) wird der Wert „0“ vergeben. Der zweiten individuellen sozialstrukturellen Variable „gewerkschaftlich organisierter Arbeiter“ entspricht ebenfalls ein einfacher Dummy. Er kombiniert die Aussagen der Befragten zu ihrer (früheren) beruflichen Stellung<sup>38</sup> und der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Wenn erwerbstätige bzw. in Pension oder (Vor-)Ruhestand getretene Befragte sich beruflich (früher) selbst als „Arbeiter“ eingeordnet haben und gleichzeitig eine Gewerkschaftsmitgliedschaft nannten, erhalten sie den Wert „1“, andernfalls eine „0“. Bedauerlicherweise ist die Anwendung einer Variante des Goldthorpe-Schemas nicht möglich, weil die Ausdifferenzierung der Arbeitertätigkeit zwischen den einzelnen Teilkomponenten der GLES unvergleichbar variiert. Abbildung 10 präsentiert in gleicher Art und Weise wie bei den anderen Faktoren zuvor die für die Operationalisierung genutzten Items.

Um die beiden Kontextmerkmale zur sozialen Komposition des räumlichen Kontextes zu generieren, erfolgt die Schätzung des „Anteils praktizierender Christen“ und des „Anteils organisierter Arbeiter“ der Wahlkreise aus den GLES-Daten. Das geschieht mittels Division der Summe der Fälle, bei denen die Ausprägung der jeweiligen individuellen Dummy-Variable den Wert „1“ annimmt, durch die Anzahl aller Fälle der jeweiligen Kontexteinheit. Für die Bildung der drei Kontrollvariablen „Arbeitslosenquote“, „Ausländeranteil“ und „Bevölkerungsdichte“ bedarf es keiner größeren Eigenleistung. Die Strukturdaten halten sie für die Wahlkreise bereit. Da aber die Kontextvariablen allesamt ein metrisches Skalenniveau aufweisen, werden sie, wie in Fußnote 37 beschrieben, am „grand mean“ zentriert. Nun bedarf es nur noch eines geeigneten statistischen Analyseverfahrens, um die forschungsleitenden Hypothesen mit Hilfe der operationalisierten Variablen zu überprüfen.

---

<sup>38</sup> Die Berücksichtigung der früheren beruflichen Stellung gründet auf der Annahme, dass Personen die vor ihrem Ruhestand der sozialen Großgruppe der Arbeiter angehörten, die Wahlverhaltensnorm auch nach dem Ende ihres Erwerbslebens konservieren.

### 3.3 Das statistische Verfahren: Die Mehrebenen-Analyse

Im Gegensatz zu einfachen Regressionsanalysen ermöglicht die Mehrebenen-Analyse (vgl. ausführlich Ditton 1998, Hox 2002, Langer 2009) die gleichzeitige Integration von unabhängigen Variablen unterschiedlicher hierarchisch angeordneter Analyseebenen in ein einziges statistisches Modell. Prinzipiell ist sogar die Anzahl der Analyseebenen beliebig. Dieser Beitrag beschränkt sich aber, wie bereits erwähnt, auf Merkmale der Wahlkreisangehörigen (untergeordnete Individualebene) und der Wahlkreise (übergeordnete Kontextebene). Die Grundidee des Verfahrens besteht darin, die Gesamtvarianz der abhängigen Variable, die auf der untergeordneten Ebene positioniert sein muss, in eine Binnengruppen-/Individual- und eine Zwischengruppen-/Kontextvarianz aufzuteilen, die anschließend jeweils durch Faktoren der unterschiedlichen Ebenen zu erklären ist (vgl. Esser 1999b: 437 f.). Da die abhängigen Variablen hier binär kodiert sind, werden folglich logistische Mehrebenen-Analysen durchgeführt.

Deren Anwendung ist allerdings an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft (vgl. insbesondere Ditton 1998: 115 ff.). Dazu zählen u.a. eine hierarchische Datenstruktur, eine zufallsbasierte Stichprobenziehung sowie die Normalverteilung der Residuen auf beiden Analyseebenen. Auf der Kontextebene dürfen Letztere zudem nicht zwischen den Gruppen/Kontexteinheiten und auch nicht mit den Residuen der Individualebene korrelieren. Eine weitere Bedingung richtet sich an ausreichende Fallzahlen auf allen in die Berechnungen einbezogenen Ebenen. Unglücklicherweise gibt die Literatur keine exakten Vorgaben über die Größenordnungen her: „As usual, it is not precisely known when a sample is large enough to be confident about the precision of the estimates“ (Hox 2002: 45). Stattdessen werden häufig „Daumenregeln“ vorgeschlagen, die allerdings eine erhebliche Bandbreite aufweisen. So behaupten Gelman/Hill, dass „even two observations per group is enough to fit a multi level model“ (2007: 276). Dem halten andere die Forderung nach mindestens einhundert Fällen auf der Individualebene entgegen (vgl. Maas/Hox 2005: 88). Die Mehrheit der Autoren betont aber, dass „die Erhöhung der Zahl der Aggregateinheiten bei gleichzeitig reduzierter Zahl der Individualeinheiten günstiger als eine umgekehrte Relation“ (Ditton 1998: 124) ist. Welche Fallzahlen letztlich den Anforderungen genügen, hängt vor allem von den Variablen und den



interessierenden Effekttypen ab. Denn die Schätzung von Mehrebenen-Interaktionseffekten erfordert in der Regel mehr Fälle, als eine einfache Schätzung direkter Kontexteffekte. In den nachfolgenden Berechnungen wird die Anzahl der Kontexteinheiten allerdings kaum Probleme bereiten. Selbst die Modelle für die neuen Bundesländer werden sich immer auf wenigstens fünfzig Wahlkreise stützen können. Ohne die Berücksichtigung der dritten Teilkomponente der GLES (WKP) ist die ausreichende Besetzung der Kontexteinheiten jedoch womöglich nicht zufriedenstellend gewährleistet. Zur Kontrolle werden daher alle Modelle mit zwei Fallzahlvorgaben geschätzt: mindestens 20 bzw. 30 Fälle pro Wahlkreis. Diejenigen mit weniger Fällen sind dann aus den Analysen ausgeschlossen. Da die meisten Variablen des räumlichen Mehrebenen-Modells binär kodiert sind und keine komplexen Verteilungen abgebildet werden müssen, sollte die Zwanziger-Einteilung bereits ausreichen. Man führe sich aber vor Augen, dass daraus zum Beispiel Konsequenzen für die Berechnung des Anteils praktizierender Christen im Wahlkreis erwachsen. In der ungünstigsten Variante eines Wahlkreises mit lediglich zwanzig Fällen bedeutet jeder Befragte, der angibt ein praktizierender Christ zu sein, gleich eine Steigerung des Anteils um fünf Prozentpunkte. Die beiden Vorgaben übersteigen aber u.a. die Forderung von Pötschke (2006) nach einer 10/10er-Regel vorzugehen bzw. erfüllen den Vorschlag von Hox (2002) nach wenigstens  $N = 50$  auf der Kontextebene und  $n = 20$  innerhalb jeder Kontexteinheit.

Die Durchführung der Mehrebenen-Analysen orientiert sich nachfolgend an der bewährten fünf Schritte umfassenden Vorgehensweise (vgl. Ditton 1998: 111 ff., Langer 2009: 107 ff., Langer 2010: 743 ff.):

1. Den Ausgangspunkt bildet stets ein sogenanntes Random-Intercept-Only-Modell (RIOM). Es enthält lediglich eine Konstante und deren Varianzkomponente, jedoch noch keine unabhängigen Variablen. Es verfolgt erstens den Zweck, die Gesamtvarianz der abhängigen Variable in die Binnen- und Zwischengruppenvarianz aufzuteilen. Um den Kontextanteil zu bestimmen, berechnet man die Intraklassenkorrelation. Dazu bildet man den Quotienten aus der Varianzkomponente der Konstanten und der Gesamtvarianz der abhängigen Variable. Inhaltlich bedeutet eine hohe Intraklassenkorrelation, einen hohen Einfluss der Wahlkreiszugehörigkeit auf die individuelle Wahlentscheidung im Vergleich zum Einfluss

der individuellen Merkmale. Zum zweiten dient das RIOM als Referenzpunkt für die Beurteilung der Güte der Erklärung der Folge Modelle.

2. Im zweiten Ablaufschritt erhält man das Random-Intercept-Modell (RIM) durch die Ergänzung des RIOMs um die unabhängigen Individualvariablen. Es entspricht im Prinzip einem gewöhnlichen Regressionsmodell, das die Zugehörigkeit der Wähler zu einem bestimmten Wahlkreis berücksichtigt. Dabei wird angenommen, dass sich die erklärenden Individualvariablen in jedem Wahlkreis gleich auswirken. Der Effekt einer Parteiidentifikation mit der SPD im Wahlkreis 141 „Bochum I“ auf die individuelle Wahlentscheidung entspricht demnach demjenigen im Wahlkreis 231 „Straubing“.
3. Vermutet man hingegen in den einzelnen Kontexteinheiten einen unterschiedlichen Einfluss bestimmter unabhängiger Variablen, lässt man sie im Random-Slope-Modell variieren. Ihre Regressionskoeffizienten können dann in den einzelnen Wahlkreisen verschiedene Werte annehmen. Das Modell ergänzt eine zusätzliche Varianzkomponente für die betreffenden Variablen. So könnte man beispielsweise prüfen, ob sich das Merkmal „praktizierender Christ“ im Wahlkreis 206 „Mainz“ positiv und im Wahlkreis 86 „Berlin-Marzahn – Hellersdorf“ negativ auf das Wahlverhalten zugunsten einer Partei auswirkt.
4. Erst im vierten Schritt erfolgt die Integration der Wahlkreismerkmale in das Random-Slope-Modell mit Kontextvariablen (RSM-K). Auf dessen Grundlage können die ersten zentralen Prüfungen der forschungsleitenden Hypothesen vorgenommen werden. Es zeigt u.a. auf, ob ein Effekt der sozialen Komposition der Wahlkreise auch unter Kontrolle unabhängiger Individualvariablen auf das individuelle Wahlverhalten bestehen bleibt.
5. Den Abschluss bilden schließlich Mehrebenen-Interaktionsmodelle (MIM). Mit ihrer Hilfe wird der Einfluss unabhängiger Kontextmerkmale auf die Stärke des Zusammenhangs zwischen einzelnen unabhängigen Individualvariablen auf die abhängige Variable untersucht. Inhaltlich werden darüber vor allem die „Gruppenkompositions-“ (H3) und die „Einstellungsinteraktions-Hypothese“ (H4) geprüft.

Der beschriebene Ablauf strukturiert weitestgehend die Präsentation der empirischen Befunde im nächsten Kapitel. Sie wird jedoch an einigen Stellen leicht modifiziert.

Damit sind auch die zu Beginn dieses zweiten großen Arbeitsschrittes formulierten drei Aufgaben bewältigt. Die Datengrundlage der Untersuchung stützt sich auf eine Kombination der Datensätze dreier Teilkomponenten der GLES sowie einigen ergänzenden Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes. Die Operationalisierung des räumlichen Kontextes auf der Ebene der Wahlkreise ist zwar nicht ideal, eignet sich unter den zur Auswahl stehenden Optionen aber am besten. Zudem lässt sich für jeden der drei diskutierten Wirkungsmechanismen der sozialen Kompositionsfaktoren eine zumindest plausible Begründung anführen. Weiterhin ist der politikwissenschaftliche und alltagspraktische Eigenwert der Analyse der Wahlkreise hervorgehoben worden. Die Transformation der Modellfaktoren orientiert sich weitestgehend an den bewährten Standardindikatoren der empirischen Wahlforschung und sollte somit keine Probleme bereiten. Um die forschungsleitenden Hypothesen aus dem ersten Arbeitsschritt zu überprüfen, bietet sich schließlich die soeben in ihren Grundzügen erläuterte Mehrebenen-Analyse an. Mit diesem Rüstzeug im Gepäck präsentiert nun das vierte Kapitel die empirischen Befunde.

#### **4. Empirische Befunde**

In diesem dritten Arbeitsschritt werden die empirischen Befunde der Untersuchung diskutiert und die forschungsleitenden Hypothesen der räumlichen Mehrebenen-Erklärung geprüft. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit ist das Kapitel in drei Teilabschnitte untergliedert. Der erste bestimmt zunächst mittels Random-Intercept-Only-Modellen und der Berechnung von Intraklassenkorrelationen, welcher Anteil der Gesamtvarianz der individuellen Wahlentscheidung durch Kontextmerkmale der Wahlkreise maximal erklärt werden kann. Anschließend findet ein Vergleich einfacher Single-Level-Modelle mit Random-Intercept-Modellen statt. Die Gegenüberstellung soll klären, inwiefern die Standardfehler der Individualvariablen verzerrt sind, wenn man die Einbettung der Wähler in ihre jeweiligen Wahlkreise bei der Erklärung ihres Wahlverhaltens nicht berücksichtigt. Die Struktur des zweiten und dritten Teilabschnitts folgt jeweils weitestgehend der zuvor beschriebenen Vorgehensweise zum idealtypischen Ablauf einer Mehrebenen-Analyse. Sie wird einmal für die Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU

und einmal für die SPD durchlaufen. Alle Berechnungen wurden mit Hilfe der Statistiksoftware „STATA 10“ durchgeführt.

#### 4.1 Intraklassenkorrelationen und (un)verzerrte Standardfehler

Zu den ersten Fragen, die sich im Zusammenhang mit Mehrebenen-Analysen stellen, gehört diejenige, ob sich eine vollständige Abarbeitung des Ablaufplans überhaupt lohnt. Als Maßstab dient häufig die Intraklassenkorrelation. Die beiden Referenzarbeiten von Klein/Pötschke und Pickery legen allerdings die Vermutung nahe, dass sie bei Analysen des Wählerverhaltens nicht besonders hoch ausfällt. Tabelle 2 zeigt die maximalen prozentualen Anteile der Gesamtvarianz der individuellen Wahlentscheidung, die mittels Merkmalen der Wahlkreise erklärt werden können.

Tabelle 2: Intraklassenkorrelationen in Prozent

	<b>D 20</b>	<b>D 30</b>	<b>alte BL 20</b>	<b>alte BL 30</b>	<b>neue BL 20</b>	<b>neue BL 30</b>
<b>CDU/CSU</b>	2,8	3,1	1,9	1,7	5,0	5,7
<b>SPD</b>	4,9	5,4	4,0	3,9	4,1	4,1
<b>FDP</b>	2,3	2,3	1,4	1,3	3,1	3,6
<b>Grüne</b>	5,9	7,4	2,7	3,0	10,8	14,0
<b>Linke</b>	11,7	11,6	3,0	3,7	1,2	1,2
<b>n</b>	8541	5501	6415	3833	2126	1668
<b>N</b>	221	115	171	82	50	33
<b>Min./Max.</b>	21/79	33/79	22/66	33/66	21/79	36/79
<b>Ø</b>	38,7	47,9	37,5	46,7	42,5	50,5

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES;

D = Berechnungen für die gesamte Bundesrepublik, BL = Bundesländer;

20 / 30 = Berechnungen nur unter Einschluss der Wahlkreise mit mindestens 20 / 30 Fällen

Lesebeispiel für den Wert 7,4 in der fünften Zeile und der dritten Spalte: Maximal 7,4 Prozent der Gesamtvarianz der individuellen Wahlentscheidung für die Grünen bei der Bundestagswahl 2009 können auf die Zugehörigkeit der Wähler zu einem bestimmten Wahlkreis zurückgeführt werden.

In der linken Spalte der Tabelle sind über dem Trennstrich die Parteien abgetragen, für welche die Intraklassenkorrelation ermittelt worden ist. Die übrigen Spalten trennen die Werte mit der gestrichelten Linie für das je einbezogene Gebiet („D“: gesamtes Bundesgebiet, „alte BL“: alte Bundesländer, „neue BL“: neue Bundesländer). Die Kennzeichnung „20“ bzw. „30“ gibt an, ob die Berechnungen unter der Vorgabe „mindestens 20 bzw. 30 Fälle pro Kontexteinheit“ durchgeführt worden sind. Unterhalb des Trennstrichs sind die Gesamtzahl der Individualfälle „n“, die Anzahl der Wahlkreise „N“, die minimale bzw. maximale Besetzung der Wahlkreise mit Individualfällen „Min./Max.“ und die durchschnittliche Anzahl der Individualfälle pro Wahlkreis „ $\bar{\sigma}$ “ angegeben.

Vergleicht man zunächst die 20er/30er-Vorgaben miteinander, so fällt schnell auf, dass bei den meisten Paaren keine wesentlichen Abweichungen auftreten. In acht der fünfzehn Fälle nimmt der Prozentwert leicht zu, in vier Fällen sinkt er beinahe unmerklich und drei Werte bleiben gar unverändert. Der größte Anstieg (3,2 Prozentpunkte) vollzieht sich bei der Wahl der Grünen in den neuen Bundesländern. Alles in allem bleiben die Größenordnungen aber konstant. Man kann daher davon ausgehen, dass es ausreicht, die 20er-Fallzahlvorgabe anzuwenden. Die nachfolgend präsentierten Modelle stützen sich daher immer, ohne expliziten Ausweis, auf die niedrigere Vorgabe<sup>39</sup>.

Ein Blick auf die Differenzen zwischen den Landesteilen verspricht hingegen schon mehr Spannung. Wie eingangs der Arbeit und implizit auch in der Ost-West-Hypothese (H5) vermutet, wirkt sich die Wahlkreiszugehörigkeit zwischen den alten und den neuen Bundesländern ungleich aus. Während der Gesamteinfluss des Kontextes bei der Grünen-Wahl im Osten sprunghaft ansteigt, legt er bei der CDU/CSU und der FDP absolut gesehen nur leicht zu. Für die SPD-Wahl sind kaum Unterschiede auszumachen und bei der Linken sinkt der Anteilswert sogar leicht. Besonders interessant ist im letzten Fall aber die Gegenüberstellung der beiden Landesteile mit dem Wert für Gesamtdeutschland. Dort kann die Wahlkreiszugehörigkeit deutlich über zehn Prozent der Gesamtvarianz der Wahlentscheidung für die Linke erklären. Betrachtet man die alten und die neuen Bundesländer dagegen getrennt voneinander, sind es weit weniger als fünf Prozent. Inhaltlich bestätigt das letztlich den bekannten Doppelcharakter der Linkspartei. Wäh-

---

<sup>39</sup> In hier nicht ausgewiesenen Modellen wurde die 30er-Fallzahlvorgabe dennoch auf alle übrigen Berechnungen angewendet. Dabei treten, wie zu erwarten, keine nennenswerten Unterschiede gegenüber den 20er-Modellen auf.

rend sie in Ostdeutschland bei Wahlen mit CDU/CSU und SPD häufig darum ringt, stärkste Partei zu werden, heißt ihr Gegner in Westdeutschland öfter „Fünf-Prozent-Hürde“. Innerhalb der beiden Landesteile variiert das Wahlkreisergebnis, das technisch gesehen der Konstante in den Random-Intercept-Only-Modellen entspricht, zwischen den Wahlkreisen aber kaum. Zusammengenommen unterstützen die Resultate das Vorhaben, weiterhin getrennte Berechnungen für die alten und die neuen Bundesländer anzustellen.

Lohnt sich das aber überhaupt? Um auf den oben angesprochenen Maßstab für die vollständige Durchführung der Mehrebenen-Analyse zurückzukommen, müssen natürlich auch die absoluten Anteilswerte besprochen werden. Ginge es lediglich darum, das individuelle Wahlverhalten mittels Kontextfaktoren möglichst gut (z.B. in Gestalt hoher Determinationskoeffizienten) zu erklären, sind Zweifel angesichts von Prozentwerten, die zumeist im einstelligen Bereich liegen, durchaus legitim. Wenn überhaupt weckt wohl der Ausreißer der Grünen-Wahl in den neuen Bundesländern das Interesse. Für die Fortsetzung der Analyse spricht aber der Umstand, damit zu einem besseren Verständnis des gesamten Entscheidungsprozesses eines Wählers beizutragen. Daher kann man guten Gewissens mit der Analyse fortfahren.

Bevor die Diskussion der Wahlentscheidung zugunsten von Union und SPD beginnt, wird zu Kontrollzwecken zunächst noch ein Vergleich eines einfachen Single-Level mit einem Mehrebenen-Modell erörtert. Immerhin besagte eines der Argumente für die grundsätzliche Relevanz von Kontextanalysen zu Beginn der Untersuchung, dass in einfachen Regressionsmodellen möglicherweise verzerrte Standardfehler geschätzt werden, wenn man nicht für die Kontexteinbettung der Individualfälle kontrolliert. Verantwortlich sind in der Regel die Verfahren der mehrstufigen Stichprobenziehung, die dafür sorgen, dass die Beobachtungen unter Umständen nicht unabhängig voneinander sind (vgl. Ditton 1998: 13 ff.). Tabelle 3 stellt dazu exemplarisch die unstandardisierten Regressionskoeffizienten und ihre zugehörigen Standardfehler aus einer einfachen logistischen Regression und einem Random-Intercept-Modell für die Wahlentscheidung zugunsten der Union gegenüber.

Tabelle 3: Single-Level- vs. Multi-Level-Modelle (CDU/CSU)

	SL D	ML D	SL alte BL	ML alte BL	SL neue BL	ML neue BL
<i>fixed part</i>						
PI: Union	2,213*** (0,078)	2,263*** (0,081)	2,342*** (0,091)	2,376*** (0,094)	2,009*** (0,164)	2,042*** (0,168)
KO: Union	0,319*** (0,021)	0,324*** (0,022)	0,298*** (0,024)	0,301*** (0,025)	0,359*** (0,044)	0,372*** (0,046)
IO: Union	1,644*** (0,076)	1,664*** (0,078)	1,583*** (0,089)	1,602*** (0,091)	1,845*** (0,148)	1,845*** (0,152)
prak. Christ	0,366*** (0,107)	0,373*** (0,109)	0,469*** (0,119)	0,464*** (0,120)	-0,042 (0,263)	-0,287 (0,272)
org. Arbeiter	-0,255 (0,213)	-0,266 (0,215)	-0,016 (0,247)	-0,160 (0,248)	-0,486 (0,423)	-0,562 (0,432)
RCS	-0,324*** (0,086)	-0,327*** (0,089)	-0,078 (0,107)	-0,093 (0,110)	-0,751*** (0,157)	-0,751*** (0,161)
WKP	-0,369*** (0,111)	-0,356*** (0,114)	-0,229* (0,129)	-0,235* (0,131)	-0,365 (0,256)	-0,353 (0,261)
Konstante	-2,445*** (0,080)	-2,493*** (0,087)	-2,663*** (0,104)	-2,684*** (0,109)	-2,174*** (0,130)	-2,234*** (0,147)
<i>random part</i>						
$\sigma^2_e$		3,290		3,290		3,290
$\tau_{u0}$		0,103		0,074		0,122
<b>n/N</b>	7509 / -	7509 / 221	5615 / -	5615 / 171	1894 / -	1894 / 50
<b>Min./Max.</b>	- / -	20 / 72	- / -	20 / 63	- / -	20 / 72
<b>Ø</b>	-	34,0	-	32,8	-	37,9
<b>McFadden R<sup>2</sup></b>	0,47	0,53	0,47	0,54	0,46	0,52

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung CDU/CSU (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene;  
Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,1$ , \*\*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,01$

Auf die inhaltliche Interpretation der Regressionskoeffizienten kann an dieser Stelle noch verzichtet werden. Stattdessen sollte sich die Aufmerksamkeit allein auf die Signifikanzniveaus und die Richtung (Vorzeichen) der Koeffizienten und vor allem auf die in Klammern abgetragenen Standardfehler richten. Es ist beruhigend festzustellen, dass keine dramatischen Verzerrungen vorliegen. Weder kehrt sich die Richtung eines Koeffizienten um, noch weicht ein Signifikanzniveau ab. Lediglich die Standardfehler wer-

den in den Single-Level-Modellen geringfügig, aber kaum nennenswert, unterschätzt. Hätte man die Wahlentscheidung mit einem sparsamen einfachen logistischen Modell erklären wollen, dürfte man den Befunden also durchaus vertrauen. Ein kurzer Seitenblick auf die Pseudo-R<sup>2</sup>-Werte zeigt aber auch, dass die Erklärungsleistung des Gesamtmodells allein durch die Berücksichtigung der Mehrebenen-Struktur um sechs bis sieben Prozentpunkte ansteigt. Der Determinationskoeffizient wurde hier jeweils manuell berechnet, da STATA für logistische Mehrebenen-Regressionen leider keinen automatisierten Wert vorschlägt. Das liegt u.a. daran, dass in der Methodenforschung keine Einigkeit über die geeignete Maßzahl vorherrscht (vgl. z.B. Langer 2009: 119 ff.). In diesem Fall handelt es sich um McFaddens Pseudo-R<sup>2</sup>, das im Grunde die Devianz des mit erklärenden Variablen angereicherten Random-Intercept-Modells ins Verhältnis zu derjenigen des Random-Intercept-Only-Modells setzt. Es gibt somit die Verbesserung der Erklärungsleistung des Gesamtmodells um die jeweils ergänzten unabhängigen Variablen im Vergleich zu einem Modell, das lediglich die Regressionskonstante enthält, an.

Damit aber genug des empirischen „Vorgeplänkels“. Die beiden folgenden Abschnitte vertiefen nun die Analyse der individuellen Wahlentscheidung für die Union bzw. die SPD als abhängige Variable. Ziel ist es, die forschungsleitenden Hypothesen aus Kapitel 2.5 zu überprüfen.

## **4.2 Die Wahl der CDU/CSU**

Die „Direkteffekt-Hypothese“ (H1) hat zunächst eine direkte Beziehung zwischen den Anteilen sozialer Großgruppen im Wahlkreis und der individuellen Wahlentscheidung unterstellt, wenn man für keinerlei intervenierende Individualvariablen kontrolliert. Um den beschriebenen Zusammenhang zu überprüfen, bedarf es eines kleinen Zwischenschrittes im idealtypischen Ablauf der Mehrebenen-Analyse. Er nimmt in Tabelle 4 Gestalt an. Darin sind die Regressionskoeffizienten aller Kontextmerkmale eingetragen, die jeweils in binären Modellen geschätzt worden sind.



Tabelle 4: Regressionskoeffizienten binärer Mehrebenen-Modelle (CDU/CSU)

	<b>D</b>	<b>R<sup>2</sup></b>	<b>alte BL</b>	<b>R<sup>2</sup></b>	<b>neue BL</b>	<b>R<sup>2</sup></b>
Anteil prak. Christen	1,924*** (0,394)	0,002	2,337*** (0,447)	0,003	2,132*** (0,957)	0,002
Anteil org. Arbeiter	1,559** (0,861)	0,000	0,254 (0,935)	0,000	5,146*** (1,871)	0,003
Arbeitslosen- quote	-0,023*** (0,008)	0,000	-0,047*** (0,011)	0,002	-0,055 (0,036)	0,001
Bevölkerungs- dichte	-0,000*** (0,000)	0,004	-0,000*** (0,000)	0,004	-0,000*** (0,000)	0,004
Ausländer- anteil	-0,027*** (0,005)	0,002	-0,031*** (0,007)	0,003	-0,105*** (0,029)	0,005

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung CDU/CSU (ja/nein)  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern;  
Signifikanzniveaus: \* < 0,1, \*\* < 0,05, \*\*\* < 0,01

Erfreulicherweise übt der Anteil praktizierender Christen im Wahlkreis mit hoher Wahrscheinlichkeit, wie in der Hypothese vermutet, einen eigenständigen Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung zugunsten der Union aus. Das gilt sowohl für die beiden Landesteile als auch das zusammengefasste Bundesgebiet. Die Hypothese kann also nicht verworfen werden. Eine erste Überraschung birgt aber ein binäres Modell, das lediglich den Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Wahlkreis zur Erklärung heranzieht. In den neuen Bundesländern profitiert die CDU nämlich von einer hohen Quote. Der Einfluss überdeckt im gesamten Bundesgebiet sogar den nicht signifikanten Effekt in den alten Bundesländern. Doch selbst dort deutet zumindest das Vorzeichen des Regressionskoeffizienten in der Tendenz auf eine unterstützende Wirkung hin. Ein Beleg gegen die Existenz eines Wahlbündnisses der Arbeiter mit der SPD ist das noch nicht. Es deutet sich aber an, dass das in Abschnitt 2.3.1 beschriebene wechselhafte Muster der Wahlallianz zwischen den Arbeitern und den Parteien im Ostteil des Landes möglicherweise weiter Bestand hat.

Im Hinblick auf die drei Kontrollvariablen sind ebenfalls jeweils drei binäre Modelle berechnet worden. Zuerst bestätigt die Auswertung der Zeile zur Arbeitslosenquote die erwartete Einflussrichtung. Je höher die Quote im Wahlkreis, desto unwahrscheinlicher fällt die individuelle Wahlentscheidung für die regierende Union aus. Der Effekt zeigt

sich aber für den Ostteil des Landes nicht signifikant, auch wenn die Tendenz übereinstimmt. Den Erwartungen entspricht ebenfalls der Effekt der Bevölkerungsdichte<sup>40</sup>. Je dichter die Wahlkreise besiedelt sind, desto geringer sind die Chancen, dass sich das individuelle Wahlverhalten positiv für die Union auswirkt. In ländlichen Gebieten kann sie dagegen auf höhere Unterstützung hoffen. Nur auf den ersten Blick kann der eigentlich unerwartete hochsignifikante negative Effekt des Ausländeranteils im Wahlkreis überraschen. Der Anteil der Menschen ohne deutschen Pass korreliert nämlich positiv mit der Bevölkerungsdichte des Wahlkreises. Da die beiden Merkmale in den binären Modellen nicht gegenseitig kontrolliert wurden, stellt sich möglicherweise eine „Scheinkorrelation“ zwischen dem Ausländeranteil und der individuellen Wahlentscheidung ein. In Modellen mit beiden Variablen verbleibt der Effekt der Bevölkerungsdichte in Gesamtdeutschland und in den alten Bundesländern höchst signifikant, während in den neuen Bundesländern nur der Ausländeranteil gerade noch auf dem Zehn-Prozent-Niveau weiter besteht<sup>41</sup>.

Die jeweiligen Spalten rechts der Regressionskoeffizienten geben wiederum die Werte für McFaddens Pseudo-R<sup>2</sup> an. Schon in der vorherigen Tabelle war für die Wahl der Union insgesamt ein sehr geringer Anteil des Kontexteinflusses an der Gesamtvarianz festzustellen. Daher können die sehr niedrigen absoluten Werte der Erklärungsleistung einzelner Kontextvariablen nicht überraschen. Umgerechnet bewegen sie sich im Zehntel-Prozent-Bereich.

Um zu prüfen, ob der soziale Kompositionseffekt unter Kontrolle der Individualvariablen verschwindet („Interventions-Hypothese“ H2), kehren die Tabellen 5, 6 und 7 jetzt zu dem eigentlichen Ablaufplan der Mehrebenen-Analyse zurück.

---

<sup>40</sup> Die Koeffizienten und die Standardfehler fallen für die Bevölkerungsdichte absolut so niedrig aus, weil es zu Beginn der Dateneingabe in die STATA-Syntax versäumt wurde, die absoluten Bevölkerungswerte und Landesflächen umzurechnen (z.B. Bevölkerung in 1.000, Flächen im km<sup>2</sup>). Inhaltlich hat das keine Konsequenzen zur Folge. Die Darstellung ist aber leider etwas leserunfreundlich geraten.

<sup>41</sup> In Modellen, welche die Wahlentscheidung der Grünen als abhängige Variable vorsehen, hat ein hoher Ausländeranteil einen höchst signifikanten positiven Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung, selbst unter Kontrolle der Individualvariablen. Pickery deutet einen zumindest im Ansatz ähnlichen Befund dahingehend, dass Grünen-Wähler „tend to be more cosmopolitan and therefore are more inclined to live in or to move to regions with more foreigners“ (2002: 21). Die Diskussion der These ist hier kein zentraler Gegenstand der Untersuchung. Wenn man ihr folgt, erscheint es aber plausibel, dass konservative, weniger weltoffene Union-Wähler seltener in Wahlkreise mit hohem Ausländeranteil ziehen, bzw. umgekehrt Personen ohne deutschen Pass in konservative Gebiete migrieren.

Tabelle 5: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (alte Bundesländer)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,684***	-2,703***	-2,619***	-2,617***	-2,619***	-2,653***	-2,639***
PI: Union	2,376***	2,394***	2,381***	2,383***	2,381***	2,369***	2,374***
KO: Union	0,301***	0,302***	0,300***	0,301***	0,300***	0,328***	0,300***
IO: Union	1,602***	1,618***	1,624***	1,626***	1,624***	1,612***	1,657***
prak. Christ	0,464***	0,461***	0,412***	0,525***	0,412***	0,419***	0,415***
org. Arbeiter	-0,160	-0,164	-0,185	-0,180	-0,184	-0,157	-0,185
RCS	-0,093	-0,087	-0,093	-0,098	-0,093	-0,097	-0,089
WKP	-0,235*	-0,236*	-0,217*	-0,227*	-0,217*	-0,220*	-0,210
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			1,573**	2,043**	1,576*	9,845***	2,624***
Anteil org. Arbeiter			0,489	0,547	0,488	0,245	0,464
Arbeitslosen- quote			0,034	0,036*	0,034	0,032	0,034
Bevölkerungs- dichte			-0,000	-0,000	-0,000	-0,000	-0,000
Ausländer- anteil			-0,023	-0,024	-0,023	-0,022	-0,023
<b>Interaktionen</b>							
Anteil prak. Christen * prak. Christ				-3,014*			
Anteil prak. Christen * PI: Union					-0,008		
Anteil prak. Christen * KO: Union						-1,096***	
Anteil prak. Christen * IO: Union							-2,338*
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,074	0,062	0,014	0,014	0,014	0,007	0,017
$\tau_{u1}$		0,370	0,322	0,305	0,322	0,217	0,259
$\tau_{u0u1}$		-0,014	0,041	0,055	0,041	0,026	0,038
<b>n/N</b>	5615 / 171	5615 / 171	5615 / 171	5615 / 171	5615 / 171	5615 / 171	5615 / 171
<b>Min./Max.</b>	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63
<b>Ø</b>	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8
<b>McFaddenR<sup>2</sup></b>	0,54	0,54	0,54	0,54	0,54	0,54	0,54

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung CDU/CSU (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „prak.  
Christ“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „prak. Christ“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Tabelle 6: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (neue Bundesländer)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,234***	-2,239***	-2,034***	-2,062***	-2,101***	-2,048***	-2,023***
PI: Union	2,042***	2,039***	2,035***	2,039***	2,157***	2,034***	2,036***
KO: Union	0,372***	0,368***	0,367***	0,367***	0,365***	0,374***	0,368***
IO: Union	1,845***	1,860***	1,856***	1,849***	1,861***	1,854***	1,794***
prak. Christ	-0,029	-0,038	-0,029	-0,034	-0,054	-0,034	-0,012
org. Arbeiter	-0,160	-0,572	-0,666	-0,689	-0,672	-0,667	-0,669
RCS	-0,751***	-0,741***	-0,716***	-0,709***	-0,714***	-0,715***	-0,717***
WKP	-0,353	-0,340	-0,307	-0,305	-0,307	-0,308	-0,305
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			-1,520	-1,901	-2,726	-2,521	-1,102
Anteil org. Arbeiter			3,476	3,463	3,444	3,483	3,465
Arbeitslosen- quote			-0,038	-0,041	-0,040	-0,038	-0,038
Bevölkerungs- dichte			-0,000	-0,000	-0,000	-0,000	-0,000
Ausländer- anteil			0,026	0,022	0,024	0,025	0,025
<b>Interaktionen</b>							
Anteil prak. Christen * prak. Christ				2,386			
Anteil prak. Christen * PI: Union					2,690		
Anteil prak. Christen * KO: Union						0,121	
Anteil prak. Christen * IO: Union							-1,319
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,122	0,099	0,070	0,072	0,069	0,070	0,070
$\tau_{u1}$		0,187	0,208	0,123	0,195	0,201	0,217
$\tau_{u0u1}$		0,136	0,121	0,094	0,116	0,118	0,123
<b>n/N</b>	1894 / 50	1894 / 50	1894 / 50	1894 / 50	1894 / 50	1894 / 50	1894 / 50
<b>Min./Max.</b>	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72
<b>Ø</b>	37,9	37,9	37,9	37,9	37,9	37,9	37,9
<b>McFaddenR<sup>2</sup></b>	0,52	0,52	0,52	0,52	0,52	0,52	0,52

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung CDU/CSU (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „prak.  
Christ“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „prak. Christ“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Tabelle 7: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der CDU/CSU (Deutschland)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,493***	-2,506***	-2,528***	-2,526***	-2,534***	-2,533***	-2,528***
PI: Union	2,264***	2,277***	2,274***	2,274***	2,275***	2,270***	2,272***
KO: Union	0,324***	0,325***	0,317***	0,317***	0,317***	0,322***	0,317***
IO: Union	1,664***	1,678***	1,691***	1,692***	1,695***	1,685***	1,686***
prak. Christ	0,373***	0,363***	0,353***	0,376***	0,351***	0,362***	0,361***
org. Arbeiter	-0,266	-0,270	-0,303	-0,302	-0,306	-0,283	-0,306
RCS	-0,327***	-0,325***	-0,289***	-0,291***	-0,288***	-0,294***	-0,287***
WKP	-0,356***	-0,358***	-0,286**	-0,288**	-0,285**	-0,289**	-0,284**
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			0,746	0,860	0,236	6,239***	1,590**
Anteil org. Arbeiter			0,609	0,620	0,629	0,545	0,504
Arbeitslosen- quote			0,015	0,016	0,015	0,015	0,014
Bevölkerungs- dichte			-0,000	-0,000	-0,000	-0,000	-0,000
Ausländer- anteil			-0,023*	-0,023*	-0,022*	-0,021*	-0,022*
<b>Interaktionen</b>							
Anteil prak. Christen * prak. Christ				-0,706			
Anteil prak. Christen * PI: Union					1,295		
Anteil prak. Christen * KO: Union						-0,709***	
Anteil prak. Christen * IO: Union							-2,066**
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,103	0,095	0,050	0,050	0,049	0,049	0,052
$\tau_{u1}$		0,313	0,271	0,275	0,306	0,214	0,215
$\tau_{u0u1}$		-0,004	0,050	0,051	0,053	0,036	0,045
<b>n/N</b>	7509 / 221	7509 / 221	7509 / 221	7509 / 221	7509 / 221	7509 / 221	7509 / 221
<b>Min./Max.</b>	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72
<b>Ø</b>	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
<b>McFaddenR<sup>2</sup></b>	0,53	0,53	0,53	0,53	0,53	0,53	0,53

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung CDU/CSU (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „prak.  
Christ“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „prak. Christ“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Sie präsentieren jeweils sieben Mehrebenen-Modelle für die alten und die neuen Bundesländer sowie für die gesamte Bundesrepublik. Zum Vergleich entspricht Modell 1 dem bereits bekannten Random-Intercept-Modell aus Tabelle 3. Modell 2 fährt mit einem Random-Slope-Modell fort. Es gestattet den Regressionskoeffizienten des Merkmals „praktizierender Christ“ über die Wahlkreise zu variieren. Das dritte Modell integriert wie in Ablaufschritt vier des Mehrebenen-Analyse-Fahrplans vorgesehen, die fünf Kontextmerkmale. Die letzten vier Modelle (4, 5, 6, 7) nehmen schließlich jeweils eine Interaktion des Anteils praktizierender Christen im Wahlkreis mit einer der interessierenden Individualvariablen auf.

Zunächst einige Bemerkungen zu den Effekten über alle drei Tabellen hinweg: Erstens deuten die individuellen technischen Kontrollvariablen (RCS, WKP) auf die Existenz befürchteter Fragebogen-, Methoden-, oder Interviewereinflüsse im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Erhebungsart der jeweiligen GLES-Komponente hin. Eine Wahlentscheidung zugunsten der Union ist in der RCS und dem WKP etwas unwahrscheinlicher als im VNQ (Referenzkategorie). Die Differenzen sind allerdings Landesteilspezifisch. So ist der beschriebene Effekt im Westen nur für das WKP und dort auch nur knapp auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant. Im Osten betrifft der Effekt auf einem stabileren Niveau dagegen die RCS. Erst unter Kontrolle dieser Komponenteneffekte sind exaktere Aussagen über die Wirkung der inhaltlichen Variablen erlaubt.

Da die Individualvariablen selbst nicht im Zentrum des Interesses stehen, mag zweitens für die politischen Einstellungen zusammenfassend festgehalten werden, dass sie allesamt in jeder Tabelle und dort in jedem Modell in die erwartete Richtung zeigen und hochsignifikant sind. Das individuelle sozialstrukturelle Merkmal „gewerkschaftlich organisierter Arbeiter“ entfaltet dagegen auch in den neuen Bundesländern keine signifikante Wirkung und tendiert eher dazu, eine Unions-Wahl zu verhindern. Bedeutender sind schon die Befunde zum zweiten individuellen sozialstrukturellen Merkmal. Wie der makrosoziologische „Cleavage“-Ansatz postuliert, unterstützen praktizierende Christen die CDU/CSU. Der Zusammenhang tritt zwar nur in Westdeutschland auf, er überdeckt in der gesamten Republik jedoch immer noch die fehlende Merkmalsbeziehung in den neuen Bundesländern. Dort existiert das religiöse „Cleavage“ offenbar nicht. Zur Erinnerung sei aber noch einmal darauf hingewiesen, dass sich daraus keine

Schlussfolgerungen über die konfessionelle Konfliktlinie ziehen lassen. Zumindest bei der letzten Bundestagswahl ist Letzterer aber kein religiöser Konflikt an die Seite getreten. Daraus sind schon erste Folgen für die Analyse der Kontextvariablen absehbar. Im Hinblick auf die Wirkung des Religiositätsmerkmals ist zudem der jeweilige Vergleich der ersten beiden Modelle in den drei Tabellen interessant. Das Random-Slope-Modell erlaubt, wie berichtet, den Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variable über die Kontexteinheiten hinweg zu variieren. Über eine oberflächliche und wenig aussagekräftige einfache Gegenüberstellung der unstandardisierten Koeffizienten und der Determinationskoeffizienten sind zunächst kaum Unterschiede erkennbar. Anhand eines hier nicht extra ausgewiesenen Likelihood-Ratio-Tests (LR-Test) lässt sich aber feststellen, ob die Slope-Variante eine signifikant höhere Erklärungsleistung erzielt. Dazu werden die Devianzen der ineinander geschachtelten Modelle voneinander subtrahiert (vgl. Langer 2009: 194). Der Test anhand des resultierenden  $\chi^2$ -verteilten Wertes fällt nur für die alten Bundesländer positiv aus. Mit anderen Worten trägt die Erlaubnis zur Variation der Regressionskoeffizienten des Merkmals dort zu einer signifikanten, wenngleich auch sehr geringen, Verbesserung der Erklärungsleistung des Gesamtmodells bei.

Um nun aber die zweite forschungsleitende „Interventionshypothese“ zu prüfen, müssen die Resultate des dritten Modells herangezogen werden. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit gehen die Ausführungen ab jetzt Tabelle für Tabelle vor, beginnend mit den alten Bundesländern (Tabelle 5). Während in den binären Modellen (vgl. Tabelle 4) immerhin noch vier der fünf Kontextvariablen ein signifikanter Effekt zugeschrieben werden konnte, verbleibt im Random-Slope-Modell mit Kontextmerkmalen nur ein Faktor, der mit vergleichsweise hoher Wahrscheinlichkeit eine Wirkung nach sich zieht. Glücklicherweise handelt es sich um den Anteil der praktizierenden Christen im Wahlkreis. Das bedeutet, selbst unter Kontrolle der Parteiidentifikation, Kandidaten-Orientierung, Issue-Orientierung und Zugehörigkeit zur Gruppe der praktizierenden Christen entscheidet sich ein Wähler desto eher für die CDU/CSU, je mehr praktizierende Christen in seinem Wahlkreis leben. Der Zusammenhang zwischen dem Kontextmerkmal und dem Wahlverhalten ist allerdings mit etwas größerer Unsicherheit verbunden als in dem binären Modell. In dieser Hinsicht wird die „Interventions-Hypothese“ tendenziell bestätigt, die Wirkung verschwindet jedoch nicht vollständig. Worauf der Zusammenhang letztlich beruht, kann mit den Daten leider nicht exakt ge-

klärt werden. Wie im theoretischen Arbeitsschritt der Untersuchung diskutiert, mögen dafür Parteiaktivitäten der CDU/CSU im Wahlkampf, soziale Interaktionen der Wahlkreisangehörigen untereinander oder deren Identifikation mit dem abgegrenzten Gebiet verantwortlich sein. Sicher ist aber, dass der Effekt der Mechanismen nicht vollständig in einem der vier angesprochenen Individualzusammenhänge aufgeht. Die Wähler entscheiden sich vielmehr gleich ihrer Religiosität (die stellvertretend für die Wahlverhaltensnorm der Großgruppe steht), Parteiidentifikation, Kandidaten-, und Issue-Orientierung in diesen Wahlkreisen systematisch häufiger für die CDU/CSU. Möglicherweise tritt hier das Phänomen des „information shortcuts“ einiger Wahlkreisangehöriger, die ihre Wahl nicht von ihrer sozialen Position oder ihren politischen Einstellungen abhängig machen, ans Tageslicht.

Die „Gruppenkompositionshypothese“ (H3) vermutet als nächstes einen moderierenden Einfluss des Anteils praktizierender Christen auf die Effektstärke des Zusammenhangs zwischen der Wahlverhaltensnorm der sozialen Großgruppe (Individualmerkmal „prak. Christ“) und der individuellen Wahlentscheidung. Modell 4 nimmt daher eine entsprechende Mehrebenen-Interaktionsvariable auf (Verfahrensschritt 5 der Mehrebenen-Analyse). Tatsächlich stellt sich ein signifikanter Effekt ein. Entgegen der Erwartung verstärkt er den Individualzusammenhang aber nicht, sondern schwächt ihn im Gegenteil ab. Inhaltlich gewendet, orientieren sich praktizierende Christen also in Wahlkreisen mit einem hohen Mitgliederanteil ihrer sozialen Großgruppe bei ihrer Wahlentscheidung weniger stark an der Gruppennorm. Die Hypothese muss also verworfen werden. Fraglich bleibt allerdings, worin die Ursache zu suchen ist.

Im theoretischen Abschnitt wurde dem durch die „Einstellungsinteraktions-Hypothese“ (H4) versucht vorzubeugen. Sie besagt im Kern, dass sich der Gruppenkompositionseffekt in einer Mehrebenen-Interaktion des Christenanteils im Wahlkreis mit einer der drei politischen Einstellungen ausdrückt, weil die Gruppenmitglieder sich bei der Stimmabgabe nicht an ihrer Wahlverhaltensnorm, sondern an der daraus abgeleiteten Parteiidentifikation, Kandidaten- oder Issue-Orientierung orientieren. Die Modelle 5, 6 und 7 überprüfen das. Überraschend stellt sich allerdings auch hier nicht ein einziger positiver Effekt ein. Die Koeffizienten der Kandidaten- und Issue-Interaktionen sind negativ und sogar zum Teil hochsignifikant. Die Wahlkreisangehörigen stützen ihre



Wahlentscheidung in „christlicheren“ räumlichen Kontexten also weniger stark auf die beiden kurzfristigen politischen Einstellungen, unabhängig davon, ob die Einstellungen selbst positiv oder negativ sind. Für die Parteiidentifikation stellt sich zumindest keine signifikante veränderte Effektstärke ein. Damit ist auch Hypothese 4 zu verwerfen. Eine inhaltliche Begründung der Resultate fällt an dieser Stelle, ohne weiterführende Analysen durchgeführt zu haben, nicht leicht. Man kann aber wohl annehmen, dass die Wähler ihre Wahlentscheidung in Wahlkreisen mit einem hohen praktizierenden Christenanteil zwar nicht verstärkt an der Parteiidentifikation, aber eher daran als an einer kurzfristigen politischen Einstellung oder der Wahlverhaltensnorm der Großgruppe ausrichten.

Wie sieht das Ganze aber nun im Ost-West-Vergleich aus? Die bisherigen Ausführungen bezogen sich schließlich nur auf die alten Bundesländer. Die fünfte Hypothese („Ost-West-Hypothese“ H5) postuliert, dass alle theoretisch vermuteten Zusammenhänge in den neuen Bundesländern schwächer ausfallen. Schon ein kurzer Blick auf die mittleren Zeilen in Tabelle 6 gestattet ein knapp ausfallendes Fazit. Die Hypothese kann nicht verworfen werden, weil sich die Kontexteffekte der Wahlkreiszugehörigkeit nicht nur abschwächen, sondern schlicht keine auftreten. Bereits die Interpretation des individuellen sozialstrukturellen Merkmals „prak. Christ“ hatte angedeutet, dass der religiöse Konflikt in den neuen Bundesländern einer empirischen Grundlage entbehrt. Dieser Befund ist insofern neu, da weder Klein/Pötschke noch Pickery die neuen Bundesländer in ihren räumlichen Kontextanalysen untersucht haben.

Wendet man seine Aufmerksamkeit abschließend den Berechnungen für das gesamte Bundesgebiet zu (Tabelle 7), so fällt auf, dass sich die für die alten Länder beschriebenen Zusammenhänge nur in Modell 6 und 7 durchsetzen. Das heißt, über die Grenze der Landesteile hinweg betrachtet, orientieren sich Wähler, die in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil praktizierender Christen leben, bei ihrer individuellen Wahlentscheidung für oder gegen die CDU/CSU weniger stark an ihren kurzfristigen politischen Einstellungen (Kandidaten- und Issue-Orientierung).

Was sollte man für die individuelle Wahlentscheidung zugunsten oder wider die Union bei der Bundestagswahl 2009 zusammenfassend festhalten? Erstens bleibt ein signifikanter Effekt der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes auf die abhängige Variable zumindest auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik auch dann erhalten, wenn

man für relevante Individualmerkmale der Wähler kontrolliert. Zweitens trägt das interessierende Kontextmerkmal im Vergleich zu den Individualvariablen zwar nur einen sehr geringen Anteil zur Varianzaufklärung bei, es ermöglicht aber den Entscheidungsprozess der Wähler etwas besser zu verstehen. Drittens schließlich moderiert der Anteil praktizierender Christen in unerwarteter Art und Weise die Individualzusammenhänge. Je höher ihr Anteil in den Wahlkreisen ist, desto weniger richten die Wähler ihre Wahlentscheidung an der Wahlverhaltensnorm der Großgruppe oder an einer der beiden kurzfristigen politischen Einstellungen aus. Lassen sich ähnliche Muster bei der Wahl der SPD beobachten?

### **4.3 Die Wahl der SPD**

Der Aufbau dieses Unterkapitels folgt im Wesentlichen der Struktur des vorherigen. Alle präsentierten Tabellen können technisch in gleicher Art und Weise interpretiert werden. Den Ausgangspunkt markiert daher wiederum die Diskussion der in einem Zwischenschritt berechneten binären „Kontext“-Modelle. Tabelle 8 hält die jeweiligen Regressionskoeffizienten der Wahlkreismerkmale bereit. Inhaltlich unterscheiden sich die Resultate allerdings erheblich von der Wahl der CDU/CSU. Waren dort noch beinahe alle Faktoren hochsignifikant, sind es hier nur zwei. Zwei weitere erreichen knapp das Zehn-Prozent-Niveau. In den neuen Bundesländern scheint sogar kein einziges Merkmal eine Wirkung zu entfalten.

Bemerkenswert ist dabei zuerst, dass in den alten Bundesländern ein hoher Anteil praktizierender Christen im Wahlkreis, der für die Union positive Folgen nach sich zieht, zugleich mit hoher Wahrscheinlichkeit die individuelle Wahlentscheidung für die SPD verhindert. Obwohl dieses Muster in den neuen Bundesländern nicht nachgewiesen werden kann, bleibt es bei einer Zusammenführung der Landesteile erhalten. Die Sozialdemokraten profitieren dagegen (zumindest in den alten Bundesländern) von einer hohen Arbeitslosenquote. Der Befund deckt sich, einmal abgesehen von der eingeschränkten Vergleichbarkeit aufgrund der unterschiedlichen Operationalisierungen des räumlichen Kontextes, mit den Ergebnissen Pickerys. Allerdings erwachsen dadurch

Zweifel an seiner Begründung, weil er die Arbeitslosenquote als Indikator für die ökonomische Lage der Kreise interpretiert. Den Zusammenhang erklärt er nämlich mit dem Economic Voting-Ansatz, wonach im Bundestag opponierende Parteien in Gebieten mit ungünstiger Wirtschaftslage im Vorteil sein sollten. Nun war die SPD zwar vor der Wahl 1994 in der Opposition, nicht aber vor dem Volksvotum 2009. Die Befunde sprechen darum eher für ein einfaches „alignment“ zwischen der Gruppe der Arbeitslosen und der SPD. Hinsichtlich der „Direkteffekt-Hypothese“ zum Wahlbündnis zwischen den Sozialdemokraten und den „gewerkschaftlich organisierten Arbeitern“ müssen die ersten Ergebnisse aber Besorgnis erregen. Denn weder in einem der beiden Landesteile, noch im Bundesgebiet insgesamt stellt sich ein signifikanter Effekt ein. Das deutet zum einen darauf hin, dass sich in den neuen Bundesländern immer noch keine stabile Wahlallianz zwischen der Arbeiterschaft und der SPD ausgebildet hat. Es verweist darüber hinaus auf einen Erosionsprozess zwischen ihr und den Kernmitgliedern der sozialen Großgruppe im Westteil des Landes.

Tabelle 8: Regressionskoeffizienten binärer Mehrebenen-Modelle (SPD)

	<b>D</b>	<b>R<sup>2</sup></b>	<b>alte BL</b>	<b>R<sup>2</sup></b>	<b>neue BL</b>	<b>R<sup>2</sup></b>
Anteil prak. Christen	-0,936* (0,523)	0,000	-2,184*** (0,598)	0,002	-1,203 (1,090)	0,001
Anteil org. Arbeiter	0,724 (1,064)	0,000	1,615 (1,145)	0,000	-2,200 (2,105)	0,001
Arbeitslosen- quote	0,006 (0,010)	0,000	0,072*** (0,013)	0,004	-0,021 (0,038)	0,000
Bevölkerungs- dichte	0,000 (0,000)	0,000	0,000 (0,000)	0,000	-0,000 (0,000)	0,000
Ausländer- anteil	0,013* (0,007)	0,000	-0,006 (0,009)	0,000	-0,017 (0,029)	0,000

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung SPD (ja/nein)  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler in Klammern;  
Signifikanzniveaus: \* < 0,1, \*\* < 0,05, \*\*\* < 0,01

Entsprechend fällt die Erklärungskraft der Kontextmerkmale in Gestalt der Determinationskoeffizienten für die Wahl der SPD gegenüber der Wahl der Union zumeist noch etwas geringer aus. Daher muss die „Direkteffekt-Hypothese“ hier verworfen werden.

Setzt man den Verfahrensweg der Mehrebenen-Analyse dennoch fort, können darüber hinaus aber einige weitere interessante Erkenntnisse gewonnen werden. Die Tabellen 9, 10 und 11 präsentieren dazu in bekannter Manier jeweils sieben Modelle für die alten und die neuen Bundesländer sowie für Gesamtdeutschland.

Über die drei Tabellen hinweg finden zunächst die vermuteten Methodeneffekte der GLES-Komponenten Bestätigung. Sie machen sich vor allem in den neuen Bundesländern bemerkbar und besagen, dass die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahl bei den Befragten der RCS und des WKP etwas unwahrscheinlicher ist als im VNQ. Die drei politischen Einstellungsvariablen wirken sich erneut den Erwartungen entsprechend aus. Eine Parteiidentifikation, Kandidaten- oder Issue-Orientierung zugunsten der SPD erhöht die Wahrscheinlichkeit sie zu wählen. Alle drei Einstellungen zeigen in jeder Tabelle und in jedem Modell in die vermutete Richtung und sind höchst signifikant. Dagegen steht keines der beiden individuellen sozialstrukturellen Merkmale in einem Zusammenhang mit der individuellen Wahlentscheidung. Einzige Ausnahme ist das Merkmal „praktizierender Christ“ in den alten Bundesländern. Hier stellt das individuelle Abstimmungsverhalten der Mitglieder der „Cleavage“-Gruppe zugunsten der Bündnispartei (CDU/CSU) zugleich eine bewusste Entscheidung gegen die SPD dar. Die Determinationskoeffizienten am unteren Ende der Tabellen fallen im Vergleich zu den drei Vorgängern (Tabelle 5,6 und 7) etwas niedriger aus. Sie bewegen sich aber immer noch in derselben Größenordnung.

Bezüglich der Wirkung der Kontextmerkmale in den mittleren Zeilen der Modelle fällt für die alten Bundesländer (Tabelle 9) als erstes auf, dass die Anteile der beiden sozialen Großgruppen in den Wahlkreisen unter Kontrolle der Individualvariablen keine Auswirkungen auf die individuelle Wahlentscheidung für oder gegen die SPD nach sich ziehen. Lediglich der bereits aus dem binären Modell bekannte Effekt der Arbeitslosenquote hat weiter Bestand. Die forschungsleitenden „Interventions“- , „Gruppenkomposition“- und „Einstellungsinteraktions“-Hypothesen müssen für den Westteil des Landes daher ebenso verworfen werden.

Tabelle 9: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (alte Bundesländer)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,712***	-2,715***	-2,565***	-2,566***	-2,566***	-2,565***	-2,564***
PI: SPD	2,710***	2,713***	2,689***	2,690***	2,689***	2,689***	2,692***
KO: SPD	0,235***	0,234***	0,234***	0,235***	0,235***	0,235***	0,234***
IO: SPD	1,743***	1,749***	1,743***	1,743***	1,742***	1,743***	1,744***
prak. Christ	0,006	0,003	0,022	0,022	0,022	0,022	0,019
org. Arbeiter	0,313	0,252	0,268	0,235	0,267	0,267	0,276
RCS	-0,162	-0,159	-0,156	-0,156	-0,156	-0,158	-0,159
WKP	-0,211	-0,206	-0,221*	-0,221*	-0,220*	-0,224*	-0,223*
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			0,133	0,133	0,137	0,133	0,157
Anteil org. Arbeiter			0,781	0,757	0,374	-1,004	1,376
Arbeitslosen- quote			0,077***	0,077***	0,077***	0,077***	0,077***
Bevölkerungs- dichte			-0,000	-0,000	-0,000	-0,000	-0,000
Ausländer- anteil			-0,022	-0,022	-0,022	-0,022	-0,022
<b>Interaktionen</b>							
Anteil org. Arbeiter * org. Arbeiter				0,896			
Anteil org. Arbeiter * PI: SPD					0,910		
Anteil org. Arbeiter * KO: SPD						0,275	
Anteil org. Arbeiter * IO: SPD							-2,179
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,096	0,081	0,041	0,041	0,041	0,041	0,041
$\tau_{u1}$		0,272	0,183	0,191	0,198	0,197	0,147
$\tau_{u0u1}$		0,148	0,087	0,089	0,090	0,090	0,078
<b>n/N</b>	5611 / 171	5611 / 171	5611 / 171	5611 / 171	5611 / 171	5611 / 171	5611 / 171
<b>Min./Max.</b>	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63	20 / 63
<b>Ø</b>	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8
<b>McfAddenR<sup>2</sup></b>	0,51	0,51	0,51	0,51	0,51	0,51	0,51

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung SPD (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „org.  
Arbeiter“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „org. Arbeiter“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Tabelle 10: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (neue Bundesländer)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,758***	-2,755***	-3,291***	-3,275***	-3,297***	-3,332***	-3,303***
PI: SPD	2,768***	2,789***	2,820***	2,821***	2,837***	2,812***	2,791***
KO: SPD	0,251***	0,253***	0,250***	0,249***	0,249***	0,267***	0,250***
IO: SPD	1,652***	1,665***	1,671***	1,671***	1,651***	1,669***	1,699***
prak. Christ	-1,234***	-1,245***	-1,241***	-1,251***	-1,231**	-1,234**	-1,256**
org. Arbeiter	0,264	0,063	0,034	-0,300	0,024	0,059	-0,009
RCS	-0,356*	-0,380**	-0,367*	-0,361*	-0,372*	-0,389**	-0,356*
WKP	-0,771**	-0,787**	-0,817***	-0,805***	-0,805***	-0,850***	-0,807***
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			-0,140	-0,137	-0,254	-0,653	-0,607
Anteil org. Arbeiter			-8,918**	-9,032***	-10,971**	-25,784**	-12,612***
Arbeitslosen- quote			-0,073	-0,073	-0,072	-0,077	-0,079
Bevölkerungs- dichte			0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausländer- anteil			-0,161	-0,156	-0,158	-0,163	-0,159
<b>Interaktionen</b>							
Anteil org. Arbeiter * org. Arbeiter				11,008			
Anteil org. Arbeiter * PI: SPD					4,895		
Anteil org. Arbeiter * KO: SPD						2,504*	
Anteil org. Arbeiter * IO: SPD							12,263**
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,244	0,233	0,119	0,118	0,115	0,132	0,121
$\tau_{u1}$		1,293	1,817	1,445	2,109	2,045	2,170
$\tau_{u0u1}$		0,303	0,464	0,412	0,492	0,519	0,513
<b>n/N</b>	1892 / 50	1892 / 50	1892 / 50	1892 / 50	1892 / 50	1892 / 50	1892 / 50
<b>Min./Max.</b>	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72
<b>Ø</b>	37,8	37,8	37,8	37,8	37,8	37,8	37,8
<b>McFaddenR<sup>2</sup></b>	0,49	0,49	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung SPD (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten („VNQ“);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „org.  
Arbeiter“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „org. Arbeiter“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Tabelle 11: Mehrebenen-Modelle zur Wahl der SPD (Deutschland)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>fixed part</i>							
<b>Ebene 1</b>							
Konstante	-2,724***	-2,724***	-2,732***	-2,734***	-2,732***	-2,731***	-2,732***
PI: SPD	2,715***	2,718***	2,718***	2,720***	2,719***	2,717***	2,717***
KO: SPD	0,239***	0,239***	0,239***	0,239***	0,238***	0,240***	0,239***
IO: SPD	1,723***	1,729***	1,728***	1,728***	1,724***	1,728***	1,728***
prak. Christ	-0,107	-0,107	-0,096	-0,096	-0,094	-0,094	-0,095
org. Arbeiter	0,291	0,223	0,240	0,113	0,238	0,239	0,238
RCS	-0,199**	-0,200**	-0,193**	-0,192**	-0,192**	-0,197**	-0,192**
WKP	-0,277**	-0,272**	-0,267**	-0,266**	-0,264**	-0,274**	-0,267**
<b>Ebene 2</b>							
Anteil prak. Christen			-0,216	-0,215	-0,194	-0,240	-0,221
Anteil org. Arbeiter			-0,815	-0,875	-1,677	-4,877	-0,972
Arbeitslosen- quote			0,014	0,014	0,015	0,014	0,014
Bevölkerungs- dichte			-0,000	-0,000	-0,000	-0,000	-0,000
Ausländer- anteil			0,008	0,008	0,008	0,008	0,008
<b>Interaktionen</b>							
Anteil org. Arbeiter * org. Arbeiter				3,358			
Anteil org. Arbeiter * PI: SPD					2,005		
Anteil org. Arbeiter * KO: SPD						0,621	
Anteil org. Arbeiter * IO: SPD							0,578
<i>random part</i>							
$\sigma^2_e$	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290	3,290
$\tau_{u0}$	0,136	0,117	0,113	0,114	0,111	0,113	0,113
$\tau_{u1}$		0,334	0,322	0,343	0,362	0,351	0,331
$\tau_{u0u1}$		0,198	0,191	0,197	0,200	0,199	0,193
<b>n/N</b>	7503 / 221	7503 / 221	7503 / 221	7503 / 221	7503 / 221	7503 / 221	7503 / 221
<b>Min./Max.</b>	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72	20 / 72
<b>Ø</b>	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
<b>McFaddenR<sup>2</sup></b>	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der GLES und des Statistischen Bundesamtes;  
abhängige Variable: Wahlentscheidung SPD (ja/nein);  
Referenzkategorien der Dummyvariablen: 0 („nein“) bzw. der GLES-Komponenten (VNQ);  
unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Standardfehler aus Platzgründen nicht ausgewiesen;  
 $\sigma^2_e$ : Residualvarianz der Individualebene,  $\tau_{u0}$ : Residualvarianz der Kontextebene,  $\tau_{u1}$ : Varianz „org.  
Arbeiter“,  $\tau_{u0u1}$ : Kovarianz der Regressionskonstante und „org. Arbeiter“;  
Signifikanzniveaus: \* p < 0,1, \*\* p < 0,05, \*\*\* p < 0,01

Für die neuen Bundesländer fördert Tabelle 10 jedoch einige sehr interessante und aus Perspektive der forschungsleitenden Hypothesen unerwartete Befunde ans Tageslicht. Denn der vormals in dem binären Modell noch insignifikante Zusammenhang zwischen dem Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Wahlkreis und der individuellen Wahlentscheidung tritt nun unter Kontrolle der übrigen Kontext- und Individualvariablen durchgehend als hochsignifikanter Effekt auf. Entgegen den Aussagen der Hypothesen wirkt sich der Faktor aber negativ auf die SPD-Wahl aus. Je höher der Anteil der Kernmitglieder der Arbeiterschaft in einem Wahlkreis Ostdeutschlands ist, desto unwahrscheinlicher vergibt ein Wahlkreisangehöriger seine Stimme an die Sozialdemokraten. Das korrespondierende individuelle sozialstrukturelle Merkmal ist hingegen nach wie vor nicht signifikant. Der Grund für das Muster liegt vermutlich, wie in Kapitel 2.3.1 erörtert, einerseits in den Nachwirkungen der Agenda 2010-Politik. Sie hat das Bündnis zwischen der SPD und den Arbeitern nachhaltig beschädigt bzw. in den neuen Bundesländern gar nicht erst aufkommen lassen. Andererseits tritt dort die strukturell starke Linkspartei als Konkurrent um den Posten des politischen Agenten der Arbeiterschaft auf.

Zieht man als nächstes die Interaktions-Variablen in die Betrachtung mit ein, macht sich zudem ein signifikanter Einfluss des Gruppenanteils auf die Effektstärke der Individualzusammenhänge zwischen den kurzfristigen Einstellungsvariablen und der Wahlentscheidung bemerkbar. Im Gegensatz zu dem Muster im vorangehenden Kapitel verstärkt das Kontextmerkmal diesmal aber die Individualzusammenhänge. Inhaltlich heißt das, ein Wahlkreisangehöriger, der in einem Wahlkreis mit einem hohen Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter lebt, macht seine Wahlentscheidung in höherem Maße von seiner Kandidaten-Orientierung bzw. seiner Issue-Orientierung abhängig. Auf die Effektstärke des individuellen sozialstrukturellen Merkmals und der Parteiidentifikation übt es hingegen keine Wirkung aus. Das deckt sich wiederum mit der eben angeführten Begründung zum direkten Effekt des Arbeiteranteils. Wenn die organisierten Arbeiter der SPD vor allem aus Enttäuschung über die Agenda 2010-Politik, also aufgrund deren Issue-Kompetenz, die Stimme verweigert haben, macht es Sinn, wenn sie ihre Wahlentscheidung verstärkt an ihrer eigenen Issue-Orientierung zugunsten einer anderen Partei, statt etwa der Parteiidentifikation, die möglicherweise weiterhin die SPD begünstigt, ausgerichtet haben.



Tabelle 11 belegt zum Abschluss, dass die soeben diskutierten Zusammenhänge innerhalb der neuen Bundesländer nicht stark genug sind, um bei einer Kombination der beiden Landesteile erhalten zu bleiben.

Die zentralen Befunde zur Wahlentscheidung der SPD bestehen zusammenfassend darin, dass die unterstellten Zusammenhänge der forschungsleitenden Hypothesen allesamt verworfen werden müssen. Statt einer positiven Wirkung des Anteils gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Wahlkreis geht von dem Kontextmerkmal erstens in den alten Bundesländern überhaupt kein Effekt aus, in den neuen Bundesländern beeinflusst es die individuelle Wahlentscheidung zweitens sogar entgegen der ursprünglich vermuteten Richtung. Drittens schließlich taucht ein schon im vorangegangenen Abschnitt bemerkter Interaktionseffekt zwischen dem Anteil einer sozialen Großgruppe im Wahlkreis und den beiden kurzfristigen politischen Einstellungen auf. Diesmal verstärkt sich mit der Gruppengröße aber der Zusammenhang zwischen der Kandidaten- bzw. Issue-Orientierung und der individuellen Wahlentscheidung.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den hier präsentierten empirischen Befunden nun in der Gesamtschau und insbesondere im Hinblick auf die einleitende Problemstellung der Untersuchung ziehen? Der nachfolgende vierte und letzte Arbeitsschritt fasst dazu die wichtigsten Wegmarken der Arbeit noch einmal kurz zusammen. Daran anschließend wird eine Antwort auf die eingangs formulierte Kernfrage der Arbeit gegeben. Darüber hinaus sollen einige Ansatzpunkte für weiterführende Auseinandersetzungen mit dem Gegenstand der Untersuchung zu neuen Forschungsfragen und Problemstellungen anregen.

## **5. Schlussfolgerungen und Ausblick**

Stein des Anstoßes für die vorliegende Untersuchung war die Behauptung Klein/Pötschkes, „da[ss räumliche] Kontexteffekte gegenwärtig keine Bedeutung für die individuelle Wahlentscheidung mehr besitzen“ (2000: 209). Dem hielt bereits Pickery entgegen: „Contrary to the claims of Klein and Pötsch[k]e (2000), our analyses postu-

late that there are still contextual effects on the vote in contemporary Germany“ (2002: 24). Damit war der Forschungsstand zur räumlichen Kontextabhängigkeit des individuellen Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen bisher aber auch schon erschöpft. Die sich widersprechenden Aussagen gaben neben einigen weiteren Gründen genug Anlass an die beiden Referenzarbeiten anzuknüpfen und den Untersuchungsgegenstand ein drittes Mal empirisch unter die sprichwörtliche Lupe zu nehmen. Dazu wollte die Arbeit die Frage klären, inwieweit die soziale Komposition der Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2009 die individuelle Wahlentscheidung der Wahlkreisangehörigen über individuelle Merkmale hinaus beeinflusst hat.

Die Strategie zur Lösung der Problemstellung sah vier Arbeitsschritte vor. Der erste bestand zunächst darin, eine theoretische Mehrebenen-Erklärung für das individuelle Wahlverhalten zu entwickeln. Da Klein/Pötschke und Pickery politische Einstellungen, die in der empirischen Wahlforschung so hohe Erklärungsleistungen erzielen, in ihren Modellen sträflich vernachlässigt haben, wurde zunächst der sozialpsychologische Erklärungsansatz mitsamt der Wirkung von Parteiidentifikationen, Kandidaten- und Issue-Orientierungen besprochen. Ihre Modelle setzen sich auf der Individualebene dagegen vornehmlich aus soziodemographischen und -ökonomischen Variablen zusammen. Weil aus der empirischen Wahlsoziologie bekannt ist, dass diese auch bei Kontrolle der drei politischen Einstellungen eine eigenständige Erklärungsleistung erzielen können, wurden darüber hinaus zwei klassische soziologische Ansätze zur Erklärung des Wählerverhaltens erörtert. Mit Hilfe des makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatzes konnten zwei relevante sozialstrukturelle Merkmale (praktizierender Christ, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter) identifiziert werden, die auf die Wahlentscheidung einwirken. Sie repräsentieren die Wahlverhaltensnorm der mit den Merkmalen korrespondierenden sozialen Großgruppenmitglieder, die ihrerseits ein langfristiges stabiles Bündnis mit der CDU/CSU bzw. der SPD geschlossen haben. Der mikrosoziologische Ansatz zeigte anschließend auf, dass die Wahlverhaltensnorm vor allem aufgrund des sozialen Kontrolldrucks, der über soziale Interaktionen der Gruppenmitglieder untereinander vermittelt wird, in die Wahlentscheidung einfließt. Daneben sind aber auch andere Mechanismen für den Individualzusammenhang denkbar. Unter anderem wurde verdeutlicht, dass politische Einstellungen als intervenierende Variablen auftreten können, die einen Teil des Effekts verdecken.

Der dritte Baustein fügte der Mehrebenen-Erklärung schließlich ihr räumliches Element hinzu. Aus Platzgründen standen lediglich zwei Merkmale der sozialen Komposition des räumlichen Kontextes im Mittelpunkt des Interesses: der Anteil praktizierender Christen und der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Wahlkreis. Sie boten sich aufgrund der bereits auf der Individualebene geleisteten Vorarbeit zur Relevanz der beiden sozialen Großgruppen an. Die theoretische Begründung zum Einfluss der Kontextmerkmale auf die individuelle Wahlentscheidung nahm dann auf drei Wirkungsmechanismen Bezug. Demnach sollte entweder die erhöhte Parteiaktivität der Bündnispartei, die Identifikation der Wahlkreisangehörigen mit ihrer räumlichen Gebietseinheit oder die durch soziale Interaktionen vermittelten politischen Informationen (bzw. der darüber vermittelte soziale Druck zu gruppennormkonformen Verhalten) dafür sorgen, dass sich die Wahlkreisangehörigen in Wahlkreisen mit einem hohen „Cleavage“-Gruppenanteil häufiger für deren jeweilige Bündnispartei entscheiden. Weiter wurde vermutet, dass das jeweilige Kompositionsmerkmal einen Mehrebenen-Interaktionseffekt nach sich zieht. Die Zugehörigen „Gruppenkompositions-“ bzw. „Einstellungsinteraktions-Hypothesen“ besagten, dass sich die Wahlkreisangehörigen bei ihrem Abstimmungsverhalten umso eher entweder an der Wahlverhaltensnorm der Großgruppe oder an einer daraus abgeleiteten politischen Einstellung orientieren, desto höher der Anteil der genannten Großgruppen an der Gesamtbevölkerung der Wahlkreise ist. Sie tun dies, weil sich mit steigenden Gruppenanteilen die Informationsdichte, die besagt, gemäß bestimmter politischer Einstellungen abzustimmen, bzw. der soziale Druck zu gruppennormkonformen Verhalten auf die Wähler ansteigt. Eine letzte Hypothese vermutete abschließend, dass Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu erwarten sind, weil sowohl die Mitgliederstrukturen der Großgruppen als auch die Stabilität der Wahlbündnisse mit den politischen Parteien zwischen den beiden Landesteilen voneinander abweichen. Nach der Einbeziehung dreier weiterer Kontrollvariablen auf der Kontextebene (Arbeitslosenquote, Bevölkerungsdichte, Ausländeranteil) konnte darauf aufbauend ein räumliches Mehrebenen-Modell der individuellen Wahlentscheidung generiert werden, dass die theoretische Mehrebenen-Erklärung zusammenfasst.

Im zweiten Arbeitsschritt wurde dann die Untersuchungsanlage konzipiert und das methodische Vorgehen erläutert. Die Datengrundlage der Untersuchung stützte sich auf

einen kombinierten Datensatz dreier Teilkomponenten der GLES, der um Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes ergänzt wurde. Um daraus resultierenden Fragebogen-, Interviewer- und Methodeneffekten vorzubeugen, hat das Mehrebenen-Modell zusätzlich eine technische Kontrollvariable aufgenommen. Anschließend wurde zuerst der räumliche Kontext, danach die einzelnen Faktoren des Modells operationalisiert. Für die Festlegung der räumlichen Kontextebene auf die Wahlkreise sprachen sowohl praktische als auch theoretische Gründe. Darunter fiel unter anderem der politikwissenschaftliche Eigenwert der sich mit der Analyse der Ebene verbindet, aber auch die mögliche alltagspraktische Relevanz. Zudem konnte für jeden der drei Wirkungsmechanismen der Kompositionsfaktoren zumindest ein plausibles Argument angeführt werden. Die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen erfolgte anhand gebräuchlicher Standardindikatoren der empirischen Wahlforschung. Zur Prüfung der forschungsleitenden Hypothesen bot sich die Mehrebenen-Analyse als statistisches Verfahren an. Deren Zweck besteht darin, die Wirkung unabhängiger Variablen unterschiedlicher Analyseebenen auf eine abhängige Variable zeitgleich in einem einzigen statistischen Modell zu untersuchen. Ihre Anwendungsvoraussetzungen (u.a. Fallzahlen) und der idealtypische fünf Schritte umfassende Ablaufplan wurden im letzten Teil des Arbeitsschrittes erläutert. Die Berechnungen erfolgten mit Hilfe der Statistiksoftware „STATA“.

Der dritte Arbeitsschritt des Lösungsweges diskutierte die empirischen Befunde. Zunächst konnte festgestellt werden, dass die Wahlkreiszugehörigkeit zumeist nur einen sehr geringen Teil der Gesamtvarianz der individuellen Wahlentscheidung erklärt (Intraklassenkorrelationen). Insofern haben Klein/Pötschke mit ihrer Einschätzung nicht ganz Unrecht. Wollte man mit seinem Modell eine möglichst hohe Erklärungsleistung (Determinationskoeffizienten) erzielen, so kann auf die Einbeziehung von räumlichen Kontextmerkmalen getrost verzichtet werden. Andererseits liegt auch Pickery mit seiner Behauptung nicht vollkommen falsch. Die weiteren Ablaufschritte der Mehrebenen-Analyse zeigten nämlich auf, dass bei der Bundestagswahl 2009 durchaus zum Teil hochsignifikante Einflüsse der Wahlkreiszugehörigkeit zu beobachten sind. Für die CDU/CSU erwies sich insbesondere ein hoher Anteil praktizierender Christen im Wahlkreis als vorteilhaft. Die „Direkteffekt-Hypothese“ zum direkten Einfluss der sozialen Komposition des Wahlkreises auf die individuelle Wahlentscheidung konnte bestä-

tigt werden. Unklar blieb allerdings aufgrund von Restriktionen des Datenmaterials der exakte Wirkungsmechanismus. Die Interpretation der Mehrebenen-Interaktionsmodelle förderte weitere interessante Erkenntnisse zu Tage. Zwar mussten die „Gruppen-Kompositions-“ und die „Einstellungsinteraktions-Hypothesen“ verworfen werden, ein signifikanter Effekt stellte sich aber dennoch ein. Mit steigendem Anteil der praktizierenden Christen an der Gesamtbevölkerung eines Wahlkreises, treffen die Wahlkreisangehörigen ihre Wahlentscheidung umso weniger anhand der Wahlverhaltensnorm der Großgruppe bzw. einer der beiden kurzfristigen politischen Einstellungen (Kandidaten-, Issue-Orientierung). Stattdessen scheinen sie ihr Votum eher an ihrer Parteiidentifikation auszurichten, obwohl sich die Effektstärke des Individualzusammenhangs nicht signifikant erhöht. Die Beschriebenen Zusammenhänge gelten allerdings nur für die alten Bundesländer. In den neuen Ländern ließen sich dagegen für die Wahl der Union keine Kontexteinflüsse beobachten. Insofern fand auch die „Ost-West-Hypothese“ Bestätigung. Im Hinblick auf die Wahl der SPD als abhängige Variable mussten dagegen alle Hypothesen verworfen werden. Während die Sozialdemokraten in Westdeutschland lediglich von einer hohen Arbeitslosenquote im Wahlkreis profitieren konnten, erwies sich in Ostdeutschland das andere soziale Kompositionsmerkmale als einflussreich. Ursprünglich war erwartet worden, dass ein hoher Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Wahlkreis die Wahlentscheidung für die SPD begünstigt. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Vermutlich haben die Agenda 2010-Politik der Regierungsjahre unter Kanzler Schröder und die strukturelle Stärke der Linkspartei in den alten Bundesländern ein stabiles Bündnis zwischen der Cleavage-Gruppe und den Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern nachhaltig verhindert. Auch in den SPD-Modellen hatten sich darüber hinaus Mehrebenen-Interaktionseffekte bemerkbar gemacht. Diesmal aber mit entgegengesetzter Einflussrichtung. Je höher der Anteil der organisierten Arbeiter in einem ostdeutschen Wahlkreis war, desto stärker fiel der Individualzusammenhang zwischen einer der beiden kurzfristigen politischen Einstellungen und der Wahlentscheidung aus.

Welche zentralen Schlussfolgerungen können daraus nun als viertem und letztem Arbeitsschritt hinsichtlich der Kernfrage der Untersuchung gezogen werden? Erstens hat die soziale Komposition der Wahlkreise bei der jüngsten Bundestagswahl tatsächlich das individuelle Wahlverhalten der Wahlkreisangehörigen über individuelle Merkmale

hinaus beeinflusst. Zweitens trägt der Effekt aber nur einen sehr geringen Teil zur Erklärung der Gesamtvarianz des individuellen Wahlverhaltens bei. Um die individuelle Wahlentscheidung möglichst gut zu erklären, lohnen sich Kontextanalysen angesichts des damit verbundenen Aufwands eher nicht. Sie erfüllen aber einen anderen Zweck. Sie tragen nämlich drittens zu einem besseren Verständnis des eigentlichen Entscheidungsprozesses der Wähler bei. Denn anhand der Mehrebenen-Interaktionseffekte konnte veranschaulicht werden, wie die soziale Komposition der Wahlkreise die Effektstärke von Individualzusammenhängen moderiert. Offenbar sind davon insbesondere kurzfristige politische Einstellungen betroffen. Viertens hat die Analyse bestätigt, dass zwischen den alten und den neuen Bundesländern auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten der jeweiligen Bevölkerungsgruppen auftreten. Davon sind fünftens im Rahmen der hier durchgeführten Berechnungen offenbar insbesondere die Erklärungsmuster des makrosoziologischen „Cleavage“-Ansatz betroffen.

Die Befunde werfen eine Vielzahl interessanter Anschlussfragen und neue Problemstellungen auf. Einige der Aspekte sollen abschließend kurz andiskutiert werden. Sie mögen eventuellen Folgeuntersuchungen mögliche Anknüpfungspunkte aufzeigen. Eine erste Anregung besteht zum Beispiel darin, die Analyse mit weiteren Kontextmerkmalen (lokale Medienberichterstattung, Wahlkampfaktivitäten der Parteien, etc.) anzureichern, oder sie auf eine andere Analyseebene (z.B. kulturell abgegrenzte Regionen) zu verlagern. Zweitens konnte im Rahmen dieser Arbeit beispielsweise nicht die Wirkung der Wahlkreiszugehörigkeit auf die drei kleineren im Bundestag vertretenen Parteien untersucht werden. Dabei schien gerade die Intraklassenkorrelation der Grünen in den neuen Bundesländern auf einen stärkeren Einfluss von Kontextmerkmalen hinzudeuten. Angesichts der hier beobachteten Mehrebenen-Interaktionseffekte wäre es drittens sicherlich erkenntnisfördernd, nicht nur das Wahlverhalten als abhängige Variable in Augenschein zu nehmen. Stattdessen könnte man im Kausalitätstrichter einen Schritt zurückgehen und untersuchen, inwiefern politische Einstellungen durch die soziale Zusammensetzung des räumlichen Kontextes beeinflusst werden. Diese knappe Aufzählung ließe sich natürlich noch durch zahlreiche weitere Aspekte ergänzen. Das soll aber anderen Beiträgen überlassen werden, die sich mit der Analyse des „Wählens im räumlichen Kontext“ befassen möchten.

## Literaturverzeichnis

Arzheimer, Kai (2006): „Dead men walking?“ Party identification in Germany, 1977 – 2002. In: *Electoral Studies*, Vol. 25, No. 4, S. 791-807.

Arzheimer, Kai (2008): *Die Wähler der extremen Rechten 1980 – 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Arzheimer, Kai / Falter, Jürgen W. (2005): „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990. Eine Ost-West-Perspektive. In: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 233-283.

Arzheimer, Kai / Schoen, Harald (2005): Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteidentifikation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 46, No. 4, S. 629-654.

Arzheimer, Kai / Schoen, Harald (2007): Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozio-ökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994 – 2005. In: Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S. 89-112.

Beck, Paul A. / Dalton, Russell J. / Greene, Steven / Huckfeldt, Robert (2002): The social calculus of voting. Interpersonal, media, and organizational influences on presidential choices. In: *The American Political Science Review*, Vol. 96, No. 1, S. 57-73.

Berelson, Bernard / Lazarsfeld, Paul F. / MacPhee, William N. (1963): *Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign*. 4. Auflage, Chicago: University of Chicago Press.

Brettschneider, Frank (2001): *Candidate Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998*. In: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analy-*

sen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 351-400.

Brettschneider, Frank (2002): Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Burbank, Matthew J. (1997): Explaining contextual effects on vote choice. In: Political Behavior, Vol. 19, No. 2, S. 113-132.

Campbell, Angus / Converse, Philip E. / Miller, Warren E. / Stokes, Donald E. (1960): The American Voter. New York: Wiley.

Campbell, Angus / Gurin, Gerald / Miller, Warren E. (1971): The Voter Decides. Nachdruck der Originalausgabe [1954, Evanston], Westport: Greenwood Press.

Dalton, Russell J. (1984): Electoral change in advanced industrial democracies. Realignment or dealignment? Princeton: Princeton University Press.

Dalton, Russell J. (1988): Citizen politics in Western democracies. Public opinion and political parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France. Chatham: Chatham House Publications.

Ditton, Hartmut (1998): Mehrebenenanalyse. Grundlagen und Anwendungen des Hierarchisch Linearen Modells. Weinheim: Juventa Verlag.

Downs, Anthony (1957): An economic theory of democracy. New York: Harper.

Eichhorn, Daniela / Juhász, Zoltán (2009): Dahoam is` dahoam! Über die regionale Verbundenheit der Bayern mit ihrem Freistaat und ihre Wahlrelevanz auf Landes- und Bundesebene. Diskussionspapier zur Jahrestagung des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der DVPW am 7./8. Mai 2009 in Frankfurt am Main.

Elff, Martin / Roßteutscher, Sigrid (2009): Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005. In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 307-327.



Erikson, Robert / Goldthorpe, John H. (1992): *The Constant Flux. A Study of Class mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.

Erikson, Robert / Goldthorpe, John H. / Protocarero, Lucienne (1979): *Intergenerational class mobility in three Western European societies. England, France and Sweden*. In: *The British Journal of Sociology*, Vol. 30, No. 4, S. 415-441.

Esser, Hartmut (1999a): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. 3. Auflage, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Esser, Hartmut (1999b): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1. Situationslogik und Handeln*. Studienausgabe, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.) (2005): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald / Caballero, Claudio (2000): *Dreißig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik*. In: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235-271.

Falter, Jürgen W. / Winkler, Jürgen R. (2005): *Wahlgeographie und Politische Ökologie*. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-133.

Fiorina, Morris P. (1981): *Retrospective voting in American national elections*. New Haven: Yale University Press.

Funk, Lothar (2003): *Der neue Strukturwandel. Herausforderung und Chance für Gewerkschaften*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 47-48/2003*, S. 14-22.

Gabriel, Oscar W. / Keil, Silke I. / Thaidigsmann S. Isabell (2009): *Kandidatenorientierungen und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005*. In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (2009): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 267-303.

- Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (2009): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gelman, Andrew / Hill, Jennifer (2007): Data analysis using regression and multi-level/hierarchical Models. 3. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.
- Granovetter, Mark S. (1973): The strength of weak ties. In: The American Journal of Sociology, Vol. 78, No. 6, S. 1360-1380.
- Heberle, Rudolf (1951): Social Movements. An introduction to political sociology. New York: Appleton-Century-Crofts.
- Heberle, Rudolf (1963): Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 – 1932. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Holtmann, Everhard (2009): Die politische Vorgeschichte der vorgezogenen Bundestagswahl. In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-39.
- Hox, Joop J. (2002): Multilevel analysis. Techniques and applications. Nachdruck. Mahwah: Erlbaum.
- Hox, Joop. J. / Maas, Cora J. M. (2005): Sufficient sample sizes for multilevel modeling. In: Methodology. European Journal of Research Methods for the Behavioral and Social Sciences, Vol. 1, No. 3, S. 86-92.
- Hradil, Stefan (2006): Die Sozialstruktur Deutschland im internationalen Vergleich. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huckfeldt, Robert / Beck, Paul A. / Dalton, Russell J. / Levine, Jeffrey W. (1995): Political environments, cohesive social groups, and the communication of public opinion. In: The American Journal of Political Science, Vol. 39, No. 4, S. 1025-1054.

Huckfeldt, Robert / Beck, Paul A. / Dalton, Russell J. / Levine, Jeffrey W. (1998): Ambiguity, distorted messages, and nested environmental effects on political communication. In: *The Journal of Politics*, Vol. 60, No. 4, S. 996-1030.

Huckfeldt, Robert / Sprague, John (1991): Discussant effects on vote choice. Intimacy, structure, and interdependence. In: *The Journal of Politics*, Vol. 53, No. 1, S. 122-158.

Jagodzinski, Wolfgang / Quandt, Markus (2000): Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung. In: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 159-181.

Jennings, M. Kent / Niemi, Richard G. (1968): The transmission of political values between parent and child. In: *The American Political Science Review*, Vol. 62, No. 1, S. 169-184.

Kaspar, Hanna / Falter, Jürgen W. (2009): Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005. In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 202-227.

Kellermann, Charlotte (2007): „Trends and Constellations“. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990 – 2005. In: Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S. 297-327.

Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.) (2000): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Klein, Markus / Ohr, Dieter (2000): *Der Kandidat als Politiker, Mensch und Mann. Ein Instrument zur differenzierten Erfassung von Kandidatenorientierungen und seine An-*

wendung auf die Analyse des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998. ZA-Information 46, S. 6-25.

Klein, Markus / Ohr, Dieter (2001): Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. In: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 91-132.

Klein, Markus / Pötschke, Manuela (2000): Wählen im sozialen Kontext. Mehrebenenanalysen des Wählerverhaltens bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 bis 1998. In: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 182-211.

Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.) (2001): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kühnel, Steffen / Mays, Anja (2009): Das Michigan-Modell des Wahlverhaltens und die subjektive Sicht der Wähler. Zur Korrespondenz der Effekte von Parteineigung, Kandidatenbewertungen und Urteilen zu politischen Sachthemen mit der subjektiven Begründung von Wahlentscheidungen. In: Kühnel, Steffen / Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 313-328.

Kühnel, Steffen / Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.) (2009): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Langer, Wolfgang (2009): Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Langer, Wolfgang (2010): Mehrebenenanalyse mit Querschnittsdaten. In: Wolf, Christof / Best, Harald (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 741-774.

Lazarsfeld, Paul F. / Berelson, Bernard / Gaudet, Hazel (1948): *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign.* 2. Auflage, New York: Columbia University Press.

Lindenberg, Siegwart (1985): *An assessment of the new political economy. Its potential for the social sciences and for sociology in particular.* In: *Sociological Theory*, Vol. 3, No. 1, S. 99-114.

Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national perspectives.* New York: Free Press of Glencoe.

Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (1967): *Cleavage structures, party systems, and voter alignments. An introduction.* In: Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national perspectives.* New York: Free Press of Glencoe, S. 1-64.

Manza, Jeff / Brooks, Clem (1999): *Social cleavages and political change. Voter alignments and U.S. party coalitions.* Oxford: Oxford University Press.

Miller, Warren E. / Shanks, J. Merrill (1996): *The new American voter.* Cambridge: Harvard University Press.

Niedermayer, Oskar (2009): *Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien.* In: Kühnel, Steffen / Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30-67.

Niemi, Richard G. / Jennings, M. Kent (1991): *Issues and inheritance in the formation of party identification.* In: *The American Journal of Political Science*, Vol. 35, No. 4, S. 970-988.

Ohr, Dieter (1999): *Modellierung von Kontexteffekten. Voraussetzungen, Verfahren und eine empirische Anwendung am Beispiel des politischen Informationsverhaltens.* In: *ZA-Information* 44, S. 39-63.

Ohr, Dieter (2000): *Wird das Wahlverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland 1961*

bis 1998. In: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 272-308.

Pappi, Franz Urban (1977): Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung. Habilitationsschrift, Köln.

Pappi, Franz Urban (2002): Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Remineszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank / van Deth, Jan / Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich, S. 25-46.

Pickery, Jan (2002): Contextual Effects on the Vote in Germany. A Multilevel Analysis. Discussion Paper FS III 02-202, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Popkin, Samuel L. (1991): The reasoning voter. Communication and persuasion in presidential campaigns. Chicago: University of Chicago Press.

Pötschke, Manuela (2006): Mehrebenenanalyse. In: Behnke, Joachim / Gschwend, Thomas / Schindler, Delia / Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. Baden-Baden: Nomos, S. 167-179.

Przeworski, Adam (1974): Contextual models of political behavior. In: Political Methodology, Vol. 1, No. 1, S. 27-61.

Putnam, Robert D. (1966): Political attitudes and the local community. In: The American Political Science Review, Vol. 60, No. 3, S. 640-654.

Rattinger, Hans (2009): Einführung in die politische Soziologie. München: Oldenbourg.

Rattinger, Hans / Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. (Hrsg.) (2007): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard (Hrsg.) (2011): Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos.

Roller, Edeltraud (1998): Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung. Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994. In: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 173-219.

Rudi, Tatjana (2011): Sachthemen und politische Streitfragen. In: Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 179-190.

Rudi, Tatjana / Schoen, Harald (2005): Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 305-325.

Rudzio, Wolfgang (2011): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 8., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schmitt-Beck, Rüdiger / Bytzek, Evelyn / Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Weßels, Bernhard (2009): The German Longitudinal Election Study (GLES). Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der International Communication Association (ICA) (Panel: New Opportunities and New Choices for Campaign and Election Studies). 21. – 25. Mai 2009, Chicago, USA.

Schmitt-Beck, Rüdiger / Faas, Thorsten / Wolsing, Ansgar (2010): Kampagnendynamik bei der Bundestagswahl 2009. Die Rolling Cross-Section-Studie um Rahmen der „German Longitudinal Election Study“ 2009. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 134.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2011a): Parteibindungen. In: Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 155-164.

- Schmitt-Beck, Rüdiger (2011b): Spitzenkandidaten. In: Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 205-221.
- Schoen, Harald (2004): Kandidatenorientierungen im Wahlkampf. Eine Analyse zu den Bundestagswahlkämpfen 1980 – 1998. In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 45, No. 3, S. 321-345.
- Schoen, Harald (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-185.
- Schoen, Harald (2009): Wahlsoziologie. In: Kaina, Viktoria / Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181-208.
- Schoen, Harald / Abold, Roland (2006): Zwei Wählerschaften in einem Land? Wahlverhalten im vereinigten Deutschland. In: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans / Schoen, Harald (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck, S. 128-157.
- Schoen, Harald / Weins, Cornelia (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-242.
- Schultze, Rainer-Olaf (2005): Opinion leader. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2 N-Z. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, München: Verlag C.H. Beck, S. 637-638.
- Seibring, Anne (2010): Die Gewerkschaften im Fünf-Parteien-System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 13-14/2010, S. 29-35.
- Shikano, Susumu / Behnke, Joachim (2009): Issuewählen bei der Bundestagswahl 2005. Eine empirische Schätzung der Verlustfunktion bei der deutschen Wählerschaft. In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler.



Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 251-266.

Siegfried, André (1980): *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. Nachdruck der Originalausgabe [1913, Paris], Genf: Slatkine.

Simmel, Georg (1999): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe. Band II. Herausgegeben von Otthein Rammstedt, 3. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Weßels, Bernhard (2000): *Gruppenbindung und Wahlverhalten. 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik*. In: Klein, Markus / Jagodzinski, Wolfgang / Mochmann, Ekkehard / Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 129-157.

Weßels, Bernhard (2009): *Parteien und Kanzlerkandidaten bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005. Was, wenn sie zueinander passen, was, wenn nicht?* In: Gabriel, Oscar W. / Weßels, Bernhard / Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 358-379.

Weßels, Bernhard (2011): *Das Wahlverhalten sozialer Gruppen*. In: Rattinger, Hans / Roßteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos, S. 103-117.

Westle, Bettina (2009): *Die Spitzenkandidatin Angela Merkel (CDU/CSU) und der Spitzenkandidat Gerhard Schröder (SPD) in der Wahrnehmung der Bevölkerung bei der Bundestagswahl 2005*. In: Kühnel, Steffen / Niedermayer, Oskar / Westle, Bettina (Hrsg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 329-365.

Zolleis, Udo (2008): *Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

## **Einsichtnahme in die Magisterarbeit**

Erklärung des Verfassers: Sebastian Christopher Fückel

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Interessenten Einsicht in meine Magisterarbeit nehmen können bzw. dass meine Arbeit in der Bibliothek meines Hauptfaches aufgestellt und damit öffentlich zugänglich gemacht wird.

Mainz, den 20.03.2012

---

(Unterschrift)

## **Schriftliche Versicherung**

(gemäß § 15 (5) Ordnung für die Magisterprüfung der Fachbereiche  
02, 05, 07, 09 und 10 vom 11. Oktober 1999,  
in der Fassung vom 10. Juli 2006)

Hiermit versichere ich, Sebastian Christopher Fückel, dass ich die Magisterhausarbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Mainz, den 20.03.2012

---

(Unterschrift)